DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 33. JAHRGANG
201 | SEPTEMBER/OKTOBER 2010 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

Betrieb und Gesellschaft

Persilscheine im Textilsektor 3
Wie Konzerne ein soziales Gütesiegel missbrauchen: Interview mit Christiane Schnura, Koordinatorin für die Kampagne Saubere Kleidung.



Wem gehört das Whistleblowing? 4
Eine gewerkschaftliche Annäherung an das „Alarmschlagen“ in der Arbeitswelt.

Wer nichts hat, dem wird genommen 6
Kein Elterngeld mehr für Hartz IV-EmpfängerInnen?

Stuttgart 21: Aufruhr im Ländle. 7
Die ruhigen Zeiten sind vorbei. Zehntausende protestieren gegen das Großprojekt der Eliten.



Zeitlupe

„Kampfbühnen“ des Syndikalismus 8
Die anarcho-syndikalistische Theaterbewegung um 1930

Globales

Mit der Lanze von Don Quijote 9
Spanische Zentralgewerkschaften wollen mit einem Tag Generalstreik gegen die Reform des Arbeitsmarktes vorgehen. Von links wird Kritik an Zeitpunkt und Konzept laut



Kollektiv gegen die Mafia 11
Schwedische SyndikalistInnen setzen Szeneladen der High Society unter Druck, der migrantische ArbeiterInnen ausbeutet

Hintergrund

Stets zu Diensten, Herr Doktor! 13-14
Zur Situation in den Praxen im Gesundheitswesen

Kultur



Gedruckt, gefilmt, gesendet 15
Die „Limesse“ zwischen Politik, Kultur und Kommunikation.

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

DIREKTE AKTION · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt“ · VKZ H20318

Glaubenskrieg um Streikrecht

Unter dem Banner der „Tarifeinheit“ rüsten Verbände und Politik zum Angriff auf Koalitionsfreiheit und Streikrecht. GewerkschafterInnen beziehen Stellung.

Ob sie nun im Herbst kommt, im Frühjahr oder gar nicht – gesicherte Informationen zur sogenannten „Rettung der Tarifeinheit“ gibt es keine. Der PR-Krieg ist aber in vollem Gange. Mit Verweis auf ein Gutachten des Staatsrechtlers Scholz erklärte der Unternehmerverband BDA Ende Juli, eine entsprechende Regelung sei verfassungsrechtlich unbedenklich – entgegen der fast einhelligen Skepsis der Fachwelt.

Im Juni hatte das Bundesarbeitsgericht einen wichtigen Stützpfeiler seiner konservativen Rechtsprechung aufgegeben und es für zulässig erklärt, dass in einem Betrieb mehrere Tarifverträge nebeneinander gelten können. Wenn es nun unklar ist, welcher Tarif zur Anwendung kommt, zählt allein die Gewerkschaftszugehörigkeit. So können die christlichen Haus- und Hofgewerkschaften nicht mehr die Flächentarife der IG Metall unterlaufen. Vor allem aber sind nun zweifelsohne auch Streiks einer Gewerkschaft möglich, wenn bereits Tarif und Friedenspflicht einer anderen Gewerkschaft gelten (*Direkte Aktion* berichtete). Diese Verquickung von Streik- und Tarifrecht ist übrigens eine bundesdeutsche Eigenheit und recht zweckrational: Das geringe Streikaufkommen hierzulande, das mit einem Reallohnverlust zwischen 1998 und 2008 einherging, gilt in Unternehmer- und Regierungskreisen schon lange als Standortvorteil.

Genau deshalb erklären unternehmerfreundliche Verbände – dazu zählen auch die Spitzen der DGB-Gewerkschaften – eine gesetzliche Wiederherstellung der Tarifmonokultur für dringend notwendig. Demnach soll, dem „Mehrheitsprinzip“ gemäß, nur die größte Gewerkschaft im Betrieb einen Tarifvertrag unterzeichnen können. Die Friedenspflicht gilt dann aber für alle. Neu ist diese Regulierungswut nicht. Bereits vor Jahren hatten die Vorstände der Deutschen Bahn und der Lufthansa gesetzliche Regelungen gefordert, die alle Gewerkschaften an den Verhandlungstisch zwingen sollten.

Uneinigkeit in den Gewerkschaften

Dagegen halten die Spartengewerkschaften eine solche Initiative für verfassungswidrig. Denn wenn eine Gewerkschaft in ihrem Kernfeld, dem Arbeitskampf, nicht selbstständig handeln darf, besteht das Grundrecht der Koalitionsfreiheit nur noch auf dem Papier. Daher bewertete der Tübinger Professor Reichold eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes im Sinne des BDA und DGB als „verfassungswidrigen Eingriff“ in die Tarifautonomie. Zwei weitere Gutachten der renommierten Arbeitsrechtler Däubler und Rieble kommen zu demselben Ergebnis: „Die von DGB und BDA vorgeschlagene Regelung schließt die Minderheitsgewerkschaften faktisch vom Abschluss von Tarifverträgen und vom darauf bezogenen Streikrecht aus.“

Justiz- und Arbeitsministerium halten sich offiziell zwar bedeckt, aber sie „prüfen“ den Sachverhalt. Auch der Bundesrat beschäftigt sich, auf Antrag des SPD-geführten Rheinland-Pfalz, mit der Frage. Im September soll es erste offizielle Anhörungen geben. Das Ende der Tarifeinheit könnte also Geschichte sein, bevor es Geschichte machen konnte. Das wäre ein herber Schlag gegen bürgerliche Freiheitsrechte. Eine Einschränkung des Streikrechts befürchten etwa der Ver.di-Bezirk Bayern und die JournalistInnen-Union. Dieses Risiko dürfe nicht eingegangen werden, heißt es in der DJU-Erklärung, „selbst wenn man sich kurzfristig einen ordnungspolitischen oder organisationspolitischen taktischen Vorteil in einzelnen Branchen erhofft.“

In den Reihen der Linkspartei war es wohl der anti-liberale Beiß-Reflex, der sie als erste Partei an die Seite der Tarifmonopolisten führte. Ohne Tarifeinheit sei die Bahn frei für Dumpinglöhne und gelbe Gewerkschaften, so hieß es bald auch bei der SPD. Die Tarifautonomie sei in Gefahr! Genau das Gegenteil ist der Fall: Tarifautonomie steht für die Nicht-Einmischung des Staates in Arbeitskonflikte, egal wie viele Akteure sich gegenüberstehen. Inzwischen vollzog die Linkspartei eine Kehrtwende und erklärte, die Gesetzesinitiative nicht mehr vorbehaltlos zu unterstützen. Der Ver.di-Vorstand hingegen bekräftigte den Kurs des DGB.

Für die kleineren Gewerkschaften steht die Frage der Tarifvielfalt naturgemäß ganz oben auf der Tagesordnung. Man werde sich „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen“, sagte ein Vertreter des Marburger Bundes. Die FAU Frankfurt erinnerte derweil daran, dass in der Bundesrepublik weitere Einschränkungen der Gewerkschaftsfreiheit bestehen, die UN-Mindeststandards der Internationalen Arbeitsorganisation ILO verletzen.

André Eisenstein

Beschäftigtendatenschutz? So nicht!

Der Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutz legalisiert die Überwachungspraxis im Betrieb

Im Mai hat das Innenministerium weitgehend unkoordiniert einen ersten Referentenentwurf zum Beschäftigtendatenschutz vorgelegt. Konkret ist eine Ergänzung des Bundesdatenschutzgesetzes um einen Abschnitt zur „Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses“ geplant. Die Regelungen sollen die Erhebung und Nutzung von Daten vor Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses, die Datenverarbeitung während der Beschäftigung sowie die heimliche Datenerhebung zur Aufdeckung von Straftaten und schwerwiegenden Pflichtverletzungen umfassen. Ferner wird die Beobachtung nicht öffentlich zugänglicher Betriebsstätten mit optisch-elektronischen Vorrichtungen (Videoüberwachung), der Einsatz von Ortungssystemen und biometrischen Verfahren sowie die Speicherung bzw. Auswertung von Telekommunikationsdaten am Arbeitsplatz normiert. Die eilige Reaktion noch vor der politischen Sommerpause war sicherlich auch dem öffentlichen Druck geschuldet, den die unzähligen Bespitzelungsskandale, u.a. bei der Deutschen Telekom, Lidl, Schlecker und der Bahn, in den Jahren zuvor ausgelöst hatten. Mittlerweile sind im Zusammenspiel mit Justiz- und Arbeitsministerium die von DatenschützerInnen am heftigsten kritisierten Passagen des Entwurfs notdürftig geglättet.

Trotz aller Kosmetik bleibt der Ansatz stumpf und seine politische Intention durchsichtig: Eigentlich möchte der Gesetzgeber nur die diesbezügliche Rechtsprechung der letzten Jahre verstetigen und mit scheinbarem Aktionismus den aufkeimenden Protest der Beschäftigten begegnen. Der vorliegende Entwurf würde, wenn er als Gesetz verabschiedet ist, ohnehin bestenfalls die in den Betrieben bestehende Überwachungspraxis legalisieren.

Die Instrumente der Überwachung im Unternehmen sind dabei vielfältig. Seien es nun die allgegenwärtigen Zeiterfassungssysteme, das Screening von BewerberInnen in sozialen Netzwerken, die Videoüberwachung „sensibler“ Bereiche, ein personenbezogenes Kostenstellenmanagement oder die in der Logistikbranche verbreiteten Ortungs- und Verfolgungssysteme auf RFID- bzw. GPS-Basis; sie alle dienen immer auch der Leistungs- und Verhaltenskontrolle der Lohnabhängigen. Zudem haben die angesprochenen Überwachungsskandale gezeigt, dass die Verstöße der Bosse und Personalverantwortlichen gegen vorgeschriebene Datenschutzgesetze kaum geahndet werden. Die entsprechenden Straf- und Bußgeldvorschriften sind also praktisch wirkungslos.

Ein derart zahnloser Beschäftigtendatenschutz muss natürlich umgehend weitere Begehrlichkeiten hervorrufen. So möchte beispielsweise der Verband der bayerischen Wirtschaft ganze Abteilungen bzw. Gruppen von ArbeiterInnen präventiv überwachen lassen, d.h. ohne Vorliegen von tatsächlichen Anhaltspunkten einer Pflichtverletzung. Solche Forderungen belegen den entfesselten Kontroll- und Überwachungswahn im kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Sektion IT der FAU Berlin

Mehr zum Thema auf Seite 6

Catwalk



Soli ohne Ende

Die CNT Cordoba ruft zur Solidarität in ihrem Konflikt mit dem Outsourcing-Multi EULEN in Spanien auf. Wie ihr helfen könnt, erfahrt ihr auf: www.cordoba.cnt.es/eulen. Weiterhin nötig bleibt Solidarität im Konflikt der CNT-F mit dem privaten Kita-Träger P&B in Paris. Der Blog zum Kampf: www.peopleandbaby-enlutte.over-blog.com. Auch die schwedische SAC befindet sich seit Monaten in einem wichtigen Konflikt mit dem Stockholmer Lustschloss Berns und bittet um Unterstützung. Siehe u.a.: www.sac.se. Hintergründe zu allen drei Konflikten findet ihr auf Seite 11.

Auf die Barrikaden...

...gegen Überwachung und Kontrolle im Betrieb! Im September wird in Berlin wieder unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ gegen „ausufernde Überwachung durch Wirtschaft und Staat“ demonstriert. Skandale bei der Telekom, bei Lidl, Schlecker und Siemens haben die Lecks der Privatsphäre vielen bewusst gemacht. Auch unter den Lohnabhängigen hat die Sensibilität für den Umgang mit ihren Daten zugenommen, steht die Leistungs- und Verhaltenskontrolle in vielen Betrieben doch weiterhin auf der Tagesordnung. Die IT-Sektion der FAU Berlin ruft für den 11. September zur Beteiligung an der Demonstration auf und schließt sich dem antikapitalistischen Block an. Los geht´s um 13 Uhr am Potsdamer Platz. Weitere Infos auf: www.fau.org und www.outofcontrol.blogsport.de.

Guck dich glücklich!

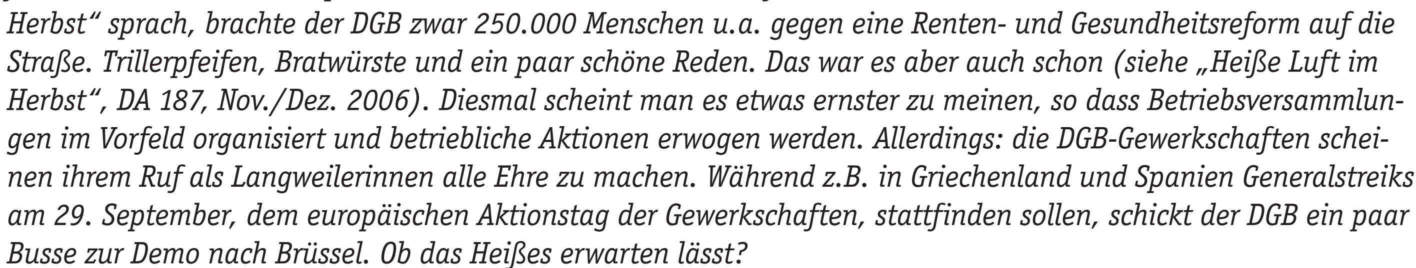
20 Tafeln, viele Bilder, einen Haufen Infos und die schwere Luft einer Schenke mit Hang zur schwarz-roten Dekoration... Den Monat Oktober hindurch wird in der Berliner Kneipe BAIZ eine Ausstellung zu sehen sein, die einen Einblick in die historische syndikalistische Bewegung in Berlin bieten möchte. Neben den alten Bekannten um Rudolf Rocker und Co. werden auch eher unbekannte Relikte zu bestaunen sein.



Ausstellung: „Syndikalistische Bewegung in Berlin“. Ab Anfang Oktober in der BAIZ, Christinenstr. 1, 10119 Berlin.

FAU-Ticker

Erste libertäre Medienmesse in der Bundesrepublik vom 3.–5.9. im Ruhrgebiet +++ FAU Kiel beteiligt sich an Demonstration „Gegen Leiharbeit und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen bei den Kieler Nachrichten“ der entlassenen Tabel-Beschäftigten +++ FAU Freiburg solidarisiert sich mit der kämpfenden Belegschaft beim Freiburger Leuchtenhersteller Spectral +++ Taschenkalender Syndikal 2011 erschienen. Bestellungen unter www.syndikat-a.de +++ FAU Stuttgart beteiligt sich an Protesten gegen Stuttgart 21 +++ FAU Bad Segeberg will von August an regelmäßig vor der örtlichen Arbeitsagentur (ARGE) protestieren +++ FAU Südthürigen solidarisiert sich mit Belegschaft des lokalen Klinikums, dort fordert ver.di die Westangleichung der Löhne +++ Anti-Leiharbeit-Kampagne nach FAU-Sommercamp vor Relaunch, Interviews mit DA und fau.org +++ FAU-Delegierte nahmen im August an IAA-Konferenz gegen prekäre Arbeit in Leon/Spanien teil +++ IT-Sektion der FAU Berlin ruft zur Teilnahme an der Demonstration „Freiheit statt Angst“ am 11.9. gegen Überwachung und Kontrolle im Betrieb auf +++ Soli-Aktivitäten der FAU Berlin mit ArbeiterInnen in Bangladesh und Schweden +++ FAU Kassel plant Leiharbeitsspaziergang am 16.9. +++ FAU-Aktive unterstützen Reinigungskräfte bei Klüh in Düsseldorf +++ FAU aktiv gegen prekäre Arbeitsbedingungen im Betrieb: Berlin, Dortmund, Freiburg, Kiel (siehe S. 7)



Ein „Heißer Herbst“ stehe bevor, verkündete Michael Sommer im Juli. Nach der Sommerpause würde der DGB zu Protesten gegen das Sparpaket mobilisieren. Teile der sozialen Bewegung möchten sich inzwischen den Protesten anschließen. Dennoch darf bezweifelt werden, ob die Proteste so „gewaltig“ ausfallen, wie Sommer behauptet. Das letzte Mal, als er vom „Heißen Herbst“ sprach, brachte der DGB zwar 250.000 Menschen u.a. gegen eine Renten- und Gesundheitsreform auf die Straße. Trillerpfeifen, Bratwürste und ein paar schöne Reden. Das war es aber auch schon (siehe „Heiße Luft im Herbst“, DA 187, Nov./Dez. 2006). Diesmal scheint man es etwas ernster zu meinen, so dass Betriebsversammlungen im Vorfeld organisiert und betriebliche Aktionen erwogen werden. Allerdings: die DGB-Gewerkschaften scheinen ihrem Ruf als Langweilerinnen alle Ehre zu machen. Während z.B. in Griechenland und Spanien Generalstreiks am 29. September, dem europäischen Aktionstag der Gewerkschaften, stattfinden sollen, schickt der DGB ein paar Busse zur Demo nach Brüssel. Ob das Heißes erwarten lässt?

Warm zumindest geht es in den Reihen des DGB selbst zu. Die Initiative der DGB-Führung, das Streikrecht einschränken zu wollen (siehe Leitartikel auf Seite 1), stößt zunehmend auf Kritik in den Verbänden. Insbesondere verschiedene ver.di-Bereiche zeigen sich über die Allianz mit den „Arbeitgebern“ empört. Auch die Ausschlussverfahren in der IG-Metall sind weiterhin Thema. Im Fall der Metaller aus Berlin-Marienfelde (siehe DA 198 & 199), hat sich der IGM-Ortsvorstand immerhin entschieden, der Empfehlung der Untersuchungskommission nicht zu folgen. Die DissidentInnen sollen nicht ausgeschlossen, dafür aber mit einem zweijährigen Funktionsverbot belegt werden. Wie gnädig.

Ein anderer möglicher Ausschluss schlägt dagegen große Wellen. Lange konnte sich die SPD nicht durchringen, sich von ihrem rechtspopulistischen Bauernfänger Thilo Sarrazin zu trennen. Nun legt Sarrazin einen drauf und verdient sich mit rassistischen Klischees eine goldene Nase. Nach einer Umfrage würden gar 18% der Deutschen eine Partei unter der Führung des Mannes mit der debilen Mimik wählen. Den größten Zuspruch erfährt er dabei von AnhängerInnen der Linkspartei. Oskar Lafontaine wusste offensichtlich ganz genau, welche Potentiale sich bei den Altkommunisten mit Hetzreden gegen migrantische ArbeiterInnen freisetzen lassen.

Gegen derlei Narrheit setzt die FAU den Klassenkampf und internationale Solidarität. Auch diese Ausgabe bietet viele Beispielen, wie SyndikalistInnen der tristen Einfältigkeit eines nationalen Autismus die grenzenlose und lebendige Aktion entgegensetzen, sei es die FAU Dortmund, die polnische Kollegen unterstützt, die FAU Berlin, die Solidarität mit bengalischen ArbeiterInnen übt, oder die SAC in Schweden, die mit und für ihre papierlosen KollegInnen kämpft. In Sachen internationale Solidarität – das haben die Aktionen und Kampagnen in den letzten Jahren gezeigt – macht uns sicher niemand etwas vor.

Redaktion Globales

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Ammerland ..... Kontakt über Bremen

Aurich............ Kontakt über Bremen

Bad Segeberg... Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0160) 91 56 25 96

Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache“. AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu

Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>

Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>

Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>

Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124

Hannover .... FAU-Lokalföderation Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>

Kiel .... FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>

Lübeck........... Kontakt über Hamburg

Wismar........... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION WEST

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net

Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de

Dortmund .... FAU Dortmund c/o „Langer August“, Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101 (Fax), <faudo@fau.org>

Duisburg......... FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende“, Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk

Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org

Essen............. FAU Essen, <faue@fau.org>

Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers

Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. Offene Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr und jeden 4. Mi. im Monat 19.00 Uhr, Tel. (0251) 52 11 12, <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/

Solingen .... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig

Berlin .... FAU Berlin, Straßburger Str. 38, 10405 Berlin (U2 Senefelder Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>. Sektion IT: 1. Do. im Monat um 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>

Dresden.......... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>

Gransee.......... Kontakt über Berlin

Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle“, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>

Magdeburg...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv“, Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.

Meiningen....... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>

Plauen/Vogtland FAU-Gründungsinitiative, Kontakt über FAU Südwestsachsen

Potsdam .... Kontakt über Berlin

Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. FAU Aschaffenburg, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg, <fauab@fau.org>

Darmstadt ...... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>

Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.

Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>

Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 17 Uhr, KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg; zum Thema Leiharbeit jeden dritten So. im Monat ab 18 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg (Cafe im Hauptgebäude 1.OG links – nicht mit der Kneipe im Vorderhaus verwechseln!).

Ilmenau .... Kontakt über Meiningen

Kassel............ FAU Kassel, <fauks@fau.org>, Offene Treffen: in allen geraden Kalenderwochen, montags 19.30 Uhr im Café Desasta an der Universität (Holländischer Platz), www.fau.org/kassel

Lich.............. FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>

Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.

Marburg.......... <faumr@fau.org>

Memmingen..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen

München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19h

Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, Tante-Emma-Laden, Stangenbrunnengasse 5, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>

Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>

Saarbrücken.... FAU Saarbrücken, Postfach 10 10 04, 66010 Saarbrücken, <fausb@fau.org>

Stuttgart........ FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr

Suhl .... Kontakt über Meiningen

Tübingen .... c/o Infoladen „Grenzenlos“, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen

Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>

AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>

Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit

Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Braunschweig <reko-nord@fau.org> | West: Duisburg <reko-west@fau.org> | Ost: Magdeburg <reko-ost@fau.org>

Süd: Neustadt/Weinstraße <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), AIT, ASI-MUS CLS, Postanski pretinac 6, 11077 Beograd, SERBIE <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at

Die FAS besteht aus:

.. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>

.. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>

.. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>

.. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Persilscheine im Textilsektor

Wie Konzerne ein soziales Gütesiegel missbrauchen: Interview mit Christiane Schnura, Koordinatorin für die Kampagne Saubere Kleidung.

Mit Kaffee und Schokolade gewannen Fair-Trade-Produkte seit den 1990ern an Bekanntheit und Bedeutung. Sie haben es inzwischen vom Eine-Welt-Laden ins Supermarktregal geschafft. Nun gibt es dort auch „fair gehandelte" Kleidung – doch nicht immer ist drin, was draufsteht.

Seit 1996 setzen sich 22 Organisationen in Deutschland, darunter die IG Metall und ver.di, im Rahmen der „Kampagne für Saubere Kleidung" für bessere Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern ein. Direkte Aktion sprach mit Christiane Schnura in Wuppertal, Koordinatorin der Kampagne in der Bundesrepublik.

Die Kampagne für Saubere Kleidung, oder Clean Clothes Campaign (CCC), reichte im April 2010 zusammen mit der Verbraucherzentrale Hamburg Klage gegen Lidl ein. Der Vorwurf: Unlauterer Wettbewerb durch Werbung für Produkte aus „fairen Arbeitsbedingungen weltweit". Wie bewerten Sie den juristischen Erfolg?

Das ist ein deutlicher Erfolg gewesen, weil Lidl die Behauptung zurücknehmen und zugestehen musste, dass sie mit dieser Aussage nicht mehr werben. Letztendlich ist es ja nicht zu einem Prozess gekommen, sondern sie haben im Vorfeld die ganze Sache zurückgezogen. Und das gibt der Kampagne im Grunde recht, wenn wir sagen, da brüsten sich Unternehmen mit sozialen Mäntelchen und es steckt nichts dahinter. Wir nennen das Schönfärberei und genau das betreibt Lidl. Das haben wir mit dieser Klage zu entlarven versucht – und das ist uns gelungen.

Können Sie die Einbußen des Unternehmens beziffern, dadurch, dass diese Lüge aufgedeckt wurde?

Lidl ist ein Familienunternehmen und von daher auch nicht verpflichtet, Bilanzen zu veröffentlichen. Von daher ist es prinzipiell schwierig, überhaupt an verlässliches Zahlenmaterial zu kommen. Wir vermuten, dass es Einbrüche gab, aber wir können es letztendlich nicht genau beziffern und auch nicht beweisen.

Sie haben die Schönfärberei angesprochen. Nach dem „grünen" geben sich nun viele Unternehmen auch einen „sozialen" Anstrich. Wie funktioniert dieses „social washing"?

Das läuft so, dass sie in bestimmten Bereichen Zugeständnisse machen, oder dass sie einzelne Projekte in den Produktionsländern fördern. So versuchen sie im Grunde abzulenken von den Produktionsbedingungen, die wir in den Zulieferbetrieben tagtäglich haben. Sie unterstützen dann beispielsweise ein Schulprojekt in Indien, aber gleichzeitig lassen sie in Indien unter ganz schlimmen Bedingungen produzieren. Damit versuchen sie, sich ein Feigenblatt zu geben und als sozial engagiertes Unternehmen zu erscheinen.

Es gibt ja auch Unternehmerverbände mit Selbstverpflichtungserklärungen. Wie wirksam sind die?

Das Problem ist, fast alle deutschen Bekleidungsunternehmen haben sich einen eigenen Verhaltenskodex zu geben. Diese Kodizes basieren auf den ILO-Kernarbeitsnormen, das heißt keine Kinderarbeit, angemessene Arbeitszeiten usw.


(c) Clean Clothes Kampagne

Aber diese Kodizes haben zwei große Schwachpunkte: Zum einen ist die Zahlung eines existenzsichernden Lohnes nicht darin verankert, das ist eine zentrale Forderung der Kampagne. Zum zweiten besteht natürlich das Problem, dass Papier geduldig ist: Die Einhaltung der Selbstverpflichtungen wird nicht unabhängig kontrolliert. Das gehört dann auch zum „social washing": Da hat ein Unternehmen zwar einen solchen Kodex, aber die Frage ist, wie wird er umgesetzt. Wir sind der Meinung, die Einhaltung dieser Bestimmungen muss im Rahmen einer Multi-Stakeholder-Initiative kontrolliert werden, mit den Gewerkschaften und KollegInnen vor Ort. Sonst funktioniert das nicht.

Neben den Discountern wie Lidl und Aldi schauen Sie nun auch Sport- und Outdoor-Herstellern wie Puma und Tatonka auf die Finger. Wie läuft so eine Clean-Clothes-Kampagne idealtypisch ab? Wie gehen Sie vor?

Wenn Arbeitsrechtsverletzungen auftreten in den Produktionsländern, z.B. wenn eine Fabrik in Brand gerät, oder Löhne nicht gezahlt werden, wenn Frauen fristlos entlassen werden, weil sie sich gewerkschaftlich betätigen wollen – wenn solche Arbeitsrechtsverletzungen auftreten, wird in der Regel das Internationale Büro der Kampagne in Amsterdam informiert. Dann prüft man nach, wer lässt da gerade herstellen. Und wenn das ein bundesdeutsches Unternehmen ist, werden wir darüber informiert und wir machen dann Eilaktionen.

Das heißt, wir überprüfen als allererstes, was an den Vorwürfen dran ist. Wir nehmen Kontakt auf mit den Organisationen in den Produktionsländern. Aber wir fragen auch bei den Unternehmen nach, dass sie dazu Stellung nehmen. Wenn diese Stellungnahmen ausbleiben oder aber unbefriedigend sind, dann gehen wir an die Öffentlichkeit. Unser Weg ist eigentlich nicht so sehr der über die Gerichte, sondern wir versuchen, öffentlichen Druck herzustellen.

Wir haben einige aktive Regionalgruppen und die gehen auch auf die Straße, machen Informationsstände, verteilen Flugblätter und machen Aktionen. Wir nutzen aber auch die öffentlichen Medien und versuchen, auch mal ins Fernsehen zu kommen oder in große Zeitungen. In letzter Zeit ist uns das auch ganz gut gelungen.

Im besten Falle führt der öffentliche Druck dann dazu, dass das Unternehmen positiv reagieren muss, also konkret Leute wiedereinstellt, vorenthaltene Löhne auszahlt, etc.

Die Niedriglohnpolitik hierzulande beflügelt ja den Discounter-Markt seit Jahren. Inwieweit sehen Sie die Verbraucher in der Verantwortung? Wie wollen Sie den Teufelskreis von schlechten Arbeitsbedingungen und Billigkonsum durchbrechen?

Punkt eins ist erstmal, dass wir gerade bei dieser Discounter-Kampagne auch die Arbeitsbedingungen der KollegInnen hier vor Ort, in Deutschland mit berücksichtigen. Es geht uns nicht nur um Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern. Wobei wir hier in Deutschland starke Gewerkschaften haben und von daher die Interessenvertretung der deutschen KollegInnen bedeutend einfacher und auch erfolgreicher ist.

Natürlich ist die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten hier in Deutschland ein Problem, so dass Menschen wirklich billig einkaufen müssen, weil sie zu wenig zum Leben haben. Das ist ein ganz großes Problem, das sehen wir genauso. Das ist aber in dem Fall nicht unsere Baustelle.

Wenn es nun darum geht, das aufzubrechen, da haben wir den Fokus in der entwicklungspolitischen Arbeit in den Produktionsländern: in Osteuropa, in Mittelamerika und in Asien. Eine unserer langfristigen und zentralen Forderungen ist es, dass es internationale Arbeitsgesetze gibt. Denn es kann doch nicht sein, dass ein deutsches Unternehmen, das hier viele Sozialstandards einhalten muss, sich um Arbeitsrechte nicht mehr schert, sobald es Aufträge in solche Billiglohnländer vergibt. Deshalb fordern wir internationale Arbeitsgesetze, die dann auch sanktioniert werden, wenn sie gebrochen werden. Das ist der Dreh- und Angelpunkt. Es gibt ja z.B. schon die OECD-Guidelines, es gibt die UN-Organisation ILO. Diese Organisationen können Verstöße zwar auch mehr oder weniger anprangern, aber sie haben keine Möglichkeit der Sanktion. Von daher ist das heute ein zahnloser Tiger.

Vielen Dank für das Interview und weiterhin viel Erfolg!

Kolumne Durruti



Wenn ich reichen Leuten begegnete, so erhielt ich meist ungefragt den wenig freundlich gemeinten Ratschlag: „Wollen sie wissen, wie ich reich geworden bin? Jedenfalls nicht vom Ausgeben!" Geholfen hat mir das wenig. Auch bei aller disziplinierten Bescheidenheit bleibe ich von Reichtum maximal weit entfernt, und das Geld im Portemonnaie reicht häufig nur bis zum Anbrechen der letzten Monatswoche. Dann wird's duster, und Schmalhans ist nicht nur in der Küche Meister. Erfahrungen, die nachdenklich stimmen.

Vielleicht ist es gar nicht richtig, gegen Monatsende auf Kartoffeln pur umzusteigen und die vollen Aschenbecher nach aufdröselbaren Kippen durchzuseihen. Musste nicht selbst der geizigste Pfeffersack erstmal investiert haben, um seine Gewinnmarge abzuschöpfen? Bremsen allzu große Ersparnisse nicht die Konjunktur aus, weil das Geld fließen muss? Und soll dadurch nicht irgendwann auf mysteriöse Weise etwas Wohlstand von oben nach unten durchrieseln?

Klamme Haushaltslagen sind auch anderen vertraut. Selbst auf den großen politischen Bühnen dieser Welt wird hitzig diskutiert, was sinnvoller sei, Sparen oder Ausgeben, um den Laden wieder in Schwung zu bringen. In Hamburg probiert man beides: erst mit vollen Händen ausgeben, jetzt sparen. Die Bundesregierung versucht es mit Fremdsparen: erst die Einnahmen reduzieren, damit man dann weniger zum Ausgeben hat und dennoch nichts ansparen kann. Beides erscheint mir wenig logisch, doch wer bin ich schon?

Nur jemand, der am Monatsende zum dünnsten Strohhalm greift und sich plötzlich als Wurstverkäufer auf einer Massenveranstaltung wiederfindet, um das eigene Budget um 50,- Euro aufzustocken. Und der sich nach sechs Stunden Krakauerwenden, besudelt mit Senf, Ketchup und Bratwurstfett, für die Hamburger Methode entscheidet: erst ausgeben, dann mal sehen.

Das folgende ökonomische Selbstexperiment sollte sich als kniffliger erweisen, als ich dachte. Denn neben monetäre und fiskalische Aspekte traten noch soziologische und psychologische, die ich in meinen ursprünglichen Erwägungen für die Abendgestaltung so nicht vorausgeahnt hatte.

Investieren statt knausern, dachte ich mir und beging prompt Fehler Nummer 1: Ich traf mich mit Freunden zur geselligen Runde in einer Gaststube. Die sich hieraus ergebende soziale Eigendynamik bezüglich eines sich gegenseitig hochschaukelnden, allgemeinem Gruppenzwang geschuldeten Alkoholkonsums und horrender Zechen, die nicht alle anwesenden Personen zu begleichen sich imstande sahen, mündete mit unausweichlicher Folgerichtigkeit in Fehler Nummer 2, nämlich der Nichtberücksichtigung des mir eigenen Betrunkenentypus.

Tatsächlich lassen sich Menschen in bestimmte Typen unterteilen, je nachdem, zu welchem charakteristischen Fehlverhalten sie ab einer gewissen Promillegrenze neigen. Weithin bekannt sein dürften der überschwängliche, der grantige und der weinerliche Typ; ich falle jedoch in eine Sonderuntergruppe der Überschwänglichen, nämlich der Spendablen, mit der verheerenden Tendenz, ab dem soundsovielten Bier jeden um mich herum einladen zu wollen. Das macht beliebt, aber auch arm. Und in der Summe wog die Geldbörse noch leichter als vor dem Experiment.

War ich also gescheitert? Und mit mir das Hamburger Modell? Oder hatte ich nur den Geldfluss im Sektor der Genussmittelindustrie dahingehend angekurbelt, dass mir – gewissermaßen eine Entwicklungsperson – dereinst etwas vom Reichtum der Knickrigen herabschneien wird, ganz nach der Theorie vom *trickle-down*? Time will tell.

Matthias Seiffert

TERMINE

☞Aachen

So. 19. Sept., 14.00 Uhr
Welthaus, An der Schanz 1
Filmbrunch: „Durruti in der Spanischen Revolution"
Anhand von Originaldokumenten zeichnet Regisseur Paco Rios das Leben des Metallarbeiters und Anarchisten nach.

So. 10. Okt., 14.00 Uhr
Welthaus, An der Schanz 1
Filmbrunch: „Ende der Vertretung"
Der Film begleitet den Einzelhandelsstreik 2007/08 über mehrere Monate. Zu Wort kommen vor allem Frauen, viele von ihnen streikten zum ersten Mal. Manchen wird ihr Engagement im Streik zum Verhängnis, z.B. Emmely.

☞Berlin

Sa. 11. Sept., 13.00 Uhr
Potsdamer Platz (Auftakt)
Demo: Freiheit statt Angst
Auch die FAU ist mit von der Partie (siehe Seite 1).

Fr. 1. Okt., 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburger Str. 38
Info: FAU – wie funktioniert das?
Einführung in die gewerkschaftliche Arbeit der FAU, für InteressentInnen und Neumitglieder.

☞Darmstadt

Sa. 10. Sept., ab 22.00 Uhr
Oettinger Villa, Kranichsteinerstr. 81
Fiesta: Kellerkinder
Soli zugunsten der ASJ Darmstadt (LSD) und für Antirepressionsarbeit. Eintritt: 3 Euro.

☞Düsseldorf

Mo. 13. Sept., 19.30 Uhr
Hinterhof, Corneliusstr. 108
Diskussion: Koalitionsfreiheit vs. Tarifeinheit
Veranstaltet von FAU Düsseldorf & Cable Street Beat.

☞Freiburg

Sa. 30. Okt., ab 21.00 Uhr
KTS, Baselerstr. 103
Fiesta: Alles muss man selber machen!
Soli für die Gewerkschaftsarbeit der FAU Freiburg

☞Hannover

Di. 28. Sept., 19.00 Uhr
Pavillon, Lister Meile 4
Diskussion: Tendenz gegen Grundrechte
Zur gesellschaftlichen Rolle und Funktion kirchlicher Betriebe, deren Auswirkungen auf den Arbeitsalltag und Handlungsmöglichkeiten.

☞Kassel

Do. 16. Sept., 16.00 Uhr
Arbeitsamt, Grüner Weg 46
Action: Spaziergang gegen Leiharbeit
Die Aktion ist Teil der FAU-Kampagne „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Leiharbeit abschaffen!"

☞Münster

21. Sept., 19.00 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Film: „Babylon System"
Der Film zum Arbeitskampf in Deutschlands verschrienstem Kino.

weitere Termine siehe S. 4

TERMINE

Fortsetzung von S. 3

☞Nürnberg

Sa. 25. Sept., 19.00 Uhr
Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6
Diskussion: Mythos Schule
Warum die Schule entstaatlicht werden muss. Mit Ulrich Klemm.

Fr. 22. Okt., 19.00 Uhr
Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6
Lesung: „Abel Paz"
Die Biografie aus dem Hause „Edition AV"

Weitere Termine auf www.direkteaktion.org

Zahlen, bitte!



Offizielle (d.h. geschönte) Arbeitslosenquote: Sie sank während der Krise in der BRD von 7,9 auf 7,0%. In den anderen OECD-Staaten stieg die Quote im Schnitt von 5,7 auf 8,6%. Deutschland stützt sich dabei auf eine ...



Aggressive Exportpolitik: So konnten die deutschen Exporte im Vergleichszeitraum Mai 2009 bis Mai 2010 um 28,8% gesteigert werden. Das geht natürlich nur mit Niedriglohnproduktion und ...

Lohnverzicht: um Beispiel einigte sich die Lufthansa mit ver.di Anfang Juli auf eine Nullrunde für rund 50.000 Bodenbeschäftigte des Konzerns. Das bedeutet: 22 Monate satter Reallohnverlust.



Kriselnde Zeitungen: Im letzten Jahr lag der Umsatz der Zeitungsbranche 7% unter Vorjahresniveau. Die Werbeeinnahmen gingen um knapp 16% zurück. Die Auflage der Zeitungen sank insgesamt um 2,5%.

DA im Trend: Gegen den Trend der kommerziellen Branche konnte die *Direkte Aktion* ihre Einzelabos im Vorjahr um etwa 10% steigern.

Wem gehört das Whistleblowing?

Eine gewerkschaftliche Annäherung an das „Alarmschlagen" in der Arbeitswelt

Der Erste Mai war dieses Jahr nicht nur der „Kampftag der ArbeiterInnen", er soll auch der „Tag der Whistleblower" gewesen sein. Das verkündete zumindest das Whistleblower-Netzwerk, das erstmals auf der zentralen DGB-Kundgebung in Berlin vertreten war. In anderen Ländern ist der Begriff „Whistleblowing" längst in den alltäglichen Sprachgebrauch eingezogen, während er hierzulande noch vielen unbekannt ist. Erst seit den späten 1990ern gibt es zaghafte Bemühungen, den Begriff auch in die deutsche Diskussion einzuführen. Whistleblowing, was in etwa „Alarmschlagen" bedeutet, hat seinen Ursprung in den USA und bezeichnet den Umstand, dass im Arbeitsumfeld oder Wirkungskreis einer Person gravierendes Fehlverhalten, schwerwiegende Missstände oder Fehlentwicklungen aufgedeckt werden. Eine der berühmtesten Schößlinge des Whistleblowing-Trends ist die Internetseite WikiLeaks, die in letzter Zeit vermehrt für politische Skandale, Enthüllungen und Überraschungen sorgte. Doch Whistleblowing ist ein umkämpftes Terrain und nicht immer so sympathisch, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Kriterien des Whistleblowing

In einer Veröffentlichung über Zivilcourage nennen die Autoren Gerd Meyer und Ulrich Dovermann vier Kriterien, über die sich Whistleblowing bestimme. Dazu zählt zunächst einmal das Erkennen einer Fehlentwicklung (revealing wrongdoing). Insbesondere gemeint sind damit „erhebliche Gefahren oder Risiken für Leben, Gesundheit, die nachhaltige Sicherung und Entwicklung der Ökosysteme oder das friedliche Zusammenleben". Anschließend folgt das going outside. Dabei wird häufig zwischen einer externen und internen Öffentlichkeit, an die man sich wendet, unterschieden – das ist Resultat einer Debatte, in der beunruhigte Unternehmen dafür plädierten, Whistleblowing doch zunächst einmal auf die Betriebsöffentlichkeit begrenzt zu halten. Drittens müsse die Handlung, etwas öffentlich zu machen, durch das Motiv begründet sein, dass man dem öffentlichen Interesse diene (serving the public interest). Es sollten also uneigennützige Gründe vorliegen, die an einem undefinierten Allgemeinwohl orientiert sind. Letztlich gibt es noch das Risiko einer Vergeltung (risking retaliation), dem sich ein Whistleblower durch seine Handlung aussetze.

Das revealing wrongdoing, von wo aus das Whistleblowing seinen Lauf nimmt, bleibt jedoch der Knackpunkt der Angelegenheit, hängt deren Charakter doch maßgeblich von der Art der Fehlentwicklung ab, die es zu skandalisieren gilt. Dabei findet das Whistleblowing häufig seinen Ursprung in einem bürgerrechtlichen und zivilcouragierten Background, aus dem sich nicht selten eine Tendenz herauslesen lässt, Skandale in den oberen Hierarchien aufzudecken. Stellenweise mag dies ein Misstrauen gegen Autoritäten und öffentliche Akteure implizieren, eine feste Komponente des Whistleblowing war und ist dies jedoch noch lange nicht.

Zwischen Recht und Unternehmenspolitik

Während also anfänglich oft korrupte Methoden und Handlungen etwa von Geheimdiensten oder PolitikerInnen skandalisiert wurden, steht Whistleblowing in der Arbeitswelt unter ganz anderen Vorzeichen, wenn etwa Angehörige eines Unternehmens Interna öffentlich machen wollen. Der Grundsatz, dass dissidentes Verhalten aus Gewissensgründen zulässig sei, wird – wie in der bundesdeutschen Auseinandersetzung – zur Farce, wenn eine Ethik propagiert wird, die das Gewissen in den Dienst von Wirtschaftsinteressen stellt und Menschen unter der Prämisse der Loyalität zu Handlangern verurteilt.

> ***Der Grundsatz, dass dissidentes Verhalten aus Gewissensgründen zulässig sei, wird zur Farce, wenn eine Ethik propagiert wird, die das Gewissen in den Dienst von Wirtschaftsinteressen stellt und Menschen zu Handlangern verurteilt.***

Schon in den USA wurde der Weg dafür geebnet, Whistleblowing im Sinne der Unternehmensloyalität zu interpretieren und in kontrollierbare Bahnen zu lenken. So wurde zwar durch den Sarbanes-Oxley-Act 2002 die Einführung eines Hinweisgebersystems beschlossen, das für alle an den US-Börsen gelisteten Unternehmen und deren Tochtergesellschaften (auch die in Europa) gilt. Doch die Kontroverse um diese Whistleblowing-Hotlines, die mittlerweile auch in Deutschland geführt wird, hatte als Kernpunkt zum Ergebnis, dass mit Whistleblowing-Enthüllungen zuallererst nur firmenintern umgegangen werden und die „externe" Öffentlichkeit ausgeschlossen bleiben soll.

In Deutschland etwa kam es bisher lediglich zu parlamentarischen Anhörungen über einem möglichen § 612 im BGB, der den Whistleblower-Schutz für ArbeitnehmerInnen sichern soll. Das Whistleblower-Netzwerk kritisiert den Entwurf als unzureichend, während der BDA diesen als zu weitgehend ablehnt. Vorschläge, wie dass eine sofortige Anzeige oder externe Öffentlichmachung möglich sein sollen, wenn der Whistleblower keine Chance sieht, im Unternehmen selbst etwas zu bewirken, werden i.d.R. heftig kritisiert. Empfehlungen entsprechender Lobbygruppen, wie etwa des „Düsseldorfer Kreises" und seiner Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Beschäftigtendatenschutz", tendieren meist dazu, anonyme Anzeigen nur in Ausnahmen anerkennen zu wollen.

Whistle with the bosses

In Deutschland ist der Faktor des risking retaliation für ArbeiterInnen besonders hoch. 2009 traten immerhin Gesetze für Beamte in Kraft, die nun auch bei Korruptionsstraftaten ihre Verschwiegenheit ablegen und diese Fälle zur Anzeige bringen dürfen, was vorher nur bei besonders schweren Verbrechen möglich war. Doch im Allgemeinen ist das Betriebsgeheimnis, dessen Missachtung Kündigungen und andere Konsequenzen nach sich ziehen kann, nach wie vor eine Mauer der Tabuisierung von Betriebsalltag. Zwar urteilte 2001 das Bundesverfassungsgericht, dass es möglich sei, seinen „Arbeitgeber" anzuzeigen, jedoch müsse geklärt sein, dass man diesem dadurch nicht schaden wolle und die „Verhältnismäßigkeit" gewahrt sei. Diese potentielle Möglichkeit wird somit wieder in die rechtliche Grauzone verschoben.

Dabei ist zu beobachten, dass sich die Unternehmen zunehmend das Thema angeeignet haben. Mit wirtschaftsethischen Schlagworten führen sie die Diskussion an und prägen dabei maßgeblich das Bild vom Whistleblowing. Dabei werden beiläufig auch sozialethische Prinzipien angesprochen, wie etwa Gewalt und Mobbing im Betrieb als zu bekämpfende Phänomene, wirkt sich derlei doch auch auf die Arbeitsleistung aus. Die eigentlichen Vorteile für die Unternehmensseite liegen jedoch in der schleichenden Etablierung eines Disziplinierungssystems, getarnt als Meldesystem für betriebswirtschaftliche und ethische Verstöße. Die Koordinaten für das Melden drohen dabei zu verwässern, wenn es als Unternehmens- und nicht als zivile Kultur in den Alltag eindringt.

Unter der Lupe

In der deutschen Debatte geht es i.d.R. nicht mehr um investigatives oder zivilcouragiertes Handeln. Hier steht im Vordergrund, wie Whistleblowing auf Unternehmensebene reglementiert werden kann, und zwar unter der deutlichen Maßgabe, die Betriebe vor Schaden zu schützen. Das revealing wrongdoing ist dabei keine moralische Frage, sondern soll den von den Unternehmen selbst formulierten ethischen Kodizes folgen. Dass der Betrieb überhaupt funktioniert und keinen Schaden nimmt, wird hier schnell zu einer Sache des öffentlichen Interesses umgedeutet. Dementsprechend stellt die „Business Keeper AG", die ein Whistleblower-Meldesystem für Unternehmen entwickelt hat, zur rechtlichen Auslegung fest: „Das zu erfassende Verhalten muss einen deutlichen Arbeitsbezug aufweisen. Gesetzeseinhaltung von Mitarbeitern und deren Überwachung dienen dem arbeitsvertraglichen Zweck, nämlich dem geordneten und wirtschaftlich erfolgreichen Ablauf des Wertschöpfungsprozesses." Mit anderen Worten: Alles, was das „erfolgreiche" Geschäft nicht direkt stört, ist primär keine Fehlentwicklung.

Der Fehler liegt derweil nicht beim Konzept des Whistleblowing an sich. Die rechtlich und gesellschaftlich von den Unternehmern geprägte Diskussion hat ihm seinen momentanen Charakter verliehen. Dass gerade diejenigen die firmeninterne Whistle-Politik vorantreiben, die typischerweise im Fokus von z.B. Korruption stehen, nämlich die Vorstände, weist darauf hin, dass sie sich die Debatte erfolgreich angeeignet haben. Die Schauplätze für Skandale und Vergehen werden so in die unteren Ränge verlegt, wo jeder und jede um einen Platz im Unternehmen kämpft. Dass die gravierenden Verstöße zumeist aufgrund persönlicher Bereicherung ranghoher Akteure oder Unternehmenskalkül entstehen, bleibt eher nebensächlich.

Es wäre einfältig, zu glauben, die jetzige Whistleblowing-Interpretation würde Unternehmen, die Gesetzes- oder Ethikverstöße für lukrative Geschäfte in Kauf nehmen, irgendwie beeinträchtigten. Die Diskussion um die rein firmeninternen Meldesysteme ist nichts weiter als eine Scheindebatte, und die Zielgruppe des Misstrauens ist klar: die ArbeiterInnen. Auch die Diskussion um die Bagatellkündigungsdelikte drehte sich um ein phantasiertes Vertrauensverhältnis zwischen Bossen und ArbeiterInnen, wobei Letztere stets in der Bringschuld seien, den „Arbeitgebern" ihre Treue zu beweisen. Um eine ähnliche Deutungshoheit geht es auch beim Whistleblowing.

Syndikalistisches Tagesgeschäft

Die vier Kriterien des Whistleblowing sind ein Spielball, und GewerkschafterInnen täten gut daran, eine klassenorientierte Deutung ins Spiel zu bringen. Denn was Whistleblowing letztendlich ausmacht, ist die Kultur und der soziale Kontext, in dem es sich bewegt, zu wessen Gunsten und zu wessen Schaden es eingesetzt wird. Eine Institutionalisierung durch Meldesysteme und Paragraphen kann nicht Ziel gewerkschaftlicher Arbeit sein. Vielmehr müssen alltägliche Verstöße wie etwa im Arbeitsrecht auch weiterhin als Klassengegensätze verstanden werden. Das „Alarmschlagen" im gewerkschaftlichen Kampf kann sich nicht an firmeninterne Systeme richten, denn als Teil der Unternehmenspolitik ist es nur ein weiteres Standbein der Individualisierung von ArbeiterInnen. Whistleblowing als Teil gewerkschaftlicher Arbeit bietet dagegen Möglichkeiten kollektiver Organisierung und Aktion.

Aus syndikalistischer Sicht dient das Alarmschlagen einer Delegitimierung von Autoritäten, der Skandalisierung schlechter Arbeitsverhältnisse und der alltäglichen Ausbeutungspraxis. Insofern ist Whistleblowing im Syndikalismus seit jeher Tagesgeschäft. Das revealing wrongdoing ist hier identisch mit dem Erkennen eigener Interessen, während die Herstellung von Öffentlichkeit und deren Empörung als Druckpotentiale dienen. Whistleblowing ist somit auch eine flankierende Kampfform in Konflikten. Doch wo in konkreten Fällen die Entrüstung und damit die Solidareffekte ausbleiben, können – wenn sich z.B. der „Arbeitgeber" aufgrund ausbleibenden öffentlichen Drucks bestärkt sieht – auch die Druckpotentiale sinken. Einen Arbeitskampf öffentlich zu führen, kann somit Chance und Verhängnis zugleich sein. Daher muss das gewerkschaftliche Whistleblowing stets darauf abzielen, vermeintliche Einzelfälle als Teil des Klassenwiderspruchs erkennbar zu machen. Denn dieser ist immer eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse.

Sebastien Nekyia

Zahlenspiele

Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, Medien und Unternehmen beklagen den Mangel an Fachkräften und Azubis. Zahlreiche Lehrstellen würden unbesetzt bleiben

Seit Jahren klagen die Gewerkschaften über den Lehrstellenmangel in der Bundesrepublik. Auch 2010 hat sich daran nichts Wesentliches geändert. In dem am 1. August 2010 begonnenen Ausbildungsjahr stehen laut DGB-Jugend lediglich 405.000 Lehrstellen für 511.000 BewerberInnen zur Verfügung. Trotz dieser Tatsache, lässt eine jüngst erschienene und viel zitierte Studie der Bertelsmann-Stiftung das Gegenteil vermuten. Insbesondere in Ostdeutschland überaltere die Bevölkerung, in Sachsen-Anhalt beispielsweise werde sie bis 2025 um 17% schrumpfen. Jeder zweite sei dann älter als 54 Jahre. Die Leitmedien sprechen infolgedessen von der „demographischen Krise" (*Süddeutsche*) und zitieren ostdeutsche Unternehmer, die keine qualifizierten und leistungsbereiten Azubis mehr finden würden. In der *taz* erklärt ein Elektriker, dass er für seine drei Lehrstellen nicht mehr 80, sondern nur noch 50 Bewerbungen erhalte.

In dieselbe Richtung zielt eine Umfrage der Handelskammer Schwerin unter Ausbildungsbetrieben, die „mangelnde Ausbildungsreife" als Ursache für nicht besetzte Ausbildungsplätze ausmacht. Lediglich 25% der Befragten nennen Faktoren wie ungewisse Zukunftsaussichten oder eine unsichere Auftragslage. In der Folge werden Anwerbeprogramme entwickelt: Mit dem Slogan „Dein Land, deine Chance – Durchstarten in MV" soll Jugendlichen eine betriebliche Ausbildung schmackhaft gemacht und gelernte Fachkräfte für das Flächenländchen an der Ostsee begeistert werden. So sieht es nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern aus: Laut Ausbildungsagentur Nord waren Anfang August noch 3.600 Ausbildungsplätze unbesetzt. Doch auch im Osten kommen 85.484 BewerberInnen auf nur 66.088 Ausbildungsplätze.

In der Konsequenz zeigen sich zwei Dinge: Erstens die Dehnbarkeit von Statistiken. Zweitens die Anspruchshaltung der Ausbildungsbetriebe, die praktisch nur noch überqualifizierte Azubis auswählen. Udo Beckmann vom Verband Bildung und Erziehung kritisiert in der *Jungen Welt*, dass die Chancen von HauptschulabsolventInnen auf dem Bildungsmarkt „gegen Null" gingen. Viele von ihnen werden pauschal als „nicht ausbildungsreif" abgestempelt und mit sogenannten „berufsvorbereitenden Ma ßnahmen" beschäftigt. Folglich hat auch ein großer Teil jener 17% der 20- bis 30-jährigen, die einem kürzlich vorgestellten Bund-Länder-Bericht zufolge über keine Berufsausbildung verfügen, „nur" diesen Schultyp besucht. Auch andere Fakten werden in der Bertelsmann-Studie nicht erwähnt. Insbesondere im Osten ist der Grad an Prekarität in der Arbeitswelt wesentlich höher und in Regionen, in denen keine „hohen Tariflöhne" (*FAZ*) gezahlt werden, dürfte sich auch die Motivation der potenziellen zukünftigen TagelöhnerInnen in Grenzen halten, eine Ausbildung in dieser Region zu wählen. Daran wird auch kein Anwerbungsprogramm etwas ändern.

Adrian Beyer



Foto: Torsten Bewernitz

Die Belegschaft protestiert am 23. August 2010 vor Konzernzentrale

In der Gangway abgefertigt?

Die Belegschaft der Reinigungsfirma Klüh hat sich durch ihre kämpferische Haltung Feinde in der Geschäftsführung gemacht. Nun soll sie abgewickelt werden

Zwanzig Prozent weniger soll die Endreinigung der Flugzeuge von Air Berlin auf dem Düsseldorfer Flughafen kosten, wenn es nach dem Billiganbieter geht. Die bisher hier tätige Firma Klüh Service Management GmbH beteiligt sich deswegen nicht mehr an der nächsten Ausschreibung. Ins Rennen geht stattdessen die Kölner Reinigungsfirma Wieprecht GmbH & Co. KG. Ein marktwirtschaftlich gesehen recht normaler Vorgang, sollte man meinen. Die Gründe für diese Vertragsabwicklung sind aber an anderer Stelle zu suchen.

8. März 2010: Die Mitarbeiterinnen – drei Viertel der 160-köpfigen Belegschaft – der Firma Klüh am Standort Flughafen Düsseldorf beteiligen sich an Aktionen zum Weltfrauentag. Auch das wäre nichts besonderes, wären sie nicht bezahlt freigestellt. In Deutschland ist das nahezu unglaublich, erst recht im traditionell prekären Reinigungssektor. Generell ist auch die Firma Klüh, mit weltweit 40.000 MitarbeiterInnen, für ihre miserablen Arbeitsbedingungen bekannt. Im Herbst 2009 hatte das Daimler-Werk Untertürkheim den Vertrag mit Klüh gekündigt, nachdem der Betriebsrat gemeinsam mit den Reinigungskräften die Arbeitsbedingungen offengelegt hatte: Unbezahlte Mehrarbeit, rassistische und sexistische Beschimpfungen waren an der Tagesordnung.

Verhältnismäßig gut waren dagegen die Arbeitsbedingungen der Belegschaft am Düsseldorfer Flughafen. Anders als in der Branche üblich, gibt es hier keine Arbeitszeitkonten, die Verteilung von Wochenendschichten ist klar geregelt, die Zahl der LeiharbeiterInnen wurde 2008 durch eine Betriebsvereinbarung auf maximal 50 begrenzt und Klüh damit gezwungen, diese im Zweifelsfall zu übernehmen. LeiharbeiterInnen waren feste Stundenzahlen garantiert.

Diese für den Reinigungssektor erstaunlichen Bedingungen hat sich die Belegschaft hart erkämpft. Zuletzt zeigte sie ihre kämpferische Einstellung in der Solidarität mit dem halbjährigen Streik bei dem Flughafen-Caterer Gate Gourmet in Düsseldorf und in den letztjährigen Tarifauseinandersetzungen im Reinigungssektor unter der DGB-Gewerkschaft IG BAU. Diese Entschlossenheit erklärt die Freistellung der Kolleginnen am 8. März – sie wirft aber auch ein anderes Licht auf die Nichtbeteiligung Klühs bei der Neuausschreibung der Flugzeugreinigung bei Air Berlin.

Gewerkschaftsfeindliche Konzerne und untätige Gewerkschaften

Wie Klüh, so ist auch Air Berlin als besonders gewerkschaftsfeindlich bekannt. 2007 gelang hier zum ersten Mal eine tarifliche Einigung – einen Betriebsrat gibt bis heute nicht. Die beiden Firmen eint also das Interesse, die kämpferische Belegschaft loszuwerden. Darauf, dass es hier nicht nur um eine branchenübliche Neuausschreibung geht, weist auch der Einsatz des berüchtigten Düsseldorfer Kündigungsanwalts Helmut Naujoks hin. Wer Naujoks beauftragt, hat mehr im Sinn: „Es geht Klüh vor allem darum, diesen Betriebsrat loszuwerden und den Kern dieser kämpferischen Belegschaft rausschmeißen zu können. Denn auch hier sollen wieder die in der Branche ‚üblichen' Bedingungen gelten", heißt es in einem Hintergrundbericht auf labournet.de.

Doch auch dieses Mal hält die Belegschaft nicht still. Mit Mahnwachen, Flugblattaktionen und dem Aufruf zu Protestschreiben an die Firmenleitung und Naujoks bringt sie sich ins Spiel – bisher nahezu unbeachtet von der Öffentlichkeit. Momentan steht zur Debatte, ob die Kölner Firma Wieprecht die Belegschaft – zu den „branchenüblichen" Bedingungen – übernimmt oder ob es einen Sozialplan geben wird. Beeindruckend ist auch in diesem Fall die Geschlossenheit der Belegschaft. Ein Vertreter des Betriebsrats erläuterte auf einer Info-Veranstaltung am 19. August im Düsseldorfer „Zakk", dass ältere KollegInnen, die bereits seit ca. 35 Jahren putzen, Interesse an einem Sozialplan hätten, während jüngere KollegInnen einen neuen Arbeitsplatz benötigen. Anders als üblich, möchte der Betriebsrat hier nicht im Interesse der Mehrheit, sondern im Interesse aller handeln – also einen Kompromiss erzielen, der beide Aspekte berücksichtigt.

Welche der Optionen mehr Zustimmung findet, wurde zum 22. August in einer Betriebsabstimmung entschieden, am 23. August veranstaltete die Belegschaft mit solidarischen GewerkschafterInnen eine Kundgebung vor der Konzernzentrale. Das Ergebnis der Abstimmung war zu diesem Zeitpunkt leider noch nicht bekannt.

Der nächste mögliche Schritt wäre ein Streik für einen Sozialtarifvertrag, wie er seit 2007 möglich ist. Dazu wäre aber die Unterstützung der IG BAU nötig, die sich bedeckt hält. Die IG BAU hat die schlechten Bedingungen in der Branche soweit geschluckt, dass sie schon die bisherigen Verhandlungsergebnisse als zufriedenstellend betrachtet. Streiks für Sozialtarife in Übergangssituationen wie diesen fürchten die DGB-Gewerkschaften wie der Teufel das Weihwasser. Da es hier um's Ganze geht, ist die langfristige Streikwilligkeit der Belegschaften – gerade einer kämpferischen wie bei Klüh Düsseldorf – vorprogrammiert und für die Gewerkschaften kostenintensiv. Wie bereits die IG Metall im Streik bei den Bosch-Siemens-Haushaltsgerätewerken (BSH) in Berlin 2006 deutlich machte, muss sich die Belegschaft in solchen Fällen gegen die eigene Gewerkschaft durchsetzen.

Torsten Bewernitz

Nähere Infos: www.labournet.de/branchen/dienstleistung/rg/ (dort auch: Anschriften für Protest- und Soli-Schreiben)

§§§-Dschungel

Kündigung – leider immer aktuell. Teil III:

Schrifterfordernis, Kündigungszugang und Fristen

Die Schrifterfordernis ist im § 623 BGB geregelt:
„Die Beendigung von Arbeitsverhältnissen durch Kündigung oder Auflösungsvertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform; die elektronische Form ist ausgeschlossen."

Trotz dieses einfachen Gesetzestextes tauchen hier immer wieder Unsicherheiten auf.
Die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses muss schriftlich erfolgen und vom Aussteller eigenhändig unterschrieben sein. Schriftlich heißt somit ein Original aus Papier mit handschriftlicher Unterschrift des Arbeitgebers. Die Schriftform gilt übrigens auch wenn ihr selbst kündigt. Zugang in elektronischer Form bedeutet hier E-mail, SMS, etc., aber auch das Fax. (Siehe §§§-Dschungel in der *Direkten Aktion* Nr. 197)

Wann gilt eine Kündigung als zugegangen?
Eine Kündigung muss in den „Herrschaftsbereich" des Empfängers kommen, zum Beispiel in seinen Briefkasten. Zugegangen ist sie aber erst, wenn ihr sie, unter Abwägung der Umstände, auch zur Kenntnis nehmen konntet. Wird sie zu den üblichen Postzustellungszeiten eingeworfen, gilt der gleiche Tag als Datum des Zugangs. Wird die Kündigung allerdings später eingeworfen, gilt erst der nächste Tag. Doch auch hier, Vorsicht: Bei den vielen privaten Zustellern verteilt sich die übliche Zustellung schon fast bis in den Nachmittag. Auch bei Abwesenheit (Urlaub etc.) gilt die Kündigung dann als zugestellt und die 3-wöchige Widerspruchsfrist beginnt zu laufen.

Der Einwurf der Benachrichtigung über die Lagerung eines Einschreibens bei der Post in euren Briefkasten bedeutet noch keinen Zugang der Kündigung beim Empfänger. Auch seid ihr nicht verpflichtet, das Schreiben abzuholen, es sei denn, dass ihr mit einer Kündigung rechnen konntet.
(LAG Rheinland-Pfalz 10 SA 949/00)

Fristen
Werden die oben genannten Erforderlichkeiten nicht eingehalten, ist die Kündigung unwirksam. Aber Vorsicht: Nur ein Gericht kann diese Unwirksamkeit feststellen. Das heißt für euch, dass ihr in jedem Fall eine Kündigungsschutzklage erheben müsst, und zwar innerhalb von drei Wochen nach Zugang der Kündigung.

Anrufung des Arbeitsgerichts:
*Will ein Arbeitnehmer geltend machen, dass eine Kündigung sozial ungerechtfertigt oder aus anderen Gründen rechtsunwirksam ist, so muss er innerhalb von **drei Wochen** nach Zugang der schriftlichen Kündigung Klage beim Arbeitsgericht auf Feststellung erheben, dass das Arbeitsverhältnis durch die Kündigung nicht aufgelöst ist. (§ 4 KSchG, Kündigungsschutzgesetz)*

Versäumt man nun diese Frist, dann hilft nur noch die Zulassung einer verspäteter Klage laut § 5 KschG:
(1) War ein Arbeitnehmer nach erfolgter Kündigung trotz Anwendung aller ihm nach Lage der Umstände zuzumutenden Sorgfalt verhindert, die Klage innerhalb von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung zu erheben, so ist auf seinen Antrag die Klage nachträglich zuzulassen.
*(3) Der Antrag ist nur innerhalb von **zwei Wochen** nach Behebung des Hindernisses zulässig.*

Kurz und gut. Versucht möglichst nicht mit Fristen zu taktieren, sondern konzentriert euch auf die rechtzeitige Erhebung einer Kündigungsschutzklage. Habt ihr die dreiwöchige Frist versäumt, rate ich dringend einen Rechtsanwalt einzuschalten, um die nachträgliche Klagemöglichkeit zu erreichen.

Eine spezielle Frist gibt es noch bei der außerordentlichen (fristlosen) Kündigung:
(1) Das Dienstverhältnis kann von jedem Vertragsteil aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, [...]
*(2) Die Kündigung kann nur innerhalb von **zwei Wochen** erfolgen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Kündigungsberechtigte von den für die Kündigung maßgebenden Tatsachen Kenntnis erlangt. Der Kündigende muss dem anderen Teil auf Verlangen den Kündigungsgrund unverzüglich schriftlich mitteilen.*
(§ 626 BGB: Fristlose Kündigung aus wichtigem Grund)

Mit anderen Worten: Entscheidend ist es, wann genau der Chef von dem Kündigungsgrund gewusst hat oder hätte haben können. Das klärt dann das Gericht. Hat er die o.g. Frist überschritten, ist die fristlose Kündigung unwirksam. Auch hier gilt: In jedem Fall rechtzeitig Kündigungsschutzklage erheben!

Noch ein Tipp zum Schluss
„... muss der Arbeitgeber innerhalb von **zwei Monaten**, nachdem er von den maßgeblichen kündigungsrelevanten Tatsachen Kenntnis genommen hat, erklären..."
(Rheinische Post zur fristlosen Kündigung, Auszug)

Solche und ähnliche Fehler sind auf den unterschiedlichsten Homepages zu finden und können immer passieren, auch auf den Seiten von Anwälten. Gewöhnt euch deshalb einfach an, im Gesetzestext zu lesen. Nur der ist wirklich verbindlich. Im BGB § 622 sind übrigens die gesetzlichen Kündigungsfristen bei Arbeitsverhältnissen geregelt. Auch die bei einer Probezeitkündigung.
In der nächsten Ausgabe wird die Rolle des Betriebsrats bei einer Kündigungen behandelt.

Thersites

Unbehelligte Prügelbullen

Beweismittel verschwinden, PolizeibeamtInnen schützen sich gegenseitig durch Falschaussagen, es gibt keine unabhängigen Ermittlungen. Kein Wunder also, dass allein 2008 trotz 636 Fällen, in denen gegen Beamte wg. Körperverletzung ermittelt wurde, es zu keiner einzigen Verurteilung kam.

In einer aktuellen Studie hat Amnesty International 15 Fälle von Misshandlungen durch PolizistInnen dokumentiert. AI sieht in der mangelnden Aufklärung der Tatbestände ein „strukturelles Problem". In Deutschland gebe es zudem besonders viele Fälle von Gewalt gegen sog. „AusländerInnen" und AsylbewerberInnen auf Polizeiwachen. (AL)

Neonazistische Wirtschaftsnetzwerke

„Schafft das nationale Netzwerk" und „Nationalisten sollen bei Nationalisten kaufen" propagierte unlängst der Pfälzer NPD-Funktionär Sascha Wagner. Neonazis organisieren sich in Sachen Arbeit und Konsum zunehmend in vermeintlich „eigenen" Strukturen.

So werden durch die Nationalisten Stammtische für Selbstständige betrieben und u.a. ApothekerInnen, Bestattungsunternehmen, Versicherer, RechtsanwältInnen und FinanzberaterInnen aus „den eigenen Reihen" vermittelt. Mit solchen Angeboten und Dienstleistungen bemüht sich die NPD nicht nur strategisch um neonazistische Netzwerke, sondern versucht auch, an bestehende Mittelstandsstrukturen anzudocken. (AL)

Wer nichts hat, dem wird genommen

Kein Elterngeld mehr für Hartz IV-EmpfängerInnen?

Proletariat" – das waren im Wortsinn des frühen 19. Jahrhunderts jene, die zu viele Kinder hatten. Die Theorie dazu lieferte der britische Ökonom Thomas Malthus. Nach Malthus ist es ausgemachte Sache, dass sich die Wirtschaft nicht entsprechend dem Bevölkerungswachstum entwickeln könne und zwangsweise eine Überschussbevölkerung entstehen müsse.

So was nimmt heute keiner mehr ernst? Weit gefehlt. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Daniel Bahr tönte 2005 in der Tagesschau: „In Deutschland kriegen die Falschen die Kinder. Es ist falsch, dass [...] nur die sozial Schwachen die Kinder kriegen." Bahr wollte den Kinderwunsch von AkademikerInnen fördern, man kann auch sagen: seiner eigenen Schicht Geld zuschustern. Bereits vor knapp zehn Jahren formulierte die damalige Familienministerin Renate Schmidt eine Formel, die Daniel Bahr u.a. nachbeteten: 1. Deutschland habe zu wenige AkademikerInnen, dieser Trend werde zunehmen. 2. PISA habe gezeigt, dass in Deutschland nur Akademikerkinder studieren. 3. Folglich müssten mehr Akademikerkinder geboren werden. Diese „Demografisierung sozialer Fragen" unterschlägt politische Änderungsmöglichkeiten, z.B. eine Modernisierung des selektiven Bildungssystems. Mit dieser Logik profitiert die gutverdienende obere Mittelschicht doppelt: Die Privilegierung ihrer Kinder bleibt durch das sozial selektive Bildungssystem garantiert und sie erhalten durch das 2007 eingeführte Elterngeld ein Jahr lang monatlich 1.800 Euro, wo sie vorher nichts bekamen.

Man kann den „Falschen" das Geld natürlich auch einfach wegnehmen. Das sieht die Bundesregierung in ihrem geplanten Sparpaket vor: 600 Millionen Euro will sie durch die Kürzung des Elterngelds einsparen. Zu 75 Prozent treffen diese Kürzungen jene, die offenbar falsch in diesem Land sind: Hartz IV-BezieherInnen ebenso wie Mini-JobberInnen. Mit ca. 300 Euro weniger soll eine alleinerziehende Mutter auskommen, wenn sie ALG II bezieht. 43 Prozent derjenigen, die von der zu Januar 2011 geplanten Streichung betroffen sind, sind allein erziehende Mütter mit ALG II-Bezug. Gut Verdienende dagegen werden dieses Geld als „Lohnausgleich" weiterhin bekommen.

Die zynische Begründung aus dem Familienministerium kennen wir bereits aus ähnlichen Diskussionen: Weniger Geld motiviere die ALG II-BezieherInnen, intensiver nach Arbeit zu suchen. Das gar keine entsprechende Arbeit da ist, dass – wenn doch – diese so schlecht bezahlt sein wird, dass weiterhin ergänzendes ALG II notwendig ist, und dass dies wiederum bedeutet, dass das Elterngeld weiterhin nicht fließen wird, bleibt unerwähnt.

In der aktuellen Diskussion wird zudem unterschlagen, dass das Elterngeld als einkommensabhängige Ersatzleistung 2007 das sozialkompensatorische Erziehungsgeld ablöste. In den 1980er Jahren wurde das Erziehungsgeld eingeführt, um Kindern aus ärmeren Haushalten bessere Startbedingungen zu bieten; gutverdienende Familien erhielten keinen Zuschuss. Das Erziehungsgeld wurde zwei Jahre lang ausgezahlt.

Daniel Bahr ist nicht alleine geblieben. Thilo Sarrazin, sozialdemokratisches Mitglied des Vorstands der deutschen Bundesbank, äußerte in seinem berüchtigten Interview in der ‚lettre international' „das Problem, dass vierzig Prozent aller Geburten in der Unterschicht stattfinden" – dieses müsse sich „auswachsen". Sprich: Die sog. „Unterschicht" solle aussterben. Der „Philosoph" Peter Sloterdijk schloss sich an. Es geht hier keineswegs nur um einen Sparkurs in Krisenzeiten: Sarrazin, Sloterdijk u.a. haben deutlich gemacht, dass sie sich – ihre Nation und deren Wirtschaft – bedroht sehen. Am deutlichsten hat es der Soziologe und Ökonom Gunnar Heinsohn in der FAZ ausgedrückt: „die vom Sozialstaat unterstützte Unterschicht" stelle „eine Bedrohung für die Wirtschaft, für den Sozialstaat, das Gemeinwesen insgesamt" dar. Wieder einmal geht es um und gegen die „gefährlichen Klassen". Es handelt sich um mehr als nur ein paar verstreute Äußerungen verwirrter Alt-AkademikerInnen. Wir haben es mit einer ausgemachten Hetzkampagne zu tun, die sich nicht nur in der sprachlichen Brandstiftung äußert, sondern die ganz materielle Auswirkungen haben wird.

Malthus zog seinerzeit das Fazit: „[...] wenn die Gesellschaft seine Arbeit nicht nötig hat, dieser Mensch hat nicht das mindeste Recht, irgend einen Teil von Nahrung zu verlangen". Familienministerin Kristina Schröder ist wohl der gleichen Meinung. Aber: Noch sind die Sparpläne nur ein Entwurf. Und der Protest gegen die Pläne ist breit.

Torsten Bewernitz, Andreas Kemper

„Sind Männer nur Frauen mit Eiern?"

DIW-Studie belegt Geschlechterstereotypen und Intransparenz bei Löhnen. Ein Kommentar



Sind Männer nur Frauen mit Eiern?" Diese Frage, die Carry Bradshaw in Sex and the City zu beantworten versucht, stellt sich mitunter wohl auch Familienministern Christina Schröder. Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen seien schließlich „nicht das Ergebnis bewusster, schenkelklopfender Diskriminierung", weiß Schröder.

Die aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zur Einkommensgerechtigkeit weist hingegen sehr deutlich auf die Folgen von Geschlechterstereotypen und Intransparenz bei der Entlohnung hin.

Ob als Zuverdienerinnen, Teilzeitkräfte oder in Führungspositionen: Frauen verdienen bundesweit 23% weniger als Männer. Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen werden gemeinhin als ungerecht wahrgenommen, denn schließlich soll ja gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten. Die Forderung der Politik lautet jedoch: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

Ähnlich wie ein nachwachsender Rohstoff wird die meist von Frauen verrichtete, reproduktive Arbeit als unbegrenzt und ständig verfügbar betrachtet. Wenn es sich bei Kinderbetreuung oder Hausarbeit also um eine „natürliche" Tätigkeit handelt, die keinen eigenen Wert aufweist, ist die Arbeit auch nicht gleichwertig und muss folglich auch nicht (gleich) bezahlt werden.

Frauen konzentrieren sich außerdem häufiger auf Branchen mit niedrigem Verdienstniveau, sie machen seltener Karriere, unterbrechen öfter das Erwerbsleben oder arbeiten vermehrt in Teilzeit, weil sie sich um die Familie kümmern. All das kann einen Teil des starken Lohngefälles begründen. Statistisch lässt sich aber nur ein Drittel der Einkommenslücke so erklären. Bei den restlichen zwei Dritteln drängt sich der Gedanke auf: Es hat tatsächlich mit Eiern zu tun!

Maßnahmen von Politik und Gewerkschaften, wie z.B. die niedrige Bewertung bestimmter Branchen in Tarifverträgen oder das Ehegattensplitting, verstärken die Ungleichheit zugunsten von Besserverdienenden und Männern. Kein Zufall, ist doch unbezahlte und unterbezahlte Arbeit eine Bedingung für den Kapitalismus.

Julia Hoffmann

Der große Bruder schaut dich an.

Staat & Kapital

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Imageoffensive für Volkszählung

Das Wort Volkszählung weckt kaum positive Gefühle. Für den im nächsten Jahr angesetzten Zensus, haben deutsche Statistikbehörden nun Pressebriefings veranstaltet und ein Internetportal eröffnet. Das Portal soll vor allem umfassend über den Zensus informieren und dazu beitragen, einen intensiven Dialog mit der Bevölkerung einzugehen. ZensuskritikerInnen, WissenschaftlerInnen und BürgerInnen sollen ihre Sicht der Dinge auf der Plattform darbieten. Das Grundproblem wird wohl kaum thematisiert werden.

2011 sollen 17,8 Millionen Immobilien-BesitzerInnen Auskünfte über ihre Häuser oder Eigentumswohnungen machen. Zusätzlich werden maximal 10% der deutschen Bevölkerung befragt. Dies vor allem, um eine Bereinigung der Daten aus den kommunalen Meldeämtern durchzuführen. Besonders kritisch ist das Zusammenführen von Datensätzen aus den verschiedenen Ämtern unter einer eindeutigen Nummer, die bis zu vier Jahre gespeichert werden soll.

Genau dieses Zusammenführen hatte das Bundesverfassungsgericht am 15. Dezember 1983 in einer Grundsatzentscheidung untersagt. Damals sollte eine, letztendlich durch massenhaften Widerstand gescheiterte, Volkszählung Daten der gesamten Bevölkerung elektronisch zusammenführen. Das Gericht stellte damals außerdem fest, dass es keine belanglosen Daten gibt, wenn Daten gesammelt werden.

Die beiden Volkszählungen im Nationalsozialismus von 1933 und 1939 bildeten die Grundlage für die Deportation von verfolgten Bevölkerungsgruppen. Auch im Jahr 2011 soll nach der Religionszugehörigkeit gefragt werden.

Telekom-Spitzelaffäre geht in die nächste Runde

Ab dem 3. September müssen sich drei führende Mitarbeiter der Telekom und ein Berliner Geschäftsmann vor dem Bonner Landgericht verantworten. Ihnen wird Bespitzelung von Aufsichtsräten und Journalisten, bzw. Beihilfe vorgeworfen.

2005 waren vertrauliche Informationen zur Unternehmensplanung der Telekom an die Öffentlichkeit gelangt. Der damalige Vorstandschef Kai-Uwe Ricke gab daraufhin den Auftrag, das Informationsleck zu ermitteln. Vermutet wurde es im Kreis der Aufsichtsratsmitglieder. Ricke und dem ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden Klaus Zumwinkel konnte nach langen Ermittlungen der Bonner Staatsanwaltschaft jedoch keine Tat nachgewiesen werden. Von illegalen Methoden hätten sie angeblich keinerlei Kenntnis gehabt. Diese Methoden, unternehmensintern unter dem Namen „Rheingold" zusammengefasst, bestanden hauptsächlich im Aufzeichnen und Auswerten von Telefonverbindungsdaten der betroffenen Aufsichtsräte und JournalistInnen.

Im Verlauf des Verfahrens werden wir erfahren, wie sich die Führungsriege der Telekom herauswinden und sich der Verantwortung entziehen will. Bemerkenswert an dem Fall ist vor allem die Tatsache, dass vorhandene Überwachungsmöglichkeiten immer auch missbraucht werden, ganz unabhängig von der zu überwachenden Gruppe.

Beschäftigtendatenschutz heftig kritisiert

Schon im Mai veröffentlichten DatenschützerInnen einen Aufruf, der dem Entwurf des Innenministeriums für ein Beschäftigtendatenschutzgesetz mehr als skeptisch gegenübersteht. Es wird vermutet, dass das neue Gesetz eher eine Hilfe für Unternehmen darstellt, legal ihre MitarbeiterInnen überwachen zu können. Ein neuer Referentenentwurf wurde nun vorgelegt und soll demnächst im Bundeskabinett abgestimmt werden.

Einen kleinen Sieg haben die DatenschützerInnen bereits davongetragen. Hieß es im Entwurf vom Mai noch, dass verdeckte Kameraüberwachung in bestimmten Fällen erlaubt sei, so ist diese im Entwurf vom August ausnahmslos verboten. Eine offene Videoüberwachung zur Qualitätskontrolle oder von sensiblen Bereichen wie Firmeneingängen bleibt aber weiterhin erlaubt, „soweit sie zur Wahrung wichtiger betrieblicher Interessen erforderlich" sei. Datenschützer hatten das vollständige Verbot von Video- und Tonaufzeichnungen am Arbeitsplatz gefordert. Ausnahmen sollten nur in „streng begrenzten Gefährdungslagen" zugelassen werden.

Zusätzlich werden sogenannte „Screenings", also der umfangreiche Abgleich von MitarbeiterInnendaten, unter strengen Bedingungen erlaubt. Auch hier hatten die DatenschützerInnen Vorschläge gemacht, die übergangen wurden. So sollte Arbeitnehmervereinigungen ein Mitspracherecht eingeräumt werden.

Bei Einstellungsgesprächen sollen laut Entwurf nur solche Fragen erlaubt sein, die für die angestrebte Arbeit auch erforderlich sind. Zur Forderung, dass der Abgleich von Informationen aus sozialen Netzwerken wie Facebook bei Einstellungen verboten sein sollen, schweigt sich der Gesetzesentwurf allerdings aus.

Weitere unerfüllte Forderungen sind: das Recht von Arbeitnehmervertretungen, im Namen von Beschäftigten Klage in Datenschutzfragen zu erheben; dass gesetzliche Schutzvorgaben nicht durch Betriebs- oder Dienstvereinbarungen unterschritten werden können; dass sich das verbindliche Bereitstellen von Arbeitskapazität und Ressourcen für Datenschutzbeauftragte an der Zahl der Beschäftigten zu orientieren habe; dass das Schutzniveau des Telekommunikationsgeheimnisses bei betrieblicher Kommunikation eingehalten wird; dass ArbeitgeberInnen gegenüber den Beschäftigten eine Auskunftspflicht über angewandte Überwachungsmaßnahmen haben.

Es ist davon auszugehen, dass durchaus Zusicherungen an die Beschäftigten gemacht werden. Der Kern, den Unternehmen wirksame Möglichkeiten zur Überwachung, angeblich zur Korruptionsbekämpfung, de facto aber zur Kontrolle ihrer Beschäftigten, in die Hand zu geben, bleibt ohne Zweifel erhalten.

Leiharbeit abschaffen!



Verstöße gegen Arbeitsrecht

Die Konjunktur zieht etwas an und schon sind sich Politik und Wirtschaft einig: Der Aufschwung ist da. Doch so schnell wie in Zeiten der Krise die Leiharbeitsplätze als erstes gestrichen wurden, so schnell wird das für Unternehmen günstige Arbeitsverhältnis wieder aufgebaut: Jede dritte neue Stelle am ersten Arbeitsmarkt ist eine Leiharbeitsstelle. Und diese sind prekärer denn je. So hat sich die Zahl der Bußgeldverfahren gegen Leiharbeitsfirmen zwischen 2005 und 2008 vervierfacht, meldet die Süddeutsche Zeitung unter Berufung auf das Bundesarbeitsministerium. Nach dessen Aussage kommen die Verleihfirmen ihrer Pflicht auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder vollständiger Gewährung des Urlaubsanspruches nicht nach. Auch Sozialversicherungsbeiträge oder Steuern würden verspätet oder unzureichend gezahlt.

Aktuell arbeiten 750.000 Menschen in Leiharbeitsverhältnissen, deren Bedingungen von der Bundesagentur von derzeit 75 und bis Ende 2011 100 geplanten Prüfern durchleuchtet werden sollen. Da die geringe Anzahl an Prüfern die 8.100 Leiharbeitsfirmen nicht bewältigen kann, bleibt es Aufgabe der ArbeiterInnen, ihre Verträge sowie Bedingungen auf den Prüfstand zu stellen und Verstöße zu melden.

Gleiches Geld ab Jobbeginn

Ein positives Beispiel im Umgang mit Zeitarbeit zeigt sich bei der SICK AG. Der Hersteller von Sensortechnik hat sich nach kontroversen Diskussionen, an denen auch ein Mitglied der FAU Freiberg aktiv mitgewirkt hat, mit dem Betriebsrat darauf geeinigt, LeiharbeiterInnen vom ersten Tag an nach Haustarif zu bezahlen. Ferner würden Leiharbeitsstellen lediglich im indirekten Bereich zugelassen, wenn die Arbeitsplätze nicht über Einstellungen besetzt werden können. Nach sechs Monaten muss die SICK AG eine Übernahme prüfen. Damit wird der Leiharbeit generell und dem Dumpinglohn im Speziellen der Zugang zur SICK AG erschwert bis verhindert.

Neuartige Forderungen

In der aktuellen Tarifrunde der Stahlindustrie fordert die IG Metall erstmals die Gleichbehandlung von LeiharbeiterInnen und Stammbelegschaft. Dabei müsste sie lediglich ihre Leiharbeits-Tarifverträge zurücknehmen. Eine EU-Richtlinie sowie das Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz (AÜG) garantieren die Gleichbehandlung zwischen Stamm- und LeiharbeiterInnen hinsichtlich Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Das AÜG sieht allerdings die Ausnahme vor, dass Tarifverträge etwas anderes vereinbaren können, was durch die aktuellen Leiharbeitstarife u.a. von IG Metall und DGB zu Ungunsten der Leiharbeiterschaft praktiziert wird.

Stuttgart 21: Aufruhr im Ländle

Die ruhigen Zeiten sind vorbei. Zehntausende protestieren gegen das Großprojekt der Eliten

Als im Jahr 2006 der Landtag von Baden-Württemberg den Grundsatzbeschluss fällte, den Stuttgarter Hauptbahnhof unter die Erde zu bringen, war es noch ruhig im Ländle. Und so blieb es bis ins Jahr 2009, als sich die Projektpartner Bund, Land, Bahn und Stadt über die Finanzierung einigten und die definitive Umsetzung des Projekts Stuttgart 21 anschoben.

Das brachte die GegnerInnen auf den Plan: Zunächst waren es wenige, die ihre Montagsdemos vor dem Bahnhof abhielten. Ausgehend von der ökologisch-bürgerlichen Mitte breitete sich die Protestbewegung von links-revolutionären Gruppen bis in das konservativ-schwarze Lager aus. Mittlerweile finden sich zu Demonstrationen bis zu 40.000 Menschen ein. So widersprüchlich das Spektrum, so vielfältig die Kritikpunkte und Forderungen. Was sie eint, ist die Forderung nach Beibehaltung des Kopfbahnhofs und mehr Basisdemokratie. Hierfür besetzen sie mittlerweile Gleise und stellen sich Polizeipferden in den Weg.

Doch was ist eigentlich so schlimm an Stuttgart 21? Zunächst wie es beschlossen wurde: Über die Köpfe der Menschen hinweg. Begründet wird dies mit dem Recht der Entscheidungsträger in der parlamentarischen Demokratie. Hier steht S21 exemplarisch für eine generelle Kritik. Auch die Verquickung von Politik und Wirtschaft ist beispielhaft: Der Erste Bürgermeister war bis zum 9. August 2010 im Beirat der Baufirma, die den Abbruch durchführt. In seiner Rücktrittserklärung bedauerte er seine mangelnde „politische Sensibilität".

Es sind aber auch die entstehenden Kosten: Im kommunalen Bereich gibt es aufgrund der knappen Haushalte Kürzungen. So müssen die städtischen Jugendhäuser ihr Angebot reduzieren. In einzelnen wird gar daran gedacht, von den Kindern Geld für ein Glas Leitungswasser zu verlangen. Andere Jugendhäuser wurden schon geschlossen. Die Kosten für S21 stellen aber offensichtlich kein Problem dar – auch wenn sie sich mittlerweile nahezu verdoppelten: Von 2,8 Mrd. auf nun mindestens 4,6 Mrd. Euro, Stand August 2010. Eine andere Studie geht von bis zu 11 Mrd. Euro aus.

Es steht zu befürchten, dass dies auf


Foto: Thomas Trueten, Umbruch Bildarchiv Berlin

Kosten der ArbeiterInnen geht. Mit der ab Mai 2011 uneingeschränkt geltenden Freizügigkeitsregelung können Leiharbeitsfirmen Menschen innerhalb der EU verkaufen – zu den im Heimatland üblichen Löhnen. Die unmenschliche Praxis der Leiharbeit ist damit auf einem neuen moralischen Tiefpunkt angelangt. S21 wird die größte Baustelle Europas und somit der größte Nutznießer dieser Regelung sein. Nicht zu vergessen, dass Kostendruck zu Arbeitsunfällen führt. Wir wollen am jährlichen „Workers Memorial Day" keine Opfer der Mega-Baustelle betrauern müssen.

Ein vielbemühtes Argument für die Tieferlegung des Bahnhofs ist die Schaffung neuer Wohnflächen in der Innenstadt. Die Gleise, die bisher die Stadt zerschneiden und der von vielen als hässlich empfundene Bahnhof würden Parkanlagen und Wohnungen weichen. Aber wer soll sich die Wohnungen leisten können? Stuttgart belegte beim Mietpreisranking 2010 den fünften Platz deutschlandweit. Bei durchschnittlich 4300 Euro pro qm dürfte der Neubau in der Innenstadt die Mietpreise im gesamten Stadtgebiet erhöhen und das Stadtzentrum endgültig gentrifizieren.

Der Protest hat in der Region eine ungeheure Kraft entwickelt, die selbst gemäßigte Bürger zu zivilem Ungehorsam treibt und sie diese Grenze sogar überschreiten lässt. Am Tag des Abrisses legten einige tausend DemonstrantInnen die gesamte Innenstadt lahm: Es wurden Barrikaden auf Bundesstraßen errichtet, wichtige Kreuzungen blockiert und Polizeiabsperrungen überwunden. Bei einer der größten Demonstrationen durchbrachen am 27. August Tausende die Bannmeile des Landtags. Mittlerweile gibt es vom sichtlich beeindruckten Bahnchef Grube ein Gesprächsangebot. Es wird sich zeigen, ob dieses Angebot ernst gemeint ist oder nur dem Zeitgewinn dient. Die FAU Stuttgart wird sich innerhalb der Proteste jedenfalls weiter einbringen und auf die sozialen und arbeitsrelevanten Probleme durch S21 hinweisen.

Steffen Barkling, FAU Stuttgart

Es gärt in der Kulturbrauerei

In einem Multiplex bahnt sich ein neuer Kino-Konflikt in der Hauptstadt an

Nicht nur im Babylon Mitte, auch in anderen Berliner Kinos steht es um die Arbeitsbedingungen schlecht. In Programmkinos mit oft freiwilliger Selbstausbeutung lässt es sich meist aushalten. Probleme haben die zumeist prekär Angestellten der Multiplex-Kinos. Grund ist vor allem die Kluft zwischen ihrer Entlohnung und den Gewinnen der Kino-Ketten.

Konfliktgeladen ist die Situation in den Kinos der Multiplex Cinemas Magdeburg (MCM) GmbH, die zur größten deutschen Kinokette Cinestar gehört. Zur MCM mit Sitz in Lübeck gehören das CUBIX am Alexanderplatz, das Kino in der „KulturBrauerei" sowie ein Kino in Magdeburg. MCM hat einen Jahresgewinn von ca. 3 Mio. Euro. Davon haben die Angestellten aber wenig.

Nachdem vor kurzem ein Arbeitskampf bei CUBIX entbrannte, steigt jetzt die Unzufriedenheit in der Kulturbrauerei. Das Kino, von der Firma Village im Jahr 2000 mit einem Casting für Angestellte gestartet, wechselte seither mehrmals den Betreiber. Der vorletzte – UFA – zahlte noch den relativ guten Flächentarifvertrag. Der wurde 2006 mit Cinestar abgeschafft. Übernommenen Mitarbeitern musste der Tarif zwar weiter gezahlt werden, die meisten mussten aber entweder gehen oder sich auf die 13% Lohnkürzung einlassen. Zur Zeit verdient man an der Kasse ca. 7 Euro, als Vorführer ca. 10 Euro, alles brutto natürlich.

Hier wie überall nehmen viele die dauernde Absenkung ihrer Reallöhne im Vergleich zur Preissteigerung in fast allen Lebensbereichen klaglos hin. Sei es, dass es etwas mehr ist, als sie vorher verdient haben, dass sie relative Freiheiten am Arbeitsplatz besitzen oder dass die Arbeit nur als Zuverdienst bzw. als vorübergehend angesehen wird. Dies ist leider nur allzu oft eine Illusion und trifft diejenigen, die von der Arbeit leben müssen.

Aber es gibt auch genug Beschäftigte, die diese Zustände nicht mehr ertragen und bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen wollen. Darunter auch Mitglieder des durchaus kämpferischen Betriebsrats. Ver.di jedoch, die man als vermeintlich zuständige Gewerkschaft kontaktierte, forderte für ihr Eingreifen einen Organisationsgrad von 50%. Inzwischen hat auch die FAU Berlin eine Betriebsgruppe vor Ort; das könnte ver.di auf die Sprünge helfen. Aber diesmal kommen sie nicht an den Mitarbeitern vorbei zur Chefetage. Viele in der Kulturbrauerei haben schlechte Erfahrungen gemacht und wollen auf ein basisdemokratisches Korrektiv drängen.

Andreas Loktjew

Equal Pay statt Mindestlohn

Die DA sprach mit Mike (FAU München) und Torsten (FAU Münster) von der Kampagne „Leiharbeit abschaffen" über die aktuelle Entwicklung in der Leiharbeit.

Es mehren sich die Forderungen nach einem Mindestlohn für Leiharbeit: Wie steht ihr dazu?

T.: Diese Forderung hat einen klaren Zweck: Sie soll die europäische Gesetzgebung des „equal pay" unterlaufen, also den Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit'. Bisher wurde das durch entsprechende Dumping-Tarifverträge von DGB und CGB gewährleistet. Seitdem die Tarifverträge der christlichen Gewerkschaften juristisch in Frage gestellt werden, wird das schwerer. Ein Mindestlohn ist dann sozusagen ein Dumping-Mindestlohn, der die Dumping-Tarifverträge absichert. Unsere Position ist klar: „Equal Pay" muss Standard sein.

Was sagt ihr zum Schreckgespenst eines drohenden Lohnunterbietungskampfs von Leiharbeitsfirmen aus Osteuropa?

M.: Die Frage muss lauten: Wie können wir die Arbeitgeber zwingen, polnische, albanische, deutsche, englische usw. ArbeiterInnen gleich zu entlohnen! Es muss völlig egal sein, von wo jemand kommt. Die „Nationalität" darf keinen Keil zwischen unsere Solidarität treiben. Daher ist uns die Zusammenarbeit mit anderen libertären Gewerkschaften in Polen und Osteuropa wichtig.

Im übrigen, der Lohnunterbietungskampf besteht bereits: Im Berliner Baugewerbe erhalten viele so wenig, dass sie noch mit Hartz IV aufstocken müssen. Das ausführende Gewerbe greift auf Subunternehmer zurück, die den Preis weiter drücken und die ArbeiterInnen mit einem Dumpinglohn abspeisen. Der Fisch stinkt immer zuerst vom Kopf an.

Wie schätzt ihr den sprunghaften Anstieg der Leiharbeit ein?

T.: Das ist klar krisenbedingt. Sie waren die ersten, die gehen mussten. Dass sie jetzt wieder eingestellt werden, ist kein wirklicher Grund zur Freude. Im Gegenteil: Wer leiht statt fest einstellt, will auch schnell wieder kündigen, wenn der ‚Aufschwung' eben doch nicht anhält.

M.: Die bestehenden Stammbelegschaften werden Stück für Stück zersetzt. Das muss verhindert werden.

Meldungen aus der FAU

FAU Dortmund: Polnische Bauarbeiter erkämpfen Lohn
Mitte Juni 2010 wandten sich drei polnische Bauarbeiter, vermittelt durch die polnischen Basisgewerkschaften IP und ZSP, an die FAU Dortmund. Seit Mitte März arbeiteten sie formal selbstständig für einen Dortmunder Betrieb, dessen Chef ihnen für Mai den ohnehin mageren Lohn von 6,20 netto vorenthielt Die Arbeiter, die kein Deutsch sprechen, legten daraufhin am 23.6. die Arbeit nieder und übergaben dem Chef deutliche Schreiben von einem polnischsprachigen Anwalt und der FAU Dortmund. Dabei wurde eine Zahlungsfrist zum 30.6. gesetzt. Der Chef gab seine Droh- und Hinhaltetaktik auf und zahlte.

FAU Berlin: Gemeingefährlich
Wenn ein kleines g vor der GmbH steht, sollte man gewarnt sein. Diese Erfahrung mussten sechs Mitglieder der FAU Berlin machen, die 2009/2010 in verschiedenen Formen beim Bildungswerk für Jugend-Soziales-Kultur arbeiteten und nun teilweise seit einem Jahr auf ausstehende Löhne oder Honorare warten. Mehrere Klagen beim Arbeitsgericht sind anhängig. Geschäftsführer Carsten Schmidt, u.A. Mitglied der Linksfraktion im Bernauer Stadtrat, möchte das Ganze am liebsten aussitzen. Die FAU Berlin macht diese Sauerei hingegen derzeit öffentlich und wird gewerkschaftliche Aktionen ausbauen. Ein Mitglied hat inzwischen sein Geld erhalten.

FAU Kiel: „Wirtshaus" legt Arbeitsvertrag vor
Am 17. August machte sich die FAU Kiel vor der Gaststätte „Das Wirtshaus" mit einer Flyer-Aktion für den schriftlichen Arbeitsvertrag eines Mitglieds stark. Die Geschäftsleitung erstattete zwar Anzeige wegen Verleumdung, die Küchenangestellte erhielt jedoch am nächsten Tag nach Monaten des Wartens einen Vertragsvorschlag. Der Inhaber blieb hinter den gestellten Erwartungen zurück. Der Inhaber erklärte sich bereit strittige Punkte zu diskutieren.

FAU Berlin: Filmvorführer siegen vor Gericht
Zwei wegen ihres Engagements im Babylon-Arbeitskampf gemaßregelte Filmvorführer können aufatmen. Sie hatten gegen ihre drohende „kalte Kündigung", also die existenzbedrohende Kürzung der Arbeitszeit geklagt und der Neue Babylon GmbH eine weitere juristische Niederlage beigebracht. Der Richter watschte den Geschäftsführer gründlich ab. Die Einigung sieht eine Festschreibung der Arbeitszeit plus Entschädigung vor. Gerüchten zufolge soll die Geschäftsführung in diesem Jahr ca. 100.000 Euro für Prozesse ausgegeben haben. Dazu gehören auch laufende Verfahren wegen „Hausfriedensbruchs" nach Protesten gegen die Arbeitsbedingungen im Babylon-Mitte.

Staatsraison (Auszug)

Brüder, euer Name lebt
unsern Fahnen eingewebt
ewig unvergänglich.
Wenn die rote Freiheitsflamme
loht,
soll ihr Glanz der Welt
verkünden
euern Kampf und euern Tod.

Treue euerm kühnen Geist,
der den Weg der Zukunft weist.
Brüder, wir geloben:
Was euch leiden ließ der
Mörder Staat,
jede Stunde eurer Qualen
sei ein Hebel unserer Tat.

Kampf sei euer Dank und Lohn,
Kampf dem Staat, der
Reaktion,
Kampf bis zu dem Tage,
da der Spuk der Macht in Staub
zerrinnt,
wenn in jedem Land auf Erde
sich das Arbeitsvolk besinnt.

Brüder, die ihr für uns starbt,
euer Blut fließt unvernarbt,
bis die Massen siegen.
Klassenkampf und Solidarität
geben in die Hand des Volkes
Land, Fabrik und Feldgerät.

Eure Sehnsucht, eure Pein,
soll uns Stern und Geißel sein,
Sacco und Vanzetti!
Euer Beispiel stirbt der
Menschheit nie.
Freie Welt sei euer Denkmal
Sozialismus, Anarchie!

Erich Mühsam

Die Hinrichtung der Anarchisten Sacco und Vanzetti 1927 führte zu weltweiten Protesten und Angriffen auf amerikanische Geschäfte, Autos und Kinos. Die US-amerikanische Botschaft in Paris wurde mit Panzern geschützt. Bei den größten Demonstrationen der Weimarer Republik, kam es in Deutschland zu sechs Todesfällen. Die Aufführung von Erich Mühsams Drama „Staatsraison" über diesen Fall von Klassenjustiz durch die „Kampfbühnen" sorgte für weitere Empörung und dafür, dass Sacco und Vanzetti unvergessen blieben.

Und heute? Wer kennt das nicht: Je länger die Redebeiträge bei Demonstrationen sind, desto eher werden sie ignoriert. Kostümierte und/oder szenische Darstellungen der Kritik und des Kampfes in Form von „lebenden Bildern" bis hin zu theaterhaften Inszenierungen erzielen eher Wirkung. Agit-Prop-Theater muss hierbei nicht auf eine klar umrissene Bühne begrenzt sein. (red. Beitrag)

„Kampfbühnen" des Syndikalismus

Die anarcho-syndikalistische Theaterbewegung um 1930

Die stärkste Waffe der Arbeiterschaft ist der Streik, und die Mächtigkeit der organisierten Arbeiterbewegung zeigt sich in den Produktionsstätten. Daher ist der Anarcho-Syndikalismus eine Gewerkschaftsbewegung. Dennoch geht ihr Anspruch weit darüber hinaus, nämlich eine Kultur der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe zu schaffen, eine „Freie Gesellschaft" mit Individuen, deren Handeln „vom Geiste persönlicher Verantwortung" getragen wird. Die Aktiven nahmen vor 80 Jahren regen Anteil an der Arbeiterkulturbewegung, welche durch eine Vielzahl von Organisationen und Initiativen Präsenz zeigte. Im sportlichen Bereich gab es beispielsweise Arbeiterradfahrer-Bünde oder Arbeiter-Schachvereine. Im Bereich der Künste formierten sich proletarische Gruppen entlang der Themen Literatur, Gesang und Theater mit regelmäßigen Proben und öffentlichen Auftritten. Was heute unter dem Namen „Straßentheater" bekannt ist, wurde damals allgemein unter „Agitation und Propaganda", kurz „Agit-Prop" zusammengefasst. Diese Aktivitäten bildeten, ähnlich wie die Chöre, meistens das Beiprogramm zu den Veranstaltungen und Versammlungen der Arbeiterorganisationen, so auch bei den Anarcho-Syndikalisten der späten 1920er Jahre. In der bisherigen (Fach-) Literatur finden sich nur sehr wenige Hinweise auf diese Bewegung.

Entstehung

In den zeitgenössischen Periodika und geheimen Polizeiberichten wird an manchen Stellen von „Kampfbühnen" und von „Schwarzen Rebellen" berichtet. Erste Hinweise finden sich für das Jahr 1928. So hieß es in einem Polizeiarchiv: „Dem Beispiel des kommunistischen Jugendverbandes folgend, die Methoden der Agitation und Propaganda lebendiger und zugkräftiger zu gestalten, sind auch die Anarcho-Syndikalisten dazu übergegangen, ähnliche Propagandaeinrichtungen zur ‚volkstümlichen Interpretation' ihrer Ideen zu schaffen. Um die Mitte des Jahres 1928 entstand so im Bereich Groß-Thüringen eine aus neun bis zehn Spielern bestehende ‚Kampfbühne' als Wanderbühne für die FAUD-Ortsgruppen Groß-Thüringens wie für Tournees im ganzen Reich." „Der Syndikalist", das Wochenorgan der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft FAUD (Freie Arbeiter-Union Deutschlands), gibt unter dem Titel „Revolutionäre Propagandakunst" Aufschluss über den Inhalt der Aufführungen. Ins Repertoire aufgenommen wurden bevorzugt Einakter und (Arbeiter-) Schriftsteller wie Upton Sinclair („Singende Galgenvögel") oder Alexander Stern („Revue gegen den Krieg"). Beliebt waren auch Heinrich Lersch („Ins Zuchthaus") und besonders Erich Mühsam entlang der Themen Antimilitarismus, Streik, Solidarität, „Raus die Gefangenen!". Letzteres bezog sich besonders auf Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti, zwei inhaftierte und 1927 in den USA hingerichtete Anarchisten, für die es eine jahrelange internationale Protestwelle zur Freilassung gegeben hatte. Diese erste „Kampfbühne" hatte ihren Sitz in Erfurt, fand in den folgenden Jahren jedoch weiten Zuspruch mit Gründungsinitiativen in anderen Landesteilen. Getragen wurden sie besonders von Mitgliedern der syndikalistisch-anarchistischen Jugend, welche das Thema Theaterbühnen auf ihrem Reichskongress Ende 1928 gesondert behandelte.

Alle Berliner Anarcho-Syndikalisten rüsten zur

Spanien und Anti-Kriegs-Kundgebung

am 4. August 1931, die eine mächtige Willensäußerung der Berliner Mitglieder der Freien Arbeiter-Union Deutschlands für den Anarcho-Syndikalismus werden muß.

Rudolf Rocker

wird über die Lage und Aussichten der Revolution in Spanien sprechen.

Fritz Linow

wird zur politischen Weltsituation und zur Kriegsgefahr Stellung nehmen.

Die Kampftruppe „Es blitzt" wird mit antimilitaristischen Scenen das ware Antlitz des Krieges und den Geist des Militarismus zeichnen und die Revolution in Spanien bildhaft gestalten.

Die „Freie Sänger-Union Gr. Berlin" stellt sich durch Vortrag antimilitaristischer und revolutionärer Chöre in den Dienst der Kundgebung.

Der „Schalmeien-Chor Alt-Landsberg" wird propagandistisch mitwirken und die Kundgebung mit revolutionären Märschen umrahmen.

Für die Kundgebung wird ein Unkostenbeitrag von 30 Pfennig für in Arbeitstehende und 10 Pfennig für Arbeitslose erhoben.

4. August 7 Uhr in den „Musiker Sälen" Berlin, Kaiser-Wilhelmstraße (Großer Saal)

Ankündigung einer antimilitaristischen Kundgebung der FAUD aus dem Jahre 1931. Eine Aufführung der „Kampftruppe – Es blitzt" wurde polizeilich verboten

Regional

Schon im Januar 1929 wurde eine weitere „Kampfbühne" für den Raum Mannheim/Ludwigshafen gegründet, begrüßt als „neue, junge Bestrebung". Sie gab sich den Namen „Schwarze Rebellen" und hatte ihren ersten Auftritt Ende März 1929 beim Ostertreffen der SAJD-Rhein-Main-Gau in Mannheim. Von den Gruppen der FAUD unterstützt, wuchs sie heran auf zwei Spielgruppen mit je sieben und 14 Mitgliedern. Bei einem Auftritt vor etwa 300 Zuschauern in Worms zogen sie im April 1929 auch Interessierte der KPD und des Roten Frontkämpferbundes an, was darauf hindeutet, dass ihre Popularität weit über die Kreise der veranstaltenden Anarcho-Syndikalisten hinausging. Zeitgleich entstand in Düsseldorf eine „Schwarze Schar".[1] Diese hatte nach eigenen Angaben die Aufgabe, „den Gruppen der FAUD durch bildliche Darstellungen ihre Propaganda zu erleichtern. Das Betätigungsfeld der Bühne erstreckt sich nur über Rheinland und Westfalen, darüber hinaus kann sich die Bühne nicht verpflichten." Mit Inseraten suchten sie spezielle Kleidungsstücke – Militäruniformen. Diese Theatergruppe spielte im Frühjahr 1929 zum Ostertreffen der SAJD in Aachen: „In der Abendveranstaltung am Samstag zeigte die ‚Schwarze Schar' der Düsseldorfer Jugend ihr Können. U.a. führte sie, ‚Die Gekreuzigten' von Stern auf. Letztes legte Zeugnis ab vom Opfermut und Schaffensfreudigkeit. Nochmals spielte die ‚Schwarze Schar' [am zweiten Tag des Treffens] in uneigennütziger Weise den ‚Roten Heiland'."

In Offenbach traten die „Schwarzen Rebellen" im Straßenbild in Erscheinung. Abermals horchte die Polizei auf: „Am 3. und 4.8.1929 fand in Offenbach ein Treffen der ‚Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Bezirk Rhein-Main' statt. Man protestierte gegen Konkordat und Verchristlichung der Hessischen Simultanschule. Am 3.8.1929 nachmittags fuhr ein Auto mit Mitgliedern der ‚Kampfbühne' in schwerer Kleidung durch die Straßen Offenbachs, von dem Auto aus wurden Flugblätter verteilt. Abends fand im Stadtgarten eine öffentliche Versammlung statt, in der Erich Mühsam – Berlin über das Thema ‚Der Abwehrkampf der Arbeiterklasse gegen die Kulturreaktion' referierte. Die Versammlung war von etwa 200 Personen besucht. Vor Beginn des Referats trug ein Sprechchor der ‚Schwarzen Rebellen' in schwarzer Kleidung (die Bühne war in rot gehalten) ein Kampfgedicht gegen die Versklavung der Arbeiter vor."

Fortan spielten die Bühnen zu weiteren Gelegenheiten, so 1929 beim SAJD-Reichstreffen in Kassel vor vielen Hundert Teilnehmern, bei einer SAJD-Reichskonferenz Rhein-Main im Jahre 1930 und in Wuppertal zum Todestag von Sacco und Vanzetti, wo sie das Stück „Staatsraison" von Erich Mühsam aufführten. Begleitet wurden sie dabei von den „Freien Sängern" und dem Sprechchor der „Jungen Anarchisten" Wuppertals. Geografisch erstreckte sich das Aktionsfeld der „Kampfbühnen" schon bald weiter in den Süden bis hin nach Stuttgart, wo sie im April 1930 zusammen mit dem oben genannten Dichter auftraten. In Berlin wurde im August 1931 eine Aufführung der dortigen „Kampftruppe – Es blitzt" polizeilich verboten.

Bewertung

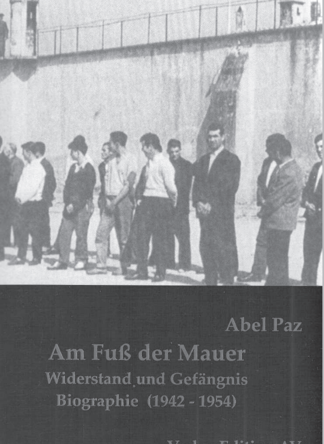
Die „Kampfbühnen" bildeten keine überregionale, einheitliche Organisation mit zentralem Sitz. Dennoch erfreuten sich ihre Aufführungen großer Beliebtheit, was sowohl die hohen Zuschauerzahlen, die Anlässe ihrer Aufführungen als auch die Vielschichtigkeit des Publikums bezeugen. Zügig und mit Begeisterung konnten neue Initiativen gegründet werden mit breiter regionaler Auslastung. Wenngleich dieser anarcho-syndikalistischen „Kampfbühnen"-Bewegung durch den Machtantritt der Nazis im Jahre 1933 keine hohe Lebensdauer beschieden war, so kann sie für einige Regionen als bedeutender Teil der anarcho-syndikalistischen Kulturbewegung eingeschätzt werden.

Helge Döhring, Bremen,
www.syndikalismusforschung.info

[1] Diese „Kampfbühnen" sind nicht zu verwechseln mit der späteren anarcho-syndikalistischen Kampforganisation „Schwarze Scharen", vgl. *Direkte Aktion* Nr. 195 (September/Oktober 2009).

Franco wäre unter meinen Kugeln gestorben

Die Autobiografie des Durruti-Biografen Abel Paz liegt nun vollständig vor



Im Verlag Edition AV ist der letzte Band der Lebenserinnerungen des Spanienkämpfers Abel Paz erschienen. Er umfasst etwa 500 Seiten und beschreibt das Leben des Widerstandskämpfers im Spanien Francos von 1942 bis 1954. Es ist hauptsächlich die Geschichte aus den Gefängnissen, denn lange blieb Abel Paz nicht in Freiheit. Nach ihrem Grenzübertritt aus Frankreich beschafften sich er und ein Mitkämpfer in Barcelona nur zögerlich eine Schusswaffe. Ohne je eine Aktion zu machen, allein mit der Überlebenssicherung als Illegale beschäftigt, kam ihnen die Polizei auf die Spur. Nach einem mehrjährigen Gefängnisaufenthalt bloß wegen des Verdachts auf Widerstandstätigkeiten, kam er für nur knapp vier Monate als Funktionär (Verbindungsmann und Beauftragter für das Pressewesen) der anarcho-syndikalistischen Jugendorganisation in Madrid zum „Einsatz". An Guerilla-Aktivitäten war Paz nicht beteiligt, kam dennoch abermals für einige Jahre in verschiedene Gefängnisse Spaniens. Als er zufällig die Möglichkeit hatte, Franco auf offener Straße zu erschießen, trug er seine Waffe nicht bei sich.

„Mindestens fünf Minuten lang hatte ich Franco etwa dreißig Meter vor mir. Ich war völlig verblüfft. Dort, direkt vor mir, stand der Tyrann, und ich konnte nichts tun, um das leidende Volk von ihm zu befreien. Hätte ich eine Pistole dabei gehabt, so bin ich sicher, dass Franco unter meinen Kugeln gestorben wäre."

Er schildert sehr anschaulich die Widerstandsmöglichkeiten und Schwierigkeiten während der Diktatur, die Aufbauversuche der anarcho-syndikalistischen Bewegung, welche im Jahre 1946 allein in Barcelona über 30.000 Mitglieder in der „Confederación nacional del Trabajo" (CNT) verfügte. Es gab lokale Streiks und Aufstände (Bilbao) sowie in den Bergen aktive Guerilla-Einheiten von Kommunisten und Anarcho-Syndikalisten. Mit Ende des Zweiten Weltkrieges gab es auch in Spanien Hoffnungen auf einen Abtritt Francos. Doch war die anarcho-syndikalistische Bewegung, wie die Jahrzehnte zuvor auch, auf sich allein gestellt. Nach seiner Entlassung wurde Paz als Delegierter der „Inlands-CNT" zum in Paris stattfindenden Kongress der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) entsandt, blieb in Frankreich und kehrte kurze Zeit später nur noch ein Mal kurz zurück. Allein die Beschreibung dieses IAA-Kongresses stellt ein wichtiges Zeitdokument dar. Die Gefängnisse Spaniens waren gefüllt mit einem großen Anteil politischer Gefangener, davon die meisten aus der CNT, der Federación Anarquista Iberica (FAI) und der anarcho-syndikalistischen Jugendbewegung. Paz beschreibt vor dem Hintergrund der nationalen und weltpolitischen Lage nicht nur die dortigen Zustände sehr genau, sondern auch die Möglichkeiten der Gefangenenorganisation, ihre Kontakte untereinander und die Möglichkeiten und Risiken des Widerstandes. Es mangelt trotz Schilderungen staatlicher Brutalitäten nicht an humoristischen Szenen. So wollte ein bildungsarmer Gefängnispfarrer wissen, wer ein zu prüfendes Buch ins Gefängnis geschmuggelt habe und blamierte sich dabei vor allen Häftlingen. Auf seine Frage, „von wem das Buch" sei, nannte ihm ein schadenfroher Kapo den Autoren statt den Namen des Besitzers. Zornerfüllt und sehr erregt ließ der Pfarrer daraufhin einen gewissen „Miguel de Cervantes" zur Bestrafung ausrufen.

Paz fasziniert als Schriftsteller, Historiker und Aktivist, welcher die komplizierten Zusammenhänge dieser Epoche auf Mikro- und Makroebene flüssig zu veranschaulichen und zu analysieren weiß.

Helge Döhring, Bremen

Abel Paz: Am Fuße der Mauer. Widerstand und Gefängnis. Biographie (1942–1954). Verlag Edition AV, 19,50 Euro, ISBN 978-3-86841-033-4

Verabredung für das Essen

„Auf der einen Seite saßen alle nordischen [IAA-]Genossen. Auf der anderen Seite waren wir aus den romanischen Ländern. Vor den Nordischen standen Milchflaschen, vor unseren Plätzen Weinflaschen. Das wirkte wie eine Barriere zwischen den unterschiedlichen Kulturen und zeigte weit mehr als bloß die verschiedenen Trinkgewohnheiten. Das Essen sollte sich auch unterscheiden, denn sie waren alle Vegetarier und wir Fleischfresser."

Bericht von Abel Paz am Rande des 8. IAA-Kongresses in Paris

Mit der Lanze von Don Quijote

Spanische Zentralgewerkschaften wollen mit einem Tag Generalstreik gegen die Reform des Arbeitsmarktes vorgehen. Von links wird Kritik an Zeitpunkt und Konzept laut

Nach dem Sparpaket die Arbeitsmarktreform. Bereits Anfang des Jahres hatte die spanische Regierung ein umfassendes Sparpaket von insgesamt 50 Mrd. Euro angekündigt, das eine fünfprozentige Gehaltskürzung im Öffentlichen Dienst und die massive Kürzung von Subventionen vorsieht. Im Juni reichten die Sozialdemokraten eine umfangreiche Reform des Arbeitsmarktes nach. Die Regierung argumentiert mit der Notwendigkeit, Haushaltsdefizit und Staatsverschuldung zurückzufahren. In der Presse wird das Maßnahmenbündel als endgültige Kapitulation der sozialistischen Regierung vor dem transnationalen Kapital und den Vorgaben der EU interpretiert.

Mit der Reform wird der Arbeitsmarkt noch weiter prekarisiert und privatisiert. Die Kündigung wird erleichtert und verbilligt, indem die Entschädigung für regulär gefeuerte ArbeiterInnen um rund ein Viertel gesenkt wird. Macht ein Unternehmen eine negative wirtschaftliche Lage geltend, kostet eine Kündigung nur noch 20 Tagesgehälter pro Jahr Betriebszugehörigkeit. Jeweils acht dieser Tage werden zudem aus einem mit Sozialversicherungsbeiträgen finanzierten Fonds, also von den ArbeiterInnen selbst finanziert. Weiterhin sollen sensible Branchen wie Bau, Gesundheit und Öffentlicher Dienst für Leiharbeitsfirmen geöffnet werden, zu denen sie vorher keinen Zugang hatten – dies geht auf eine EU-Richtlinie zurück. Außerdem werden bislang verbotene private Arbeitsvermittlungen legalisiert und Unternehmen sollen leichter als bisher Tarifverträge unterschreiten können.

Während die Gewerkschaften gerade erst an einer angemessenen Replik auf diesen Angriff arbeiten, denkt die Regierung bereits laut über den nächsten Schritt des neoliberalen Umbaus der Arbeitswelt nach, nämlich die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre und die Verlängerung des Berechnungszeitraums für die Rente von 15 auf 20 Jahre, was – wie in der Bundesrepublik – eine faktische Rentenkürzung bedeutet.

Zwei verschiedene Strategien

Gegen diese Politik mobilisieren die beiden großen Gewerkschaftsverbände CC.OO und UGT zu einem Generalstreik am 29. September. CGT und CNT kritisieren allerdings, dass der Termin – rund vier Monate nach Verkündung der Reform – viel zu spät gewählt ist. Stattdessen hatten die beiden Gewerkschaften einen Generalstreik für Ende Juni gefordert und sich an dem baskischen Generalstreik am 29. Juni beteiligt, der von den dortigen Gewerkschaften organisiert worden war. Laut Salce Elvira vom linken Flügel der CC.OO würden „Generalstreiks eine umfassende Vorbereitung, Erklärungen und viel Überzeugungsarbeit erfordern“, die in kürzerer Zeit nicht zu leisten gewesen wäre.

Die allgemeine Arbeitsniederlegung soll vor allem ein Zeichen gegen die neoliberale Politik der letzten Jahre und Monate setzen. Eine Rücknahme der Reform ist von einem eintägigen Ausstand aber nicht zu erwarten. Stattdessen betont insbesondere die CNT die Notwendigkeit der Organisierung im Betrieb.

Was diese leisten kann, hat der Arbeitskampf der Madrider U-Bahner aufgezeigt, die großteils in der kämpferischen Gewerkschaft Solidaridad Obera organisiert sind: Mit der Umsetzung des ersten Sparpaketes sollte den U-Bahnern der Lohn um 5% gekürzt werden, obwohl erst Mitte 2009 ein neuer Tarifvertrag ausgehandelt worden war. In der Folge wurde die U-Bahn im Juni und Juli mehrere Tage lang bestreikt. Dabei unterliefen die Streikenden die von der Verwaltung festgelegten Mindestdienste, die in Spanien de facto ein partielles Streikverbot darstellen und zu diesem Zweck immer willkürlicher verordnet werden. Trotz der Drohungen seitens der rechten Regionalregierung und einer medialen Hetzkampagne gegen die wilden Streiks, konnten die U-Bahner die Kürzung letztlich auf 1% minimieren. Zudem berichten Streikende zwar von verbalen Angriffen, aber auch von Gesten der Solidarität bei ihren Streikposten.


Abstimmung über den U-Bahn-Streik

Foto: Olmo Calvo

Der U-Bahn-Streik steht in scharfem Kontrast zu dem offiziellen Streik im Öffentlichen Dienst – dieser Ausstand direkt nach Bekanntgabe der Lohnkürzungen Anfang Juni war, von Demonstrationen abgesehen, kaum zu bemerken und wurde wegen seiner vorhersehbaren Wirkungslosigkeit von einigen CNT-Syndikaten boykottiert.

Der Boom wirkt nach

Die Arbeitslosigkeit, offiziell bei rund 20%, der Einbruch des volkswirtschaftlich wichtigen Bausektors und der zunehmende Druck auf die Erwerbstätigen haben allerdings auch zahlreiche, weniger öffentlichkeitswirksame Kämpfe hervorgebracht. Vor allem in der Industrie wehren sich ArbeiterInnen gegen Werksschließungen und Angriffe auf die Arbeitsbedingungen. So kämpft die Belegschaft des Kältetechnik-Unternehmens Saunier Duval, Teil der deutschen Vaillant-Gruppe, im baskischen Gasteiz gegen die Verlagerung des Unternehmens in die Slowakei und bei GM Spanien wird Widerstand gegen den Sanierungsplan laut. Im ganzen Land organisieren Erwerbslosen-Initiativen Demonstrationen und fordern die Verbesserung ihrer Situation. Da die Arbeitslosenhilfe in Spanien maximal zwei Jahre lang gezahlt wird, von der Höhe und Dauer der geleisteten Zahlungen abhängt und einige Erwerbslose ganz davon ausgeschlossen bleiben, bedeutet Erwerbslosigkeit in Spanien vor allem eines: Schwarzarbeit. Und Schwarzarbeit bedeutet Rechtlosigkeit und die ständige Gefahr, wieder gefeuert zu werden und das Abwälzen aller Risiken auf die ArbeiterInnen – modernes Tagelöhnertum.

Die wenigen neuen und legalen Jobs kommen durch das millionenschwere staatliche Konjunkturprogramm Plan E zustande und werden üblicherweise an ArbeiterInnen vergeben, die der jeweils im Rathaus sitzenden Partei nahestehen, wogegen die Ausgeschlossenen vielerorts protestieren. Den Anfang markierte dabei die CNT bereits im Jahr 2009 mit der Organisierung eines Generalstreiks in der andalusischen Kleinstadt Lebrija, der aus Protest gegen die lokale Vetternwirtschaft den gesamten wirtschaftlichen Betrieb lahmlegte (siehe *Direkte Aktion* Nr. 192). Diesem Beispiel folgend, bestreikte die Landarbeitergewerkschaft SAT-SOC im Frühling 2010 mehrere Orte im Gebirge von Cádiz – einer Region mit rund 40% Arbeitslosigkeit – und organisierte dort einen „Marsch für Würde und Arbeit“ mit mehreren hundert Teilnehmern. Zählbare Ergebnisse haben die Mobilisierungen zwar nicht hervorgebracht, allerdings sind kollektive Aktionen für die Betroffenen eine wichtige Erfahrung. Insbesondere in einem Land, in dem ein Reihenhaus und ein Auto – meistens auf Kredit – noch immer als erstrebenswertes Ideal des Individualismus gelten. Hatte sich dieser Lebenstraum in den 1990ern mit Wirtschaftswachstum und Bauboom verfestigt, hat er für viele mit der Krise ein jähes Ende gefunden. Die katalanische CC.OO-Baugewerkschaft prophezeit als Folge des Sparpakets den Verlust von weiteren 20.000 Arbeitsplätzen allein in dieser Autonomieregion.

Es bleibt abzuwarten, ob der Generalstreik dazu beitragen kann, die punktuellen Abwehrkämpfe zu vernetzen und die Vereinzelung zu überwinden. Entgegenstehen dieser Hoffnung eine weit verbreitete, mit Ohnmachtsgefühlen gepaarte passive Mentalität, die das Sparprogramm als unausweichlich ansieht, und jener Individualismus, der sich in der Boomphase festgesetzt hat. Diejenigen, für die der Boom vorbei ist, werden zwar immer mehr, aber zumindest im Moment sitzt die individualistische Mentalität noch tief, die sich in der verhältnismäßig kurzen Phase des Reichtums auf Pump entwickelt hat.

Sebastian Frei, Madrid

Arbeiten bis zum Umfallen

In Frankreich soll das Renteneintrittsalter von 60 auf 67 Jahre erhöht werden. Die Gewerkschaften sehen darin ein reines Rentenkürzungsprogramm, denn 63% der Lohnabhängigen über 55 Jahre sind erwerbslos. Die Lebenserwartung von Arbeitern liegt 7 Jahre unter der leitender Angestellter. Die CNT verweist darauf, dass das demografische Problem durch Produktivitätssteigerungen mehr als wettgemacht wird.
Bisher gaben Rentenreformen immer Anlass zu großen Mobilisierungen, z.B. 1995 zum größten Generalstreik seit 1968. Seither aber mussten die Lehrkräfte (2003) und Eisenbahner (2007) herbe Niederlagen einstecken.
Neue Proteste sind für den 7. September angekündigt. Doch seit den Aktionstagen 2009 sitzen Enttäuschung und Misstrauen tief. (AE)

Machtkampf bei Fiat

Beim größten Autohersteller Italiens, Fiat, läuft derzeit ein offener Machtkampf zwischen Management und Gewerkschaften. Anlass ist die Entlassung dreier Gewerkschafter, die bei einem Streik im Juli das Werk in Melfi mit Sabotage-Akten lahmgelegt haben sollen. Grund für den Konflikt ist derweil der Versuch des Fiat-Chefs Marchionne, die Produktivität in den italienischen Werken zu steigern und von den Gewerkschaften Überstundenzusagen und eine Friedenspflicht zu erlangen – im Gegenzug bietet der Konzern Investitionen von 20 Mrd. Euro. Obwohl im August ein Gericht die Kündigungen kassierte, verweigert Fiat drei Arbeitern die Wiedereinstellung. (AE)

Streit zum Schein

Kommentar zur europäischen Wirtschaftsregierung

Die „Euro-Krise“, der im Mai mit einer 750-Mrd.-Kreditzusage begegnet wurde, bildete europaweit den Auftakt zur Verabschiedung milliardenschwerer „Sparpakete“, z.B. in Spanien und Deutschland. Allem Anschein nach ist es auf politischer Ebene gelungen, den Wechsel von der lockeren zu einer restriktiveren Ausgabenpolitik zu vollziehen.

Dabei ging es in den Brüsseler Mai-Tagen nicht nur um finanzielle Erwägungen, sondern auch um die Zukunft der Europäischen Union. Bereits im Januar sprachen sich Spaniens Premier Zapatero und hochrangige EU-Vertreter für eine „verbindlichere wirtschaftspolitische Koordinierung“ und ggf. auch „korrigierende Maßnahmen“, also Eingriffe der EU aus. Dieser Vorschlag könnte auf eine „europäische Wirtschaftsregierung“ hinauslaufen, wie sie Frankreichs Präsident Sarkozy seit Jahren fordert. Der Krisengipfel der EU-Staats- und Regierungschefs könnte das Modell dafür abgeben: starkes Pathos, schnelle Entscheidungen, gigantische Summen. So bildet man, die Ereignisse belegen es, eine Front, die allen sozialen Mobilisierungen und Generalstreiks standhalten soll. Da die Prioritäten nun – das Schreckgespenst des Staatsbankrotts vor Augen – bei der Haushaltskonsolidierung liegen, bangt auch Wirtschaftsminister Brüderle (FDP) nicht mehr um die (deutsche) Wettbewerbsfähigkeit.

Zwar zogen sich die Verfechter einer formellen Wirtschaftsregierung zurück, aber nicht endgültig; schließlich zaubert man solche Verschiebungen im Institutionengefüge der EU nicht aus dem Hut. Das machte auch die Schattenregierung namens EU-Kommission klar, denn mit der Überwachung und


Urheber: Findus

Koordinierung von Budget-Defiziten und politischen Grundlinien ist sie bereits betraut. Sie werde künftig aktiver auftreten.

Handlungsfähigkeit wollte auch der EU-Rat auf seinem Gipfel im Juni demonstrieren: mit der Strategie „Europa 2020“. Der Zehnjahresplan tritt die Nachfolge der sog. Lissabon-Strategie an, wonach die EU bis 2010 der „wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Erde“ werden sollte. Das Ziel ist vielleicht nicht erreicht. Aber mit Blick auf die Einkommensverteilung und die gesunkene Macht der Gewerkschaften ist sie nicht gescheitert. Der Titel des neuen Programms – „für Wachstum und Beschäftigung“ – lässt keine Zweifel, dass dieser unternehmenszentrierte Kurs fortgesetzt wird.

Die verbreiteten Ohnmachtsgefühle der Bevölkerung in den EU-Staaten erscheinen angesichts dieser und der gewerkschaftlichen Realität nur verständlich. Doch in dem Punkt kann man von der EU-Bürokratie nur lernen: Es lohnt sich, eine Vision hartnäckig zu verfolgen.

André Eisenstein

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Griechenland: Militär als Streikbrecher

Ende Juli wurden in Griechenland großflächig Tankstellen und andere Einrichtungen der Treibstoff-Infrastruktur bestreikt. Hintergrund für den Arbeitskampf war die Spar- und Privatisierungspolitik, mit der die griechische Regierung versucht, die Forderungen der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) durchzusetzen. Der Streik war derart erfolgreich, dass es nach einigen Tagen in weiten Teilen des Landes zu stundenlangen Staus an den Zapfsäulen kam, weil immer mehr Tankstellen schließen mussten. Auch die Flughäfen waren betroffen, weil das Flugbenzin auszugehen drohte.

Die Regierung versuchte von Beginn des Arbeitskampfes an, die Streikenden massiv unter Druck zu setzen. So wurde eine Demonstration der Streikenden in Athen brutal von der Polizei angegriffen. Als die Lage an den Zapfsäulen in der letzten Juliwoche eskalierte, brachte die Regierung ein Gesetz aus der Zeit der Militärdiktatur gegen die Streikenden zum Einsatz: Sie verfügte für die Streikenden die „Zivil-Einberufung". Für die ArbeiterInnen bedeutete das eine Zwangsverpflichtung, verbunden mit der Drohung, sie im Falle einer Weigerung dem Militärrecht zu unterwerfen.

Trotz des enormen Drohpotentials ging der Streik zunächst weiter. Schließlich begann die Regierung damit, eine Reihe von zentralen Tankstellen überall im Land sowie an den Flughäfen von Tankzügen beliefern zu lassen, für die das griechische Militär die Fahrer stellte. In dieser Situation des militarisierten Streikbruchs beschloss die Gewerkschaft in der ersten Augustwoche, den Streik zunächst auszusetzen und ein Verhandlungsangebot der Regierung anzunehmen.

Südafrika: Busfahrer streiken

Mitte August streikten in der Verwaltungsgemeinschaft Tshwane im Norden der Republik Südafrika die Busfahrer. Der gesamte öffentliche Nahverkehr in der Region mit 2,2 Millionen BewohnerInnen kam dadurch zum Erliegen. Die Regionalregierung qualifizierte den von der Gewerkschaft South African Municipal Workers' Union (SAMWU) unterstützen Streik als „illegal" und ließ ihn durch die Polizei beobachten. Die zweite im Betrieb vertretene Gewerkschaft, IMATU, betätigte sich zunächst als Streikbrecher, forderte aber im Verlauf des Streiks ihre Mitglieder auf, nicht mehr zu arbeiten, weil die Lage für sie „nicht sicher sei".

Es ist in Tshwane bereits der dritte Streik der in der SAMWU organisierten Busfahrer in diesem Jahr. Bei allen drei Arbeitskämpfen ging es um die Festanstellung von zuvor outgesourcten Fahrern. 2008 hatte sich die kommunale Firma dazu verpflichtet, keine Verträge mit Subunternehmern mehr zu verlängern und stattdessen die Fahrer in Festanstellung zu übernehmen. Die Gewerkschaft wirft der Regionalverwaltung vor, dennoch weiterhin Subunternehmer einzusetzen.

USA: Sick-Out mit Folgen

Im August wurde eine Feuerwache in Bloomfield für einige Tage geschlossen, nachdem sich ein Großteil der Belegschaft krank gemeldet hatte. Bloomfield ist ein Ort mit knapp 50.000 EinwohnerInnen im Norden von New Jersey. Die Gemeinde hat sich, wie viele andere in den USA, im Zuge der Krise einem rigiden Spardiktat unterworfen. Gespart wird u.a. bei der lokalen Feuerwehr. Diese hat eine Sollstärke von 90 Mann. Seit einiger Zeit aber müssen nur 79 Feuerwehrleute die gesamte Arbeit erledigen. Die Folge ist, dass die Belegschaft ständig überlastet ist und viele KollegInnen sich krank zur Arbeit schleppen.

In diesem Sommer nun mussten wiederholt Feuerwachen geschlossen werden, weil sich viele Beschäftigte gleichzeitig krank meldeten. Ein Sprecher der Lokalverwaltung bezeichnete das als „unverantwortlichen wilden Streik" und beschuldigte die Beschäftigten, dass sie „das Privileg der Krankmeldung" missbrauchen würden. Gleichzeitig aber scheint Bewegung in die Sache zu kommen, eine Zeitung berichtete, dass die Gemeinde zusätzliche Gelder bereitstellen wolle, um das Personal der Feuerwachen auf ein normales Maß aufzustocken. Gemeinschaftliches Krankmelden als Arbeitskampfform nennt man übrigens „Sick-Out". Als kollektive Kampfmethode wird es gelegentlich von ArbeiterInnen angewandt, die keine Möglichkeit haben, einen Streik auszurufen.

Malaysia: Wanderarbeiter attackieren Fabrik

Mitte August kam es zum Aufstand von rund 5.000 WanderarbeiterInnen in der malaysischen Industriestadt Johar Baru. Auslöser war der Tod eines nepalesischen Arbeiters, der trotz hohen Fiebers gezwungen wurde, weiterzuarbeiten. Als die Firma ihn schließlich in ein Krankenhaus bringen ließ, starb er dort nach wenigen Stunden. Daraufhin griffen 5.000 Arbeiter die Fabrik an, die Elektronik-Komponenten für den Weltmarkt herstellt, und zerstörten u.a. einen Wachturm auf dem Werksgelände. Der Polizei, die sofort mit mehreren Hundertschaften anrückte, gelang es erst nach mehr als sieben Stunden, die Lage unter Kontrolle zu bringen.

Nach dem Aufstand im Werk hat das Management inzwischen zugesichert, mit den Arbeitern über die Errichtung einer Gesundheitsstation auf dem riesigen Werksgelände und über Lohnerhöhungen zu verhandeln. Mehr als 20 Prozent der ArbeiterInnen in den Weltmarktfabriken Malaysias – wo ein großer Prozentsatz des weltweiten Bedarfs an Speicherchips und anderen elektronischen Komponenten hergestellt wird – sind migrantische Wanderarbeiter, u.a. aus Nepal, Myanmar, Vietnam, Bangladesh und Indien. Ihre Löhne und Arbeitsbedingungen gehören zu den schlechtesten weltweit.

Brände, Schulen, Mindestlohn

Bengalische ArbeiterInnen wehren sich gegen Ausbeutung durch Textilunternehmen

Der 29. Juli sollte ein guter Tag werden. Das zumindest hoffte die Regierung von Bangladesch. Sie verabschiedete an jenem Freitag ein Gesetz, das den monatlichen Mindestlohn in der Textilbranche auf rund 32 Euro anhob. Bis dahin lag die Lohnuntergrenze für diesen Industriezweig, der 80% der gesamten Exporteinnahmen ausmacht, bei etwa 18 Euro. Statt das Gesetz zu würdigen, zerbrachen Fensterscheiben und brannten Barrikaden, Autobahnkreuze wurden blockiert und Haufen von Textilien wurden auf der Straße verbrannt. Die Polizei ging mit Gummigeschossen und Tränengas gegen protestierende TextilarbeiterInnen vor. Ihre Gewerkschaften forderten 54 Euro Mindestlohn. Der ausgehandelte Regierungskompromiss reiche kaum, um den monatlichen Bedarf zu decken.

Diese Bilder sind nicht neu. Schon seit Jahren kämpfen bengalische ArbeiterInnen für jedes noch so kleine Recht. Es geht vor allem um das nackte Überleben. 3,5 Millionen Beschäftige, davon über 80% Frauen, arbeiten in den heruntergekommenen Textilfabriken und leben in bitterer Armut. Nur entschlossenes, kollektives Handeln verleiht ihnen Gehör, dessen sind sie sich sicher. Ihre Gegner, die Eigentümer der Fabriken, versichern derweil, nicht mehr Lohn zahlen zu können, da sonst die Produktionskosten stiegen und Auftraggeber – wie H&M, Kik oder Wal-Mart – in andere Niedriglohnländer abwanderten. Der Verband der Textilerzeuger und -exporteure (GMEA), der 4.500 Fabriken vertritt, droht den Protestierenden mit Fabrikschließung, wenn sie ihre Forderung nach einem halbwegs vernünftigen Einkommen nicht aufgäben. Die Innenministerin, Sahara Kahtoon, vermutet hinter dem Aufbegehren gar eine Verschwörung, die Land und Wirtschaft zu destabilisieren versuche. Beweise bleibt sie natürlich schuldig. Für die Notwendigkeit des Protests lassen sich dagegen mehr als genug Beweise finden.



Fabrikbrand mit Toten

Erst in diesem Jahr starben im Februar 21 ArbeiterInnen bei einem Brand in der Bekleidungsfabrik Garib&Garib in Dhaka. Notausgänge waren mit Ketten verschlossen, Feuerlöscher fehlten, Brandschutzübungen hatten nie stattgefunden. Der Brand griff zwar kaum vom ersten Stock auf die darüber liegenden Geschosse über, allerdings entstand eine enorme Rauchentwicklung, die die SchichtarbeiterInnen qualvoll ersticken ließ. Erst wenige Monate zuvor hatte es einen Brand in dieser Fabrik gegeben. Ein Arbeiter und ein Feuerwehrmann kamen damals ums Leben. Daraus hätte man lernen können, um ähnliche Katastrophen in Zukunft zu verhindern.

In der Fabrik wurden seit Jahren Pullover und Strickjacken für H&M gefertigt. Doch der schwedische Konzern zieht sich aus der Verantwortung, da es sich um einen Zuliefererbetrieb handele. Die Gewerkschaft der ArbeiterInnen, die National Garments Workers Federation (NGWF), sieht das anders. Sie fordert von H&M ausreichende Entschädigungen für die Familien der Toten und für den Verdienstausfall der restlichen Belegschaft. Für die Zukunft wird eine vertragliche Zusicherung von Garib&Garib verlangt, dass menschenwürdige Arbeitsbedingungen – wie Brandschutzvorkehrungen, bessere Löhne und Arbeitszeiten – eingehalten und grundlegende gewerkschaftliche Rechte zugestanden werden.

H&M ließ sich bisher nur auf die Verpflichtung ein, Entschädigungen einzig und allein für die Kinder zu zahlen, die das 18. Lebensjahr noch nicht beendet und ihre Mutter bei dem Brand verloren haben. Ein schlechter Scherz, der auf Lasten der Betroffenen geht. Das Unternehmen beteuert, auch sonst genug für die ArbeiterInnen in armen Ländern wie Bangladesch zu unternehmen. So betreibt das Unternehmen seit 1999 eine Nähschule in Dhaka, in der 100 Jugendliche eine Ausbildung als IndustrienäherIn absolvieren – Qualifikationen, die das Unternehmen sicher nicht ganz uneigennützig fördert.

H&M in der Pflicht

H&M ist in Sachen Imagepflege ein wahres Paradebeispiel für den selbsternannten „verantwortungsbewussten" Kapitalisten. Der Webauftritt erläutert zahlreiche Programme und Initiativen, an denen sich der Konzern beteiligt: Kinderarbeit werde grundsätzlich nicht akzeptiert, auf ökologische Nachhaltigkeit werde geachtet, und als akkreditiertes Mitglied der „Fair Labour Association" (FLA) setze man sich für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein. Man kann sich allerdings sicher sein: Würde sich solcherlei Engagement nicht auszahlen, würde in diesen Bereichen auch nichts auf die Wege gebracht. Sowieso zeigt die kapitalistische Logik dabei Grenzen auf, denn sie ist immer eine gewinnorientierte und keine soziale.

Trotz dieser Imagepflege sind Unternehmen wie H&M genau dort gewerkschaftlich angreifbar. Die heutigen KundenInnen wollen eben mit gutem Gewissen einkaufen. In Europa können wir die bengalischen ArbeiterInnen in ihren Kämpfen unterstützen, wie sie auch uns unterstützen. Erst in diesem Jahr zeigte die NGWF Solidarität mit der FAU Berlin in ihrem Kampf für Gewerkschaftsfreiheit. Die bengalischen Gewerkschaften wissen, dass eine transnational ausgerichtete Gewerkschaftsbewegung hierzulande auch ihnen nützt – wie auch umgekehrt.

Die FAU Berlin unterstützt mit Flyer- und Protestaktionen in und vor H&M-Filialen die Forderungen der ArbeiterInnen im Fall Garib&Garib – trotz der Tatsache, dass ihre Gewerkschaft dem fragwürdigen Mindestlohn der Regierung zugestimmt hat. Auf dem Flugblatt werden auch ausdrücklich die Angestellten von H&M angesprochen. Allein die Tatsache, dass es in den Berliner Filialen nicht einmal Betriebsräte gibt, zeigt die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung.

Philip Gale

Ein Häppchen Streikrecht

In China soll das Streikrecht geöffnet werden. Die Einheitsgewerkschaft behält aber die Zügel in der Hand

Während in Deutschland Unternehmer und DGB das Streikrecht einschränken wollen, bahnt sich in China eine Öffnung an. 30 Jahre nachdem sich mit Solidarnosc die erste unabhängige Gewerkschaft in der „kommunistischen" Welt etablieren konnte, sollen die chinesischen ArbeiterInnen mehr Mitbestimmung erhalten und Streiks bedingt legalisiert werden.

Offiziell sind in China nur Organisationen zugelassen, die sich der Kommunistischen Partei unterordnen. Im Gewerkschaftsbereich folgt daraus ein Monopol der staatlichen Einheitsgewerkschaft, des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes (ACGB). Unabhängige Gewerkschaften, meist Betriebsgewerkschaften, werden dagegen kriminalisiert. Der ACGB ist stolz darauf, mit seinen 209 Mio. Mitgliedern die „größte Gewerkschaft" der Welt zu sein, und hält sich freilich auch für die „stärkste". Dass er eine echte Interessenvertretung der ArbeiterInnen sei, will ihm jedoch niemand so recht glauben. Denn als „Transmissionsriemen" der Partei kommt ihm die Aufgabe zu, Regierungsvorgaben in den Betrieben umzusetzen. Er ist daher aufs Engste mit den Unternehmensleitungen verwoben. So verpflichtet z.B. ein Gesetz die meisten Unternehmen, eine Gewerkschaftssektion in ihren Betrieben zu bilden. Oft werden deren Funktionäre maßgeblich durch die Unternehmen bestimmt. Ein Streikrecht ist nicht vorgesehen.

In den letzten zehn Jahren wurden vermehrt Stimmen laut, die Rolle der Gewerkschaften müsse neu definiert werden. Spätestens seit 2008 debattiert man auch im ACGB über eine konfliktorientiertere Ausrichtung der Gewerkschaft. 2009 trat der ACGB dann mit einer Mitteilung an die Öffentlichkeit: In den zur Privatisierung anstehenden Staatsbetrieben müsse mehr gewerkschaftliche Unabhängigkeit geschaffen werden – durch eine partielle Trennung von Partei und Gewerkschaft.

Jetzt, nach massiven wilden Streiks bei Honda, wo die Regierung erstmals zulassen musste, dass die Belegschaft z.T. ihre Vertreter wählt, und v.a. nach der Selbstmordwelle unter Foxconn-ArbeiterInnen, die international Aufsehen erregte, soll sich etwas ändern. Die Regierung erarbeitet nun ein Gesetz, das Tarifverhandlungen und Streiks erlaubt – allerdings nur unter Führung der Einheitsgewerkschaft und zunächst nur in der Testprovinz Guangdong. Sollte dort mehr als ein Fünftel einer Belegschaft höhere Löhne fordern, dürften gewählte Arbeitervertreter mit dem Management verhandeln. Bei einer Ablehnung durch den Arbeitgeber, hätten sie dann das Recht, zu streiken.

Der bekannte Arbeiterrechtler Liu Kaiming hält die Gesetzesinitiative für eine Farce. Das korrupte System aus Seilschaften von Gewerkschaftsvertretern und Managern ließe sich so nicht beseitigen. Dies ginge nur durch wirklich unabhängige Gewerkschaften. DGB-Chef Sommer hingegen sieht die chinesischen Gewerkschaften auf einem guten Weg. Die Maßgabe des sich als „patriotisch" verstehenden ACGB, sich weiterhin dem sozialen Frieden verpflichtet zu fühlen, dürfte ihm ja nicht fremd sein. Mit den beabsichtigten Änderungen im Streikrecht scheinen sich beide Länder gerade anzugleichen.

Leon Bauer

Kollektiv gegen die Mafia

Schwedische SyndikalistInnen setzen Szeneladen der High Society unter Druck, der migrantische ArbeiterInnen ausbeutet

Die syndikalistische SAC in Schweden befindet sich in der wohl härtesten Auseinandersetzung ihrer neueren Geschichte. Dieser Konflikt bei Berns, einem großen und prestigeträchtigen Hotel-, Gastronomie und Diskothekbetrieb in Stockholm, nahm seinen Anfang im Jahr 2007, als zehn undokumentierte ArbeiterInnen mit vorübergehender Aufenthaltserlaubnis die Hotel- und Restaurantgewerkschaft der SAC kontaktierten. Die MigrantInnen beklagten sich über furchtbare Arbeitsbedingungen bei Berns: keine Arbeitsverträge, Schichten von bis zu 18 Stunden, manchmal sieben Tage die Woche, untertarifliche Löhne, unbezahlte Nacharbeit, kein bezahlter Urlaub usw. Im öffentlichen Fernsehen sollte später einer von ihnen berichten, dass sie es oftmals nicht schafften, zwischen den Schichten nach Hause zu kommen und so gezwungen waren, ein paar wenige Stunden in den Toiletten oder auf dem Boden des luxuriösen Saals zu schlafen, wo der Jet Set und Angehörige des schwedischen Königshauses sich nachts zu amüsieren pflegen.

Berns machte im Laufe der Zeit von drei Subunternehmen Gebrauch, über die es die Reinigungskräfte billig bezog. Diese wurden speziell dafür gegründet, um Steuern zu sparen und um von den billigen Dienstleistungen Gebrauch machen zu können, ohne mit den damit verbundenen unmenschlichen Arbeitsbedingungen in Berührung zu kommen. Berns nutzte ausschließlich diese Subunternehmen, weshalb die Aufträge auch nie öffentlich ausgeschrieben wurden. Die drei Firmen hatten immer die gleichen Angestellten, den gleichen Kunden, die gleiche Anschrift und den gleichen Besitzer. Wenn eine dieser Firmen Insolvenz anmeldete, nahm die nächste ihre Arbeit auf. Die ArbeiterInnen wurden so von einem Subunternehmen in das nächste transferiert, ohne das selbst auch nur zu spüren.

Drei Jahre Kampf

Im selben Jahr, in dem Kontakt mit der Gewerkschaft aufgenommen wurde, traten die ArbeiterInnen in den Streik, und ihre GenossInnen blockierten die Eingänge. Berns senkte daraufhin die Wochenarbeitszeit von 80 auf 35 Stunden und hob den Lohn von 1.400 Euro auf 2.000 Euro monatlich an, zahlte die seit einem Jahr ausstehenden Löhne und informierte die Gewerkschaft, dass die ArbeiterInnen sich als direkt bei Berns, ohne Subunternehmen, angestellt sehen sollten. Währenddessen informierten die ArbeiterInnen andere davon, was sie erreicht hatten. Gleichzeitig überlegte Berns, unter Einbezug seiner politischen Kontakte, wie es die GewerkschafterInnen, die immer mehr wurden, loswerden könne.

Es folgte dann eine Phase, in der Berns den Migranten zu drohen begann und letztlich sieben GewerkschafterInnen feuerte. An die Stelle der bisherigen Subunternehmen von Berns trat nun ein neuer Partner, das Subunternehmen NCA, das wieder den Reinigungsdienst übernahm. Gegen Ende 2008 forderte der Rest der SAC-Betriebsgruppe bei Berns von NCA die Einhaltung des Arbeitsschutzes und unbefristete Verträge. Nach erneuten Blockaden konnte dies für die Betriebsgruppe erkämpft werden. Die Betriebsgruppe wuchs erneut mit diesem Kampf, weshalb Berns in der Folge beschloss, sich auch von NCA zu trennen, und diesmal die Reinigungskräfte auch wirklich direkt anzustellen – allerdings nicht die organisierten ArbeiterInnen.

Gegen Ende Februar 2010 forderte dann die SAC von Berns, einen festen Vertrag mit den gefeuerten GewerkschafterInnen zu unterschreiben und die Lohnausfälle zu bezahlen. Um die Verhandlungen zu erleichtern, bot die Gewerkschaft zwei weitere Alternativen an: Entweder solle Berns mit einer revolutionären Kooperative der ArbeiterInnen einen Vertrag abschließen oder den gefeuerten Mitgliedern eine Abfindung von 100.000 Euro zahlen. Berns weigerte sich, weshalb die Gewerkschaft mit neuen Aktionen begann, um die Wiedereinstellung, die Zusicherung gewerkschaftlicher Rechte und die Zahlung der ausstehenden Löhne durchzusetzen. Seitdem finden jedes Wochenende Blockadeaktionen statt.

Wer ist hier mafiös?

Lanciert vom schwedischen Hotel- und Gastronomieverband, in dem Berns Mitglied ist, begann in der Folge eine Pressekampagne, in der die Blockaden der Gewerkschaft als „mafiöse Erpressermethoden" bezeichnet wurden. Zu ihrer Hundertjahrfeier im Sommer lud deshalb die SAC eine italienische Gewerkschaftsaktivistin ein, die gegen die organisierte Mafia kämpft. „Wer behauptet, die Syndikalisten seien mafiös", erklärte sie in ihrem Vortrag, „weiß nicht, was die Mafia ist, denn die Mafia tötet Arbeiter". Die Genossin schilderte auch, dass die Mafia in Italien, so wie Berns in Schweden, ihre politischen Kontakte nutze, um eine Kriminalisierung der Gewerkschaften zu erreichen.

Immer noch, mittlerweile im siebten Monat, finden Blockaden statt. Und immer wieder greift die Polizei diese mit Pfefferspray an, verbreiten berittene Polizisten Angst und werden Leute verhaftet, die später berichten, geschlagen worden zu sein. Indessen haben die Anwälte von Berns angekündigt, dass sie die ArbeiterInnen individuell wegen Erpressung anzeigen werden – ein Präzedenzfall. Andere wurden bereits abgeschoben.

Die PolitikerInnen haben sich bis heute geweigert, über die Regularisierung dieser Mafia-Unternehmen zu diskutieren. Im Gegenteil: Der sozialdemokratische Vizechef der städtischen Polizeibehörde, der die Polizeieinsätze mit verantwortet, hat selbst lukrative Geschäfte mit Berns am Laufen. Als Richter versucht er, die SyndikalistInnen und ihre Kampagnen zu verurteilen. Italien lässt grüßen.

Amalia Alvarez
Übersetzung: Daniel Colm

Die FAU Berlin wie auch die IWW in Deutschland und England unterstützen die SAC in diesem Konflikt. Weitere Infos auf www.fau.org und www.wobblies.de. Achtet auf weitere Ankündigungen.



Blockadeaktion bei Berns

Eulen und Licht ...

In Spanien befindet sich die CNT im Konflikt mit einem Subunternehmer

Das Allgemeine Syndikat der CNT in Córdoba befindet sich in einem wichtigen Arbeitskampf mit der Firmengruppe EULEN. Diese ist vorwiegend im Dienstleistungssektor aktiv und hat sich auf Tätigkeiten spezialisiert, die von Behörden und Konzernen ausgegliedert werden. Vor wenigen Jahren hat das Unternehmen mit Sitz in Spanien begonnen, international zu expandieren, und Büros in den USA, Portugal und Südamerika eröffnet. EULEN ist eine der Speerspitzen der Privatisierung im Bereich der sozialen Dienste und trägt maßgeblich zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei.

Der CNT ist es gelungen, Betriebsgruppen an drei Orten aufzubauen, wo EULEN für ausgegliederte Arbeitsbereiche zuständig ist: in der Zementfabrik Cosmos, beim schwedischen Multi ABB und in der Universität von Córdoba. In letzterer Einrichtung, wo EULEN für die Instandhaltung und die Gartenpflege zuständig ist, hatte die Auseinandersetzung der CNT mit EULEN begonnen. Dort hatte man zunächst die Universität wegen einer illegalen Arbeitnehmerüberlassung an den Subunternehmer verklagt, was Mitte April einen Gerichtsbeschluss zur Folge hatte, demzufolge die Universität den betroffenen Arbeiter wieder selbst beschäftigen musste.

In der Folge wurde eine CNT-Sektion im Vertragsbereich von EULEN bei ABB gegründet, wo der Subunternehmer an der Herstellung von Transformatoren beteiligt ist. Hier kam es zum Konflikt, weil der übliche Branchentarif keine Anwendung fand und durch Verträge mit niedrigeren Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen und geringerem Arbeitsschutz ersetzt wurde. Außerdem wurden unterschiedliche Lohnskalen für Neu- und Altangestellte eingeführt.

Im Verlauf des Konflikts konnte die CNT einen Prozess gewinnen, der dazu führte, dass der eingeforderte Tarifvertrag zu gelten hat. Die CNT sah sich daraufhin damit konfrontiert, dass ein Aktivist aus ihrer Sektion ohne Begründung gefeuert wurde. Zwar musste die Firma letztlich vor Gericht zugeben, dass die Kündigung unsauber war, und zahlte eine Abfindung, doch eine Rücknahme der Kündigung, wie von der CNT gefordert, blieb aus. Die Firma leugnet dabei, dass es sich um eine Konfrontation mit der Gewerkschaft handelt und lehnt Gespräche mit dieser ab.

Da die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, kann die Wiedereinstellung nur durch direkte Aktionen und gegenseitige Hilfe erreicht werden. Die CNT in Córdoba hat deshalb zur internationalen Solidarität aufgerufen, um die Wiedereinstellung und die Anerkennung der Gewerkschaft, aber auch die Anwendung des üblichen Tarifes in der Cosmos-Fabrik durchzusetzen.

Henry Ortega Spina

Wildwest in der Kita

In Frankreich wehrt sich die CNT gegen die Entlassung streikender Erzieherinnen

Wohl niemand hatte damit gerechnet, dass sich aus der Protestaktion ein solch zäher Konflikt entwickelt: In einer Einrichtung des privaten Kita-Trägers „People and Baby" (P&B) trat die Belegschaft in den Streik. Im „Mutterland der Menschenrechte" ist das zunächst nichts Besonderes, umso überraschender aber die Reaktion: Prompt wurden alle sechs Streikenden suspendiert.

Das Vorgehen der Chef-Etage steht im Kontrast zu den PR-Bemühungen von P&B, sich als fortschrittlich und nachhaltig zu präsentieren. Zum Unternehmensmythos gehört auch, dass die Firma 2004 von einer Erzieherin selbst gegründet worden sei. Inzwischen gehört P&B mit mehr als 1.000 Beschäftigten und über 70 Einrichtungen zu den größten Kita-Unternehmen Frankreichs. Von Anfang an profitierte P&B von Ausgliederungsmaßnahmen der öffentlichen Hand, die seit 2004 auch in der Kinderbetreuung möglich sind.

Die Kita, wo sich der Streik ereignete, liegt im Südosten von Paris und wurde 2006 von P&B übernommen. Zuvor war sie von einem Verein geführt worden, über den der Betrieb in Versammlungen der Erzieherinnen organisiert wurde. Im November 2009 traten sie der CNT bei und forderten bessere Arbeitsbedingungen sowie pädagogische Selbstbestimmung. P&B bot daraufhin den Kolleginnen in Einzelgesprächen Aufhebungsverträge an – erfolglos. Mit dem Streik zum 1. März eskalierte der Konflikt. P&B begründet die Suspendierungen mit „Hygiene-Mängeln", für die die Erzieherinnen verantwortlich seien – die Behörden konnten derartiges allerdings nicht feststellen.

Nach den ersten Protesten der CNT nutzte man eine Großdemonstration gegen die Reform der Krippen-Betreuung, um den Fall einer größeren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Eine „Begnadigung" erhielten dann Ende März die gesetzlich geschützte Gewerkschaftsdelegierte und eine weitere Kollegin, die allerdings versetzt wurde. Eine Kollegin verließ den Betrieb, die anderen drei wurden endgültig entlassen. Daraufhin besetzten CNT-Mitglieder die Firmenzentrale; und unterstützt von einem Eltern-Komitee traten die zwei „begnadigten" Kolleginnen in einen unbefristeten Solidarstreik zur Wiedereinstellung der Kolleginnen. Obwohl der Protest seitdem immer breitere Kreise zieht, gibt P&B bis heute nicht nach. Nun droht gar den beiden Verbliebenen die Kündigung. Denn als sie Ende Juli, nachdem das Arbeitsgericht eine Entscheidung in dem Fall auf Dezember vertagt hatte, ihre Arbeit wieder aufnahmen, wurden sie erneut suspendiert. Die CNT hält indes an ihren Forderungen fest und leistet weiter finanzielle Unterstützung für die Gemaßregelten.

André Eisenstein

Meldungen aus der IAA

ASI: „Belgrade 6" freigesprochen
Am 16. Juni wurden alle Anklagepunkte gegen die als „Belgrade 6" bekannten Mitglieder der ASI in Serbien fallengelassen (siehe *DA* 196–199). Der Richter erklärte, dass es keine Beweise gebe, die den Vorwurf gegen die Angeklagten erhärten könnten, sie hätten einen Brandanschlag auf die griechische Botschaft verübt.

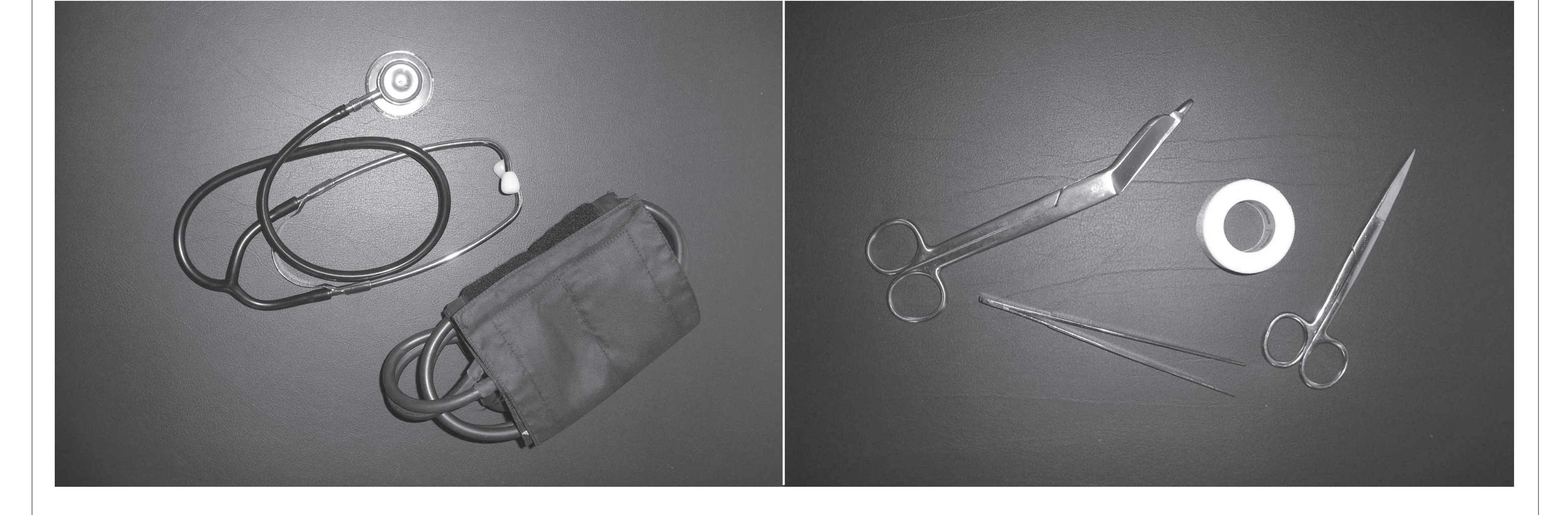
CNT-E: Arbeitskampf im Rettungsdienst
Die CNT Barcelona kämpft weiter für die Wiedereinstellung der 107 ArbeiterInnen, die beim katalanischen Notruf „Servicio 061" gefeuert wurden. AktivistInnen besetzten deshalb am 23. Juli ein Büro des katalanischen Gesundheitsministeriums und verlangten ein Treffen mit Vertretern der SEM, eines öffentliches Unternehmens, das den Rettungsdienst organisiert und mitverantwortlich ist für die Situation beim Notruf, mit dem das Telekommunikationsunternehmen Atento beauftragt ist. Der Arbeitskampf richtet sich auch gegen die latente Privatisierung sozialer Dienste.

CNT-E: Konflikt am Flughafen Barcelona
Mitglieder der CNT in Hospitalet de Llobregat (Region Barcelona) haben mit einer Serie von Teilstreiks bei der Firma Flightcare am Flughafen Barcelona begonnen. Ursächlich für den Konflikt sind die Entlassung bzw. ein Disziplinarverfahren gegen zwei Sekretäre der dortigen CNT-Sektion sowie die Forderung nach fairen und vernünftigen Schichtplänen, die im Einklang mit den Arbeitsschutzgesetzen stehen. Seitens der Unternehmensleitung gab es keine Verhandlungsbereitschaft, sondern nur Drohungen. Rückendeckung erhält sie von den anerkannten Gewerkschaften CCOO und UGT.

SP-AIT: Freispruch in Lissabon
Am 14. Juli wurden auch die „Lisbon 11" freigesprochen. Nachdem sie im Zuge einer antiautoritären Demonstration gegen Faschismus und Kapitalismus Ende April festgenommen worden waren, wurden ihnen Angriffe auf die Polizei und Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen. Doch die Aussagen der von der Anklage vorgebrachten Zeugen waren voller Widersprüche, so dass selbst der Staatsanwalt eingestehen musste, dass es nicht genug Beweise gebe, um die Angeklagten zu belasten. Die SP-AIT unterstützte die Betroffenen.

ZSP: „Gestrandete" chinesische Arbeiter
Ende Juni haben chinesische Bauarbeiter, die in Polen „gestrandet" sind, weil sie keine finanziellen Möglichkeiten haben, wieder in ihre Heimat zu kommen, ihren Protest beendet. Sie versuchen nun, für eine Weile „illegal" zu arbeiten. Die sie unterstützende ZSP hat sich entschlossen, weiter Druck auf die Firma Turret Development auszuüben, die die Arbeitskräfte billig aus dem Ausland anheuerte und keine Verantwortung für deren weiteren Verbleib übernimmt. Inzwischen hat eine staatliche Behörde den Fall zu untersuchen begonnen.

Meldungen zusammengestellt von Henry Ortega Spina



Die Gewerkschaft Gesundheitsberufe Hannover (GGB) ist eine kleine, basisdemokratische Gewerkschaft, der sich neben klassischerweise organisierten Gesundheitsberufen in Krankenhäusern und der Pflege auch abhängig Beschäftigte aus den Bereichen Ergotherapie, Zahnmedizin und Tiermedizin angeschlossen haben.

Stets zu Diensten, Herr Doktor!

Zur Situation in den Praxen im Gesundheitswesen

Als eine der wesentlichen Säulen des Gesundheitswesens geraten die Praxen nur alle paar Jahre ins Visier des öffentlichen Interesses. Thematisiert werden dann politische Maßnahmen, beispielsweise im Rahmen der Gesundheitsreformen. Praxisgebühren und Zuzahlungen für medizinische Leistungen, die von den Kassen nicht länger übernommen werden, sind in aller Munde. Nicht jedoch die Situation abhängig Beschäftigter, die in diesem Sektor ihre Brötchen verdienen. Keine Ausnahme bilden hierin die großen Zentralgewerkschaften, die diesen Bereich völlig links liegen lassen. Die Situation der abhängig Beschäftigten in den Praxen ist in der öffentlichen Wahrnehmung hingegen völlig unterbelichtet. Denn anders als ihre ArbeitgeberInnen haben sie keine Lobby.

Denkt man heute an Praxen, dominiert noch immer das Bild vom niedergelassenen Hausarzt oder der niedergelassenen Fachärztin, die eine Praxis mit Praxishilfen[1] betreibt. Alle kennen die Situation: Volle Wartezimmer, Termindruck, lange Wartezeiten. Eine Verschiebung der Versorgungsstrukturen zuungunsten der Versicherten durch Abwanderung niedergelassener ÄrztInnen und daraus resultierende weite Anfahrtswege. Kaum jemand scheint sich dagegen zu fragen, warum die immer freundliche und zuvorkommende Sprechstundenhilfe, die die Versichertenkarte schon am Morgen durchs Lesegerät zieht, einem am Abend immer noch lächelnd das unterschriebene Rezept überreicht. Warum kann der Arzt, dessen Name am Türschild steht, in die Mittagspause gehen, während seine Sprechstundenhilfe bleibt? Genauso wie die angestellte Assistenzärztin, die so die übliche Wartezeit wenigstens etwas verkürzt? Was verbirgt sich dahinter, wenn die behandelnde Ärztin eine Kollegin nur flüchtig als „Praktikantin" vorstellt, die ihr danach bei der Arbeit über die Schulter blicken darf? Ein Bild hat sich dagegen auch in der öffentlichen Wahrnehmung festgesetzt, vielleicht das einzig realistische: Das Gesicht des Arzthelferinnenberufes, der medizinischen, zahnmedizinischen und tiermedizinischen Fachangestellten, ist weiblich. Das gleiche gilt für angestellte Tier- und Zahnmedizinerinnen.

Prekäre Nähe

Die Gemeinsamkeiten von Fachangestellten und angestellten MedizinerInnen münden am Ende nicht allein im Tätigkeitsfeld. Sie treten auch bei grundlegenden Problemen zutage: der Kontrolle um die Arbeitszeit, der Urlaubsplanung, der Vereinbarkeit vorhandener Kinder mit der Berufsausübung, der Wahrnehmung von Fort- und Weiterbildungen sowie der Bezahlung. Hinzu kommen subtile Prozesse, die sich zwangsläufig aus der Nähe von ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn am Arbeitsplatz ergeben. Diese haben enorme Auswirkungen auf die Duldsamkeit der Angestellten. Die Arbeitsbedingungen werden in der Regel hingenommen, bleiben unhinterfragt. Selbst dann noch, wenn sie längst nur noch als Zumutung bezeichnet werden können. Denn ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn arbeiten in Praxen auf engstem Raum zusammen. Das üblicherweise vorhandene Nähe-Distanz-Verhältnis ist aufgebrochen, wird durch das vertrauliche „Du" oder eher „familiär" anmutende Beziehungen verwässert. Am ehesten vergleichbar ist dies wohl mit den kleinen, klassischen Handwerksbetrieben, in denen die MeisterInnen zugleich ArbeitgeberInnen sind.

Mehrarbeit und Überstunden gehören in (Zahn-) Arztpraxen beispielsweise zum guten Ton. Sie werden nicht aufgeschrieben. Es ist selbstverständlich, länger zu bleiben, wenn PatientInnen kurz vor Dienstende noch in die Praxis kommen. Das gleiche gilt für die tägliche Pause. Die Zeit, von der der lange Arbeitstag üblicherweise unterbrochen werden sollte, wird von Angestellten häufig am Arbeitsplatz verbracht. Teile dieser Freizeit, die eigentlich der Erholung dient, werden stattdessen durch unentgeltliches Weiterarbeiten absolviert. Nicht viel anders ist es um notwendige Vor- und Nacharbeiten, zum Beispiel die Reinigung medizinischer Instrumente, bestellt. Auch diese werden oft außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit geleistet – vor und nach dem Dienst oder in den Pausen. Dabei könnte eine Kontrolle der tatsächlichen Arbeitszeiten durchaus auf der Grundlage vorhandener Strukturen erfolgen: Der passwortgeschützte Computerarbeitsplatz in Arztpraxen könnte fehleranfällige Stundenzettel, die in Kleinbetrieben zum Teil erst gar nicht geführt werden, durchaus ersetzen. Die Angestellten müssen sich dort ohnehin bei Dienstbeginn individuell an- und bei Arbeitsschluss wieder abmelden. Hierüber wäre zumindest eine ungefähre Kontrolle und Nachweisbarkeit der tatsächlichen Arbeitszeiten durch die Beschäftigten gewährleistet. Stattdessen aber wird das Problem komplett ignoriert.

Krankheitsbedingte oder anderweitige Ausfallzeiten von KollegInnen treffen Arztpraxen noch empfindlicher als andere Gesundheitsbetriebe. Der Mitarbeiterstamm ist klein, weshalb derartige Ereignisse immer auch unentgeltliche Mehrarbeit für die anderen mit sich bringen. Hierdurch wird auch ein enormer, vor allem unkollegial wirkender Druck unter den Angestellten aufgebaut.

Der Jahresurlaub wird den Beschäftigten durch Betriebsschließung weitestgehend vorgeschrieben: Bleibt die Praxis infolge Urlaubszeit des Arbeitgebers geschlossen, werden auch die Angestellten in den Urlaub geschickt. Noch mehr als üblich brummt dagegen in diesen Zeiten der Laden in den Vertretungspraxen: Ein Mehr an PatientInnen bedeutet zwangsläufig ein Mehr an Arbeit und Arbeitsintensität. Auch das wird auf dem Rücken der Angestellten ausgetragen. In den Gemeinschaftspraxen niedergelassener ÄrztInnen relativiert sich dieses Problem nur bedingt: Die Arbeitsverdichtung findet hier lediglich unter einem Dach statt.

Kaum Platz ist im Berufsalltag der erforderlichen Fort- und Weiterbildung der Angestellten vorbehalten, selbst wenn deren Frequenz in Verträgen fixiert worden sein sollte. Diese fallen entweder gänzlich unter den Tisch oder sind in die Freizeit zu verlegen. Von Freistellungen, von der (Teil-) Finanzierung oder auch nur vom Angebot großer Gesundheitseinrichtungen wie Kliniken können abhängig Beschäftigte in Arztpraxen nur träumen. Üblicherweise wird dieser Bereich von ArbeitgeberInnen als persönliche Angelegenheit betrachtet.

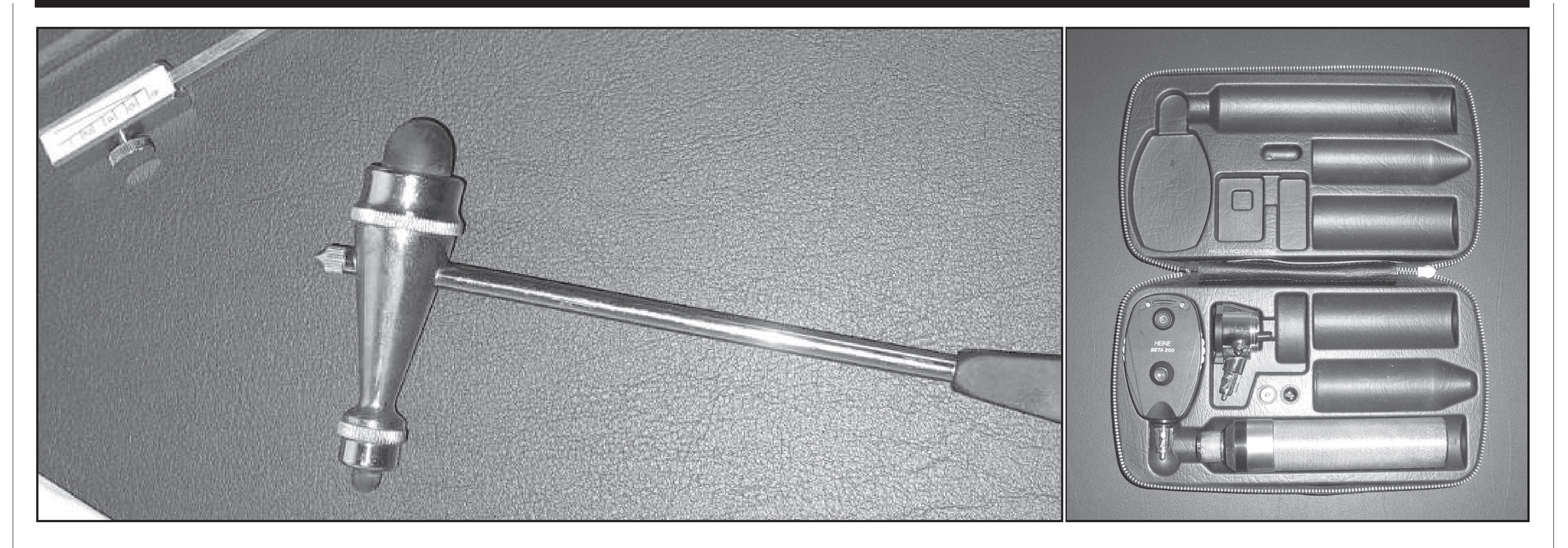
Tierisch sittenwidrig: die Veterinäre

Ein wenig anders stellt sich demgegenüber die Situation im tiermedizinischen Bereich dar: In Deutschland sind Krankenversicherungen für Tiere unüblich, so dass es sich um reine „Privatpatienten" handelt. Abgerechnet werden muss aber, zumindest theoretisch, nach einer staatlichen Gebührenordnung, die allerdings gerne unterschritten wird. Außerdem unterteilen sich die Patienten in landwirtschaftliche Nutztiere, bei denen vor allem finanzielle Erwägungen eine Rolle spielen, und Liebhabertiere, vor allem Pferde und kleine Haustiere, sogenannte „companion animals", bei deren Behandlung nur die Geldbörse des Besitzers die Möglichkeiten nach oben begrenzt.

In den letzten 20 Jahren ist es zu massiven Veränderungen im Berufsfeld Tiermedizin gekommen, vor allem bei den TierärztInnen. Aus einem ehemals fast reinen Männerberuf wurde ein zum Großteil von Frauen ausgeübter. Dadurch hat sich auch das Spannungsfeld lange Arbeitszeiten – geringe Entlohnung verstärkt: Viele Tierärztinnen kehren nach einer Babypause gar nicht mehr in den familienfeindlichen Beruf zurück. Gerade der Nutztiersektor hat Nachwuchssorgen – was schon zu Rufen nach einer Männerquote im Studium geführt hat: Nach Ansicht einiger Tierärzte tragen nicht die schlechten Arbeitsbedingungen, sondern die Frauen, an die ein teures Studium verschwendet sei, die Schuld am jetzigen Nachwuchsmangel.

Die momentane Situation der in Praxen angestellten TierärztInnen stellt sich ähnlich dar wie in den anderen akademischen Medizinberufen: Lange Arbeitszeiten, geringe Entlohnung. Eine Entlohnung von unter 2.000 Euro brutto für eine AnfangsassistentIn in Vollzeit – normalerweise mindestens 48 Stunden in der Woche an sechs Arbeitstagen – gilt als sittenwidrig[2], ist aber in der Praxis eher hochgegriffen. Im Kleintierbereich sind zum Teil 500 Euro im Monat üblich. Gerade für frische UniversitätsabgängerInnen ist auch die Beschäftigung ganz ohne Gehalt – „Hospitation" genannt – beliebt. Geringe Gehälter von AnfangsassistentInnen werden oft mit mangelnder Erfahrung gerechtfertigt, steigen oft aber auch nach mehreren Jahren nicht signifikant an. Zusätzlich verdienen Frauen bei vergleichbarer Tätigkeit im Schnitt zwischen 300 und 500 Euro im Monat weniger.

Arbeitszeiten von bis zu 16 Stunden täglich sind vor allem im Großtiersektor nicht unüblich. Zum Teil gibt es eine mehrstündige „Mittagspause", in der sich die AssistentInnen aber zur Verfügung zu halten haben. Nächtliche Bereitschaftsdienste, oft mehrere in der Woche, und Wochenenddienste ohne Freizeitausgleich oder Zuschläge – beides ist gesetzlich vorgeschrieben – sind üblich, gesetzeskonforme Abrechnungsmodalitäten



hingegen die absolute Ausnahme.

Bei den ArbeitgeberInnen liegt kein Unrechtsbewusstsein vor: Angestellte, die ihre gesetzlichen Rechte in Anspruch nehmen möchten, werden zum Teil öffentlich des Missbrauchs bezichtigt. Möglich wird dieses Verhalten auch hier durch das oft familiär geprägte Arbeitsumfeld, das häufig nur aus Chef und eventuellen Helferinnen besteht. Bei mehreren AssistentInnen kommt noch der soziale Druck seitens der KollegInnen hinzu. Krankheits- und Urlaubsabwesenheit müssen meist von den anderen voll und ohne Ausgleich aufgefangen werden. Allein schon den vollen Jahresurlaub zu nehmen, ist verpönt. Ohnehin wird regelmäßig nur der Mindesturlaub gewährt. Im schon arbeitgeberfreundlichen Mustervertrag der deutschen Tierärztekammer werden arbeitnehmerschützende Passagen einfach gestrichen oder es wird gleich ohne schriftlichen Vertrag gearbeitet.

In der Vergangenheit wurden diese Arbeitsbedingungen von den angestellten TierärztInnen regelmäßig als selbstverständlich hingenommen, da sie davon ausgingen, in absehbarer Zeit selbst „Chef" zu sein und dann ebenso handeln zu dürfen. Durch die Veränderungen im Berufsfeld, die unter anderem auch dazu geführt haben, dass immer mehr TierärztInnen dauerhaft Angestellte bleiben, ändert sich diese Haltung gerade.

Es gibt momentan keine Vertretung der angestellten TierärztInnen. Der Bundesverband praktizierender Tierärzte (bpt) vertritt als Interessenverband sowohl Angestellte als auch selbstständige TierärztInnen[3]. Ein Spagat, der mehrheitlich zugunsten der Selbstständigen ausfällt, deren Vertretung auch vom bpt als seine wichtigste Aufgabe definiert wird. Lediglich bei der Vertretung der Interessen der von den Landkreisen angestellten TierärztInnen in der Fleischbeschau ist es unter Beteiligung des bpt jemals zum Arbeitskampf gekommen. Im Augenblick entwickeln sich vor allem mit Hilfe des Internets kleinere Interessengemeinschaften von angestellten TierärztInnen.

Ähnlich schlecht ist die Situation der tiermedizinischen Fachangestellten (TFA): Auch von diesen werden regelmäßig Überstunden ohne Entlohnung verlangt. Ein Erscheinen mitten in der Nacht, zum Beispiel für Not-Operationen, wird vorausgesetzt. Eine gesetzeskonforme Entlohnung findet meist nicht statt. Oft werden Teilzeitstellen angeboten, die sich in der Realität als Vollzeitstellen herausstellen, so dass das ohnehin schon schmale Einkommen weiter sinkt.

Der Beruf der TFA ist ein fast reiner Frauenberuf mit schlechter Entlohnung und geringen Aufstiegs- oder Weiterbildungschancen. Sofern die TFA Mitglied im Verband medizinischer Fachberufe[4] ist, der als Berufsverband und Gewerkschaft in einem fungiert, und ihr Chef gleichzeitig Mitglied im bpt ist, gilt für sie theoretisch der zwischen den beiden Berufsverbänden ausgehandelte Tarifvertrag. In der Realität wird dieser aber gerade in den vielen kleinen, „familiär" geprägten Praxen nicht beachtet. Kranksein wird regelmäßig als Krankfeiern bewertet. Auch gesetzlich vorgeschriebene Arbeitsschutzbestimmungen wie die jährlich zu wiederholende Einweisung in den sicheren Umgang mit Röntgenstrahlung oder auch nur die Benennung einer Strahlenschutzbeauftragten werden ignoriert. Oft gibt es noch nicht einmal Dosimeter[5]. Theoretisch müsste das den zuständigen Stellen eigentlich ins Auge fallen. In der Praxis wird aber nicht nachgefragt. Selbst die Arbeitsschutzbestimmungen für Auszubildende unter 18 Jahren werden einfach ignoriert.

Arbeitszeit oder „Beschäftigungstherapie"? Die Situation in der Ergotherapie

Nicht viel anders sieht es im Bereich der ergotherapeutischen Praxen aus. Auch hier sind überwiegend Frauen angestellt, wenn auch zunehmend Männer den Beruf ausüben. Die Probleme, was die Anrechnung von Arbeitszeiten, die Bezahlung oder die Fort- und Weiterbildung anbelangt, ähneln denen der medizinischen Fachangestellten und angestellten MedizinerInnen, weisen aber zum Teil einige Besonderheiten auf. Auch in diesem Bereich sind gerade Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse verbreitet. Nicht weil ErgotherapeutInnen dies unbedingt wünschen oder ihre ArbeitgeberInnen besonders familienfreundlich sind, sondern weil ihnen dies vertraglich vorgegeben wird. Anders als ihre BerufskollegInnen in Akut- und Reha-Kliniken, Heimen und anderen Einrichtungen, werden sie nicht durch Kollektivverträge oder daran angelehnte Arbeitsverträge geschützt, sondern handeln die Bedingungen wie die angestellten Zahn- und TiermedizinerInnen individuell aus.

Die Bezahlung ist, gemessen an der Arbeitszeit, gering, gerade im Bereich der Praxen. Sie unterliegt bundesweit großen Schwankungen. ErgotherapeutInnen arbeiten im Niedriglohnbereich, teilweise bis hinunter auf ein Niveau, bei dem ohne weiteres von Lohnwucher bzw. sittenwidrigem Gehalt gesprochen werden kann. Keine Seltenheit sind geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, so genannte „400-Euro-Jobs".

Bei ErgotherapeutInnen in Praxen wird die vertragliche Arbeitszeit im Wesentlichen durch die einzelnen, wahrzunehmenden Termine ausgefüllt. Diese werden von den ErgotherapeutInnen selbst vereinbart bzw. abgesprochen. Gängig ist, dass hier ein eigentliches Risiko des Chefs auf die Beschäftigten abgewälzt wird: Von KlientInnen abgesagte oder ausfallende Termine werden insbesondere in Praxen nicht auf die Arbeitszeit angerechnet, sondern sind nachzuarbeiten. Zur Überwachung der Arbeitszeit werden Stundenzettel von den Angestellten geführt, in die die Plan-Einheiten (Soll-Zeiten) eingetragen werden, denen am Monatsende die tatsächlich geleistete Arbeitszeit (Ist-Zeit) gegenübersteht. Letztere wird durch die beschriebenen Ausfälle gemindert oder durch Mehrarbeit erhöht, wenn beispielsweise Einheiten bei Krankheitsausfällen von KollegInnen übernommen wurden. Überstunden werden in diesen Einrichtungen von ArbeitgeberInnen oft ebenso wenig berücksichtigt. Freizeitausgleich oder Bezahlung? Fehlanzeige! Somit sind die Beschäftigten hier doppelt betrogen.

Und nun?

In Praxen findet sich die ganze Palette von Problemen, wie sie insgesamt im Niedriglohnsektor und in prekären Bereichen zu Tage treten: unentgeltliche Praktika, geringfügige Beschäftigung, befristete Vertragsverhältnisse, Teilzeitarbeit, lange Arbeitstage, unvergütete Teile eigentlicher Arbeitszeiten, fehlende Zuschläge, Überstunden, Arbeit auf Abruf, Individualisierung beruflicher Qualifikation. Hinzu treten die besonderen Bande zwischen ArbeitgeberInnen und Angestellten, die sich in mangelnder Distanz am Arbeitsplatz ausdrücken. Diese verstärken noch die Schwierigkeit, sich daraus zu lösen und dem etwas entgegenzusetzen.

Eine Organisierung abhängig Beschäftigter zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen ist allein durch ihre Zahl in den einzelnen Betrieben und ihre Streuung ungleich erschwert. Ein Bewusstsein für ihre besondere Lage ist demgegenüber oft nicht vorhanden bzw. wird – wie bei den MedizinerInnen – noch als temporäres Problem begriffen. Insofern ergibt sich hieraus, dass in einem weitestgehend unbeachteten, klassischen Niedriglohnsektor, in dem fast ausschließlich Frauen tätig sind, mit der Anstellung von AkademikerInnen und ErgotherapeutInnen ausgesprochen prekäre Bedingungen Einzug gehalten haben. Die Anstellungsverhältnisse, denen erstere zur Finanzierung ihrer Studienzeit in anderen Branchen wie Gastronomie, Kino oder ähnlichem unterworfen waren, setzen sich hier nur konsequent fort. Die Tretmühle des Jobberdaseins wird somit auch nach der Studienzeit nicht mehr verlassen.

Zwar gelten zum Teil für Medizinische Fachangestellte Tarifverträge[6], doch lassen auch diese die konkrete Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen an vielen Stellen offen. Im Gegenteil: Hier wird sogar festgeschrieben, dass sich diese nach den Erfordernissen der einzelnen Praxen zu richten haben. Selbst in den Betrieben, in denen sie gelten bzw. die sich daran orientieren, bleibt Papier geduldig: Wo keine Klägerin, da kein Richter. Dies gilt auch für die Vielzahl von Praxen, in denen Kollektivverträge nicht zur Anwendung kommen. Denn mit den gesetzlichen Schutzbestimmungen, was beispielsweise Arbeitszeit und Arbeitsschutz anbelangt, nimmt man es ebenso wenig genau. Die Berufsverbände, die lediglich als eine Art gewerkschaftliches Servicebüro fungieren, haben diese Situation mit zu verantworten. Vor allem auch, wenn sie – wie bei den TiermedizinerInnen – zugleich die Arbeitgeberseite vertreten. Oder sich aber an den Arbeitgeberinteressen orientieren. Hier bedarf es also einer wirklich unabhängigen, kämpferischen Alternative!

Ein Ausweg aus diesem Dilemma könnte deshalb eine berufsgruppenübergreifende Organisierung in lokalen, auf regionaler und bundesweiter Ebene föderativ zusammengeschlossenen Gewerkschaften bieten. Die Berücksichtigung lokaler und beruflicher Besonderheiten wäre hier ebenso gewährleistet wie die volle Kontrolle über die Entscheidungen und Vorgehensweisen in den einzelnen Betrieben durch die Beschäftigten selbst.

Eine Verständigungsebene unter den Angestellten an einem Ort oder in einer Stadt wäre schnell erreicht, denn die Probleme ähneln sich in den verschiedenen Bereichen. Die Überschaubarkeit der einzelnen Betriebe ist gewiss Hürde, zugleich aber auch die Stärke der Praxisangestellten – wenn sie in eine solche verwandelt und genutzt wird! Sicherlich, es ist ein beliebter Ausspruch: „Jede ist ersetzbar!", doch trifft dies tatsächlich zu? ArbeitgeberInnen können nicht von jetzt auf gleich auf alle MitarbeiterInnen verzichten. Manchmal ist es nur erforderlich, den Anfang zu wagen, sich nicht länger auf die individuelle Ebene zurückzuziehen, sondern zu versuchen, die Gemeinsamkeiten herauszustellen.

Was würde also passieren, wenn sich Angestellte an ihren ArbeitgeberInnen ein Beispiel nähmen, die – wie auch schon in der Vergangenheit – momentan gemeinsam mit Praxisschließungen gegen die Gesundheitspolitik der Bundesregierung demonstrieren?

Forderungen überbetrieblich aufzustellen, Druckmaßnahmen zu beschließen und sich für seine Interessen einzusetzen, ist offenbar nicht schwer. Erst recht nicht unmöglich.

Gewerkschaft Gesundheitsberufe
Hannover (GGB) – Plenum





Anmerkungen

[1] PraxishelferIn oder Sprechstundenhilfe sind nur weit verbreitete umgangssprachliche Bezeichnungen. Die offizielle Berufsbezeichnung ist Medizinische Fachangestellte (MFA), bis zum 31. Juli 2006 ArzthelferIn. Es handelt sich hierbei um einen klassischen Assistenzberuf. Dieser entstand erst in den 50er Jahren. MFA arbeiten überwiegend in Arztpraxen zur Unterstützung von ÄrztInnen.

[2] Sittenwidrige Löhne: Das Bundesarbeitsgericht (BAG) urteilt, dass Sittenwidrigkeit dann vorliegt, wenn sich Stundenlöhne ein Drittel unter dem Tariflohn bzw. unter dem ortsüblichen Lohn bewegen.

[3] Als ein Kriterium von Gewerkschaften gilt nach der Definition des BAG ihre „Gegnerfreiheit". In ihre Reihen dürfen keine Arbeitgeber(-vertreter) aufgenommen werden.

[4] Der Verband medizinischer Fachberufe e.V. wurde 1963 als Berufsverband der Arzthelferinnen e.V. (BdA) gegründet. Neben den Aufgaben eines Berufsverbandes wie Öffentlichkeitsarbeit und Bildungspolitik, nimmt er zugleich die Aufgabe einer Gewerkschaft wahr. Nach seinem eigenen Verständnis ist er partnerschaftlich ausgerichtet.

[5] Dosimeter: Messgeräte zur Messung der Strahlendosis.

[6] 1969 wurde der erste Tarifvertrag für Arzthelferinnen abgeschlossen. 1982 folgte der erste Kollektivvertrag für Zahnarzthelferinnen, 1987 für Tierarzthelferinnen. Heute bestehen zwischen dem Verband medizinischer Fachberufe e.V. auf Arbeitnehmerseite und der „Arbeitsgemeinschaft zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Arzthelferinnen bzw. Medizinischen Fachangestellten" (AAA) sowie dem Bundesverband Praktizierender Tierärzte (bpt) auf Arbeitgeberseite zwei Tarifverträge auf Bundesebene und mit der „Arbeitsgemeinschaft zur Regelung der Arbeitsbedingungen für Zahnmedizinische Fachangestellte" (AAZ) in Hamburg, Hessen und Westfalen-Lippe auf Landesebene. Bis zum 1. Juli 2009 gehörte zudem Berlin der AAZ an, das seinen Austritt erklärte. Aufgrund der Nachwirkung gilt für Berlin jedoch der alte Vergütungstarifvertrag vom 01.07.2007 weiter. Die Tarifverträge finden sich unter: http://www.vmf-online.de/verband/gewerkschaftsarbeit

Fotos: Jens Kammradt



Monolog zur Revolution

Abpopo billiger, ma sogt ja imma wenn da Bierpreis erhöht werd, dann und nur dann gibt`s in Baiern Revolution. Vor da letzten Wahl is da Bierpreis ja a kräftig g`stieng, aba nu ned genug, sonst hätt ma des Gschwerl, des uns da beherrscht, einfach wegspüin.

Aba vieleichts liegts ja auch da dran, dass mir scho oft oane g`habt ham auf da welt, und dann san die arschlöcher, die uns unterdrückt ham ausdauschd word gegen neie arschlöcher, die uns dann nu mehr unterdrückt ham, nachdem mia für de die drecksarbeit erledigt ham, und sie uns nacha g`sagt ham, was ma machn solln.

Ja mei, weil halt doch imma a jeda wieda da drauf neifallt, dass de, die da obn san, dann wenn`s da obn san, sagn, dass mia ja scho welche brauchn, die uns sagen, wo`s langgeht, weil was wär, wenn jede dua derft wos a mog. Ja wo kammerten mia da bloß hi???

(weiter nächste Seite)

Fluxus, Krautrock und der Zementmischer

Ein Gespräch mit Faust-Gründer Jean Hervé Peron

Eine der Krautrock-Bands der allerersten Stunde ist aktiv wie selten zuvor. Faust und die vielfältigen Projekte der einzelnen Bandmitglieder sind nur schwer zu stoppen.

Jean Hervé Peron, einer der Bandgründer, ist gleichzeitig Mitorganisator des in Schiphorst zwischen Hamburg und Lübeck stattfindenden Avantgarde-Festivals, welches in diesem Jahr Anfang Juli stattfand. Dort trafen wir das Urgestein einer musikalischen Bewegung, die zurzeit lebendiger ist als je zuvor. Vielleicht liegt das am avantgardistischen Anspruch, der sich nur in steter Erneuerung realisieren kann? Für Peron ist der Begriff der Avantgarde zweideutig, stammt dieser doch aus dem Militärischen, wo er eine Vorhut-Formation bezeichnet: *„In der Kunst bezieht er sich auf die russische Bewegung des Konstruktivismus, der unter anderem auch Dada und später den Surrealismus mit verursacht hat. Avantgarde behält auch heute seine allgemeine Bedeutung im Voraussein."*

Für Fluxus ist alles Kunst

Die Idee der Avantgarde, Kunst und Alltagspraxis zu vereinen, das Leben als Kunstwerk und das Kunstwerk als Leben zu sehen, begeistert Peron noch immer. *„Das ist die Essenz beim Fluxus. Für mich ist das dermaßen wahr und naheliegend. Alles was ist, ist gut, und ist Kunst. Ich sehe da keine Grenzen. Daher bin ich ein Fluxus-Mann. Mit der Art von Kunst, die sich von und aus der Realität abhebt und die Abstand von den Menschen nimmt, kann ich nichts anfangen. Ich bin sehr nah an der Praxis, an der Realität und gleichzeitig auch ganz fern. Kunst ist Realität und alltägliches Leben. Das Löffelgeräusch, welches entsteht, wenn man den Tee umrührt, ist Kunst und die Arbeiter, die mit einer Flex arbeiten, machen auch Kunst..."*

Wie alles begann

„Ende 1968, es könnte auch im Frühjahr 1969 gewesen sein, haben wir in einer Wohnung in Hamburg angefangen zu experimentieren. Gunther Wüsthoff, Rudolf Sosna und ich haben dauernd abstrakte Texte gemacht, unsere Gitarren an Radiogeräte angeschlossen, Verzerrer selbst gebaut und Loopgeräte gebastelt, natürlich nicht so perfekt wie die von heute. Wir bekamen sehr schnell Kontakt zu anderen Künstlern, Jungfilmern, Literaten und dann stießen wir auf Uwe Nettelbeck", erzählt Peron. Der im Januar 2007 verstorbene Uwe Nettelbeck war ein journalistisch-essayistischer „Geisterreiter" (u.a. schrieb er für Die Zeit und konkret), wie es der Tagesspiegel in seinem Nachruf formulierte. Nettelbeck nahm von 1970 bis 1975 als Produzent die Band unter seine Fittiche. Von ihm kam auch der Anstoß, dass sich die Drei einen Schlagzeuger suchen sollten. *„Wir stießen dann auf Werner ‚Zappi' Diermaier, der in einer anderen Band spielte und nur zu uns kommen wollte, wenn er seinen Orgelspieler Hans Joachim Irmler und noch einen anderen Schlagzeuger, Arnulf Meifert, mitbringen durfte. Das war 1970, da wurde dann Faust gegründet."* Der Band und Uwe Nettelbeck mangelte es nicht an Selbstvertrauen. *„Wir wollten ein Studio und einen Tontechniker. Wir haben unsere Seele an die Plattenindustrie verkauft, aber unter bestimmten Bedingungen. Den Deal hat Uwe bei der Polydor hinbekommen, so dass wir ein Jahr lang ein sehr privilegiertes Leben führen konnten. Wir haben uns nur um unsere Kunst gekümmert. Später kam der Druck, denn die Plattenfirma wollte ein fertiges Produkt sehen."*

Faust wurde hierzulande ignoriert

In der Szene wurde Faust für diesen Deal heftig kritisiert. *„Man warf uns vor, eine Boygroup zu sein, was Schwachsinn war. Natürlich hat die Gruppe Faust sehr viel Geld gekostet. Dennoch haben wir von Zuckerrübensirup und manchmal auch von Hundefutter gelebt. Das war Realität."* Musikerkollegen und Medien gingen auf Distanz. Faust fand hierzulande praktisch nicht statt, dafür im Ausland umso mehr. Insbesondere in London wurden sie zuerst ausgelacht, und ihre Art, Rock zu spielen, als Krautrock bezeichnet. *„Als man merkte, dass wir nicht aufgaben, weil wir es essentiell und notwendig fanden, dass eine Musik auf den Markt kam, die ein bisschen mehr sagte als nur dieses abgeleierte Blues- und Rock-Ding à la ‚Ich habe kein Geld und meine Freundin hat mich verlassen ...', erreichten wir – und damit der Krautrock – eine euphorische Anerkennung."*

Ein avantgardistischer Zementmischer in Action

Betonmischer ... Poème und Betonniere

Faust hat sich in all den Jahren immer weiterentwickelt, auch wenn das nicht ohne Spannungen und Spaltungen blieb. Darüber hinaus findet Peron auch Interesse und Zeit für diverse Soloprojekte, wie z.B. das „Poème für Betonmischer", eine Kollaboration mit dem französischen Komponisten und Flötisten Ivan Bellocq. *„Dieses Projekt ist mir sehr langsam und dafür umso herzlicher ans Herz gewachsen. Der Zementmischer ist ein Instrument, das wir bei Faust benutzt haben, ohne zu wissen warum. Manchmal wird man per Zufall an etwas herangeführt, bis man das Potential entdeckt."* Also wieder ein neues avantgardistisches Vorhaben, das zeitgenössische Kompositionstradition mit Sounds von Industrial, Rock und experimentellem Underground verbindet.

Jorinde Reznikoff/ KP Flügel

Risse in der Wirklichkeit

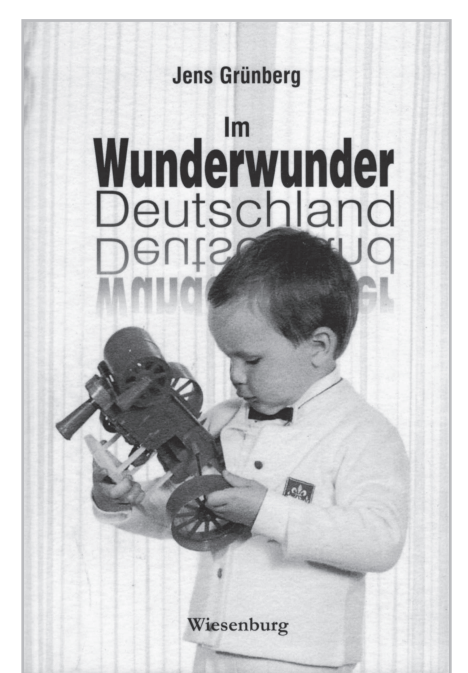
Ein Roman über Ankommen und Ausbruch aus dem Wirtschaftswunderdeutschland

Eins steht fest: Der Autor Jens Grünberg weiß Sprache zu gebrauchen. Dies stellt er auch in seinem Erstlingsroman „Im Wirtschaftswunderdeutschland" unter Beweis, der jetzt im Wiesenburg-Verlag erschien. Sittengemälde, Familiensaga, politischer Roman mit autobiografischen Zügen – man verspürt wenig Lust, ihn in einer dieser Schubladen zu zwängen.

In die Wiege gelegt

Grünberg erzählt die Geschichte eines Kindes, das mit „Hasenscharte" zur Welt kommt und sich in einer Umgebung zurechtfinden muss, die ihm Unbehagen bereitet. Es ist die Zeit des sogenannten „Wirtschaftswunders". Später, mit Jugend und Alter, wirkt sie nur noch entfremdet. Der Weg führt den Ich-Erzähler zunächst durch die sterile, weiße Welt der Krankenhäuser – Operationen, künstliche Ernährung, Schmerzen. Unverstandensein. Auch später noch: Immer das Gefühl, abschätzend behandelt zu werden. „Mitleid ist die gemeinste Waffe des Bürgers."

Wie so viele, waren die Großeltern väterlicherseits, aus Pommern stammend, vor der heranrückenden Roten Armee in Richtung Westen, ins Dithmarsche, Schleswig-Holstein, geflohen. Oder vielmehr die Großmutter, denn der Großvater war noch an der Front. Ihr kleines „Glück", das nur aus Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit in der Landwirtschaft zu bestehen scheint, wird noch knapp zwanzig Jahre später nur vom Schmerz über den Verlust des einstigen Hofes getrübt. Ansonsten will man von der Geschichte nichts wissen – oder gewusst haben. Man wählt deutsch-national, CDU, und trifft sich zum landsmannschaftlichen Kaffeeklatsch, um über die guten alten Zeiten zu schwadronieren. Ja, der Sohn, der soll es einmal besser haben. Insgeheim hoffen sie, dass er ihren kleinen Hof im Holsteinischen einmal übernimmt. Doch der hat ganz anderes im Sinn: Raus aus dem tristen Landleben, weg von der Aussicht, sich tagein tagaus für das bisschen Auskommen krumm machen zu müssen. Ihn zieht es hinaus in die Stadt. Er will Ingenieur werden, studieren.



Wer spielt hier mit wem? BRD-Kindheit zwischen Konsumgesellschaft und Kleinfamilie

Die Oma mütterlicherseits hatte ihre Kindheit auf einer Farm in Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, verlebt. Anfänglich lauscht der Ich-Erzähler noch gebannt ihren Geschichten. Sie ist etwas Besonderes, eine Großmutter, die man stolz vorzeigen kann vor den anderen Kindern. Erst später stellen sich Fragen, Fragen nach dem rassistischen Weltbild. Von ihrem Ehemann, der bei der Waffen-SS war, hatte sie sich Anfang der 60er Jahre scheiden lassen.

Aus den Fronturlaubsbesuchen waren drei Töchter hervorgegangen, darunter auch die Mutter des Ich-Erzählers. Die Großmutter brachte sich und ihre Kinder mit Wasch- und Putzarbeiten für die feinen Leute durch, später mit Fabrikarbeit. Den Großvater hielt sie noch jahrelang aus, selbst als er sich längst aus dem Staub gemacht hatte. Nun, 20-jährig, unverheiratet, noch nicht fertig mit der Ausbildung, wird die Mutter schwanger.

Kleinbürgerliche Träume und Ausbruch

Die jungen Eltern des Ich-Erzählers träumen von einem anderen Leben. Von Teilhabe am „Wirtschaftswunder", am Wohlstand, am Konsum. Sie streben nach Absicherung. Am Ende soll es ja auch für die Kinder sein. Und so flüchten sie sich in Entsagung, unermüdliche Arbeit, die Welt der Haushaltsbücher und Bausparverträge. Immer den Traum vom „Haus im Grünen mit schönster funktionaler Einbauküche sowie repräsentativer Polstergarnitur", dem abgezäunten Vorgarten, in dem die Kinder einmal spielen sollen, vor Augen. Eine kleinbürgerliche Idylle eben.

LeserInnen werden unweigerlich mitten hineingezogen in die Geschichte. Man möchte ausbrechen, wegrennen. Der Ich-Erzähler vollzieht diese Grenzziehung. Bisweilen in Zeitsprüngen in die 90er. Sie bohren sich wie Splitter in die Handlung. Diese erscheint dadurch wie eine Rückblende, als lebhafte Erinnerungen eines politischen Menschen. In Stationen: Totale Kriegsdienstverweigerung, Häuserkampf, in autonom-antiimperialistischer Tradition stehende linksradikale Bewegung.

Problematisch

Einige, in die Romanhandlung einfließende Positionen reizen dabei zwangsläufig zum Widerspruch, denn der „bewaffnete Kampf" der „Leninisten mit Knarre" stand von jeher im scharfen Gegensatz zum anarchosyndikalistischen, gesellschaftlichen Ansatz. Nicht weniger als der Gebrauch des Begriffs „Kader", auf den sich der Autor offenbar positiv bezieht. Fraglich erscheint es auch, die Gewalt seitens Angehöriger der Roten Armee so pauschal mit "schlimmsten Gräuelgeschichten" abzutun. Sexualisierte Gewalt hat es gegeben, Zwangsarbeit und Sibirien ebenfalls. Der Autor meint hier zwar die Nazi-Propaganda, die die Bevölkerung bis zum letzten mobilisieren sollte, um sich aus Angst vor angeblich zu erwartenden Grausamkeiten todesmutig dem vermeintlichen „Erzfeind" entgegen zu werfen. Der etwas flapsige Ausdruck vermittelt demgegenüber aber etwas anderes. Das ist problematisch.

Dennoch: Grünbergs Geschichte hat Tiefe und ist doch mit der nötigen Leichtigkeit ausgestattet, um bis zur letzten Seite zu fesseln. Ihrer Tragikomik kann man sich schwerlich verschließen. Mal augenzwinkernd, mal bissig, mal wütend nimmt der Autor Charaktere und Situationen aufs Korn, lenkt den Blick auf die Verklemmtheit, Verschrobenheit und Doppelmoral jener Zeit, gegen die die StudentInnenbewegung nur wenige Jahre darauf rebellieren sollte.

Anarr

Buchdaten

Jens Grünberg: Im Wunderwunder Deutschland. Wiesenburg-Verlag, Mai 2010, broschiert, 184 Seiten, ISBN: 9783940756992. Preis: 12, 80 Euro

Gedruckt, gefilmt, gesendet

Die „Limesse“ zwischen Politik, Kultur und Kommunikation

Vom 3. bis zum 5. September findet im nordrhein-westfälischen Oberhausen die Limesse, die „1. Libertäre Medienmesse für den deutschen Sprachraum“ statt. Sie ist vielleicht das deutlichste und stärkste Zeichen des Protestes und Widerspruchs gegen den kommerziellen Kulturindustriebetrieb der „Ruhr 2010“.

Wer fährt von euch auch alles nach Oberhausen?“ Die Mitfahrgelegenheits-Börse in den Freundschaftskreisen läuft auf Hochtouren. Es werden Autos und Wochenendtickets organisiert, Schlafmöglichkeiten abgeklärt („ich kenn’ da jemanden, die jemanden kennt“) und die FreundInnen, die an diesem Wochenende doch arbeiten müssen, auch noch zum Blumen gießen und Hunde ausführen verdonnert („ach bitte bitte bitte“). Soweit die Vorbereitungen der zahlreichen Limesse-BesucherInnen, die von überall her zur „1. Libertäre Medienmesse für den deutschen Sprachraum“ gefahren kommen. Dies dürfte aber nur ein Schatten der hektischen Betriebsamkeit sein, die derzeit in und um die Räume des „Druckluft“ in Oberhausen herrscht. Die VeranstalterInnen der Limesse müssen über 40 AusstellerInnen, 27 Veranstaltungen, ein Konzert und den BesucherInnenstrom koordiniert bekommen.

Die Vielfalt der Projekte sichtbar und nutzbar machen

Dafür, dass es sich um die erste Veranstaltung ihrer Art im deutschsprachigen Raum handelt, wartet die Limesse mit einer großen Vielfalt und Professionalität auf. Die Organisationsstruktur besteht aus örtlichen FAU-Gruppen und weiteren Projekten, die zur Limesse fusionierten. So ist es gelungen, eine weite Bandbreite von AusstellerInnen zu gewinnen, in der tatsächlich so gut wie alle namhaften libertären/linken Kultur- und Medienprojekte enthalten sind: Verlage wie Unrast, Edition Nautilus, Schmetterling und Trotzdem oder aber der Syndikat A Medienvertrieb und Edition AV treffen auf Internet-Projekte wie „Chefduzen.de“ oder „labournet.de“, mit einer ganz anderen inhaltlichen Ausrichtung, der „Black Mosquito Mailorder“ ist ebenso am Start wie das Anarchistische Radio Berlin, die Jugendzeitung Utopia oder das „Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit“. Und auch die Direkte Aktion ist dabei. Von außerhalb Deutschlands beteiligen sich z.B. die „Anarchistische Bibliothek und Archiv Wien“, die britische PM Press oder „SIN(A)PSIS“, eine libertäre Videozeitung aus Chile. Die Veranstaltungen wiederum werden von Einzelpersonen angeboten und spannen inhaltlich einen Bogen von anarchistischer Medienarbeit über libertäre Lebensformen/lifestyle bis hin zu selbstorganisierten Arbeitskämpfen. Zu Beginn wird sich mit der Frage „Gibt es anarchistische Verlage? Die Buchbranche und der Kapitalismus“ auseinandergesetzt. Somit beginnt die Limesse mit einer Diskussion, zu der die Messe selbst einiges an Input zu liefern hat.

Das eigene Handeln in den gesellschaftlichen Kontext einordnen

Reflektion über die eigenen Verhältnisse, also die Bedingungen, unter denen Literatur, Presse und Medien realisiert werden, ist ohnehin ein übergeordnetes Thema der Limesse. So kündigen die VeranstalterInnen in Zusammenarbeit mit der FAU eine Diskussion über „die zunehmend prekären Arbeitsbedingungen von (nicht nur) Medien-ArbeiterInnen“ an. Eine der letzten Veranstaltungen wird überdies von der FAU Frankfurt a. M. mit dem Titel „Leiharbeit abschaffen!“ angeboten und rundet so das Programm mit dem – leider – Dauerbrenner anarchosyndikalistischen Widerstands ab. Die Einbindung der Limesse in den Kalender der Gegenaktionen zur „Ruhr 2010“ verdeutlicht, dass sich die Messe auch als Teil einer kritischen Gegenkultur begreift, die in aktuelle gesellschaftliche Themen zu intervenieren versucht. Hier wird der Schulterschluss mit Projekten wie etwa der gesellschaftspolitischen Tanzveranstaltung „Euromayday 2010“ in Dortmund oder der „AG Kritische Kulturhauptstadt“ gesucht. Die Entscheidung, solch eine Messe komplett selbst zu organisieren, kann in ihrer Bedeutung in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden. Schließlich entscheiden sich viele Projekte häufig dazu, die Möglichkeiten auf finanzielle Unterstützung durch öffentliche oder privatwirtschaftliche Stellen in Anspruch zu nehmen, was angesichts der klammen Lage der meisten linken/libertären Projekte oft unumgänglich ist. Doch die Limesse schlug den prall gefüllten Topf vor ihrer Haustür aus und entschied sich, explizit gegen den Koch zu arbeiten, während sich viele „kritische“ Kulturschaffende für die „Ruhr 2010“ einspannen und korrumpieren ließen.

Die „Loveparade „ – sie wird wohl von allen Veranstaltungen der „Ruhr 2010“ am längsten im kollektiven Gedächtnis bleiben. Ein Techno-Event, einst als Friedensdemonstration in Berlin von UndergroundmusikerInnen gestartet, ist durch das Zusammenspiel von profitgeilen VeranstalterInnen, dilettantischer Lokalpolitik und den größenwahnsinnigen OrganisatorInnen der „Ruhr 2010“ zur Todesfalle für 21 Menschen geworden. Die „AG Kritische Kulturhauptstadt“ wirft der „Ruhr 2010“ in diesem Zusammenhang „Bigness“, also Masse um jeden Preis vor. Die Kosten für dieses Event sollten minimal gehalten werden, der Nutzen somit einen maximalen Output garantieren: für die Körperkult-Kette „McFit“, die Stadt Duisburg und alle kommerziellen Stände, die über das





Noch ist sie ein zartes grünes Früchtchen – und sauer auf den angepassten Kulturfirlefanz: Die „Limesse“

„Ruhr 2010“ Marketing koordiniert wurden. Die Menschen, die zum Feiern angereist kamen, waren somit für die Interessen hinter der „Loveparade“ lediglich eine Masse von Objekten der Profitgewinnung, und entsprechend wurde ihnen in den Plänen so gut wir kein eigener Handlungsspielraum zugebilligt – sie sollten auf vorbestimmten Wegen ihren Zweck in einem abgesperrten Areal erfüllen, und mehr nicht. Es ist bezeichnend, dass „Panikforscher“ Michael Schreckenberg das Konzept vehement verteidigte, aber vermeintliche „Regelüberschreitungen“ einzelner BesucherInnen für die Katastrophe verantwortlich machen wollte. Es bleibt zu hoffen, dass der kapitalistische Beißreflex „selber schuld!“, der den Leidtragenden der marktwirtschaftlichen Realität in unserer Gesellschaft immer wieder entgegen gebracht wird, in diesem Fall eine wirkungslose rhetorische Hohlform bleiben wird.



Frisch renoviert öffnet das „Druckluft“ seine Tore für die Limesse. Im Hof wird Akustisches geboten werden

Die Limesse und das Ruhrgebiet

Im Gegensatz zum konsumorientierten Ansatz der „Ruhr 2010“ steht bei der Limesse das Selbermachen im Vordergrund: Vorstellen, Diskutieren, Nachfragen, Ausprobieren, Kontakte knüpfen – widerständige Kultur will nicht nur angeboten, sondern gelebt sein. So reden die OrganisatorInnen der Limesse in der Ankündigung denn auch von der Utopie einer „Welt jenseits von Krise und Ausbeutung“ als übergeordnetem Ziel des kreativen Schaffens der Teilnehmenden.

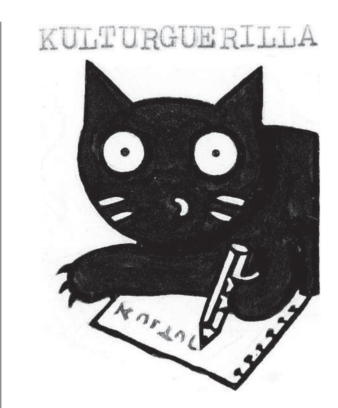
Die Limesse ist daher selbstverständlich ein Non-Profit Event, der Besuch ist kostenfrei, und auch die AusstellerInnen – vorausgesetzt, sie wollen etwas verkaufen – bezahlen nur eine geringfügige Standgebühr. Für das leibliche Wohl sorgen „Le Sabot“ und das Hamburger „Café Libertad Kollektiv“. Offen war bei Redaktionsschluss allerdings, ob es den OrganisatorInnen noch gelungen ist, für Interessierte Informationsmaterial zur libertären/revolutionären Geschichte des Ruhrgebiets im Allgemeinen und der Region Oberhausen im Speziellen zusammenzustellen, wie es auf der Website der Limesse in Aussicht gestellt wurde. Immerhin haben um 1921 über 30 000 Mitglieder der FAUD allein im Umkreis Oberhausens gelebt; während der libertär geprägten Märzrevolution im Ruhrgebiet um 1920 ereignete sich die stärkste anarchosyndikalistische Erhebung in Deutschland im 20. Jahrhundert. Aber auch die Bewegung der HausbesetzerInnen in den 80er Jahren war in Oberhausen nicht unbedeutend gewesen. Ansatzpunkte genug also für geschichtsinteressierte Libertäre, in Oberhausen und Umgebung auf historische Entdeckungstour zu gehen.

Aber noch ein – in gewissem Sinne auch „historisches“ – Thema strahlt seine Relevanz über die Städtegrenzen des Ruhrgebiets hinweg nach Oberhausen: der Naziaufmarsch zum sogenannten „Nationalen Antikriegstag“ in Dortmund. Mehrere Bündnisse mit bürgerlichem, kommunistischem und libertärem Einschlag rufen zu Protesten und Gegenaktivitäten auf, um die Etablierung eines faschistischen Großevents im Ruhrgebiet zu verhindern. Die Limesse, deren Veranstaltungsdatum bereits lange feststand, ruft ganz explizit zur Teilnahme an den Protesten auf, obwohl der Termin auf den Hauptveranstaltungstag der Messe fällt. „Oberhausen liegt keine Zugstunde von Dortmund entfernt, und das „Druckluft“ liegt in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof“, betonen die OrganisatorInnen die Vereinbarkeit von Messe und antifaschistischem Engagement. Sowohl MessebesucherInnen, Ausstellende und Demonstrierende werden am Abend dann noch mit einem Konzert der HipHop-Legenden von „Anarchist Academy“ im Rahmen der Limesse belohnt. Das anschließende „Limesse-Beats“ DJ-Team wird dann die Nacht zum Tage machen. Tagsüber werden mehr oder weniger spontan AkustikmusikerInnen ein kleines Nebenprogramm zur Limesse realisieren.

Ideen transportieren und verbreiten

Die „1. Libertäre Medienmesse für den deutschen Sprachraum“ wird also ein vielseitiges, spannendes Ereignis. Anders als etwa bei den Libertären Buchtagen, die es z.B. nun schon seit 2 Jahren in Winterthur in der Schweiz gibt, wird hier die Vielfalt der Medienprojekte in den Vordergrund gestellt – auch wenn das Buch als integraler Bestandteil libertärer Kultur natürlich einen wichtigen thematischen Aspekt der Limesse ausmacht. So orientiert sich die Messe auch ganz explizit an den Vorbildern in Winterthur, Nürnberg oder dem belgischen Gent. Die Weiterentwicklung der Publikationsmöglichkeiten und Kommunikationstechniken in der libertären und linken Szene sind aber in Oberhausen der thematische Ausgangspunkt. Das Label „libertär“ wurde dabei bewusst gegenüber „anarchistisch“ gewählt, um so eine größere Gruppe Interessierter anzusprechen – auch die AusstellerInnen sind nicht alle als „anarchistisch“ einzuordnen. Ziel ist nicht bloß ein szeneübergreifender Ansatz, sondern vor allem das Öffnen gegenüber Menschen, die zunehmend nicht mehr an die Heilsversprechen der kapitalistischen Ordnung glauben. Genau dies ist sogar eine Hauptmotivation der VeranstalterInnen der Limesse: „Wir merken in unserer täglichen Praxis, dass unsere Ideen mit deutlich mehr Interesse aufgenommen werden“. Es gilt, diese zu vermitteln – die Limesse möchte ihren Beitrag dazu leisten.

Marcus Munzlinger



Und zu am erfüllten Leben, aba
des is ja gar ned möglich, weil
ja die Andan so deppert san.
Ja interessant eigentlich, weil
bis jetzt hat mir nu jeda recht
gebn, wia i g`sagt hob, dass
mir nur die gleiche Freiheit für
alle einführn brauchn ohne
jede Privilegien, und dann wärs
besser auf derer Welt.

Jeda hat mir recht gebn und
g`sagt, ja mei war des schee,
aba leida san die Andan dazu
viel zu bled. Jeda hat imma von
die Andan gred, aba nu nie hab
i jemand troffen der zu dene
Andan g`hert hot. Imma hob i
bloß die Gscheidhaval troffen,
und nu nie hot mir jemand
g`sagt, ja mei dazu bin i viel zu
blöd i brauch jemand der mir
sagt wo`s lang geht. Weil i bin
bled. Langsam frog i mi da scho
wo diese misteriösen andan
Bleden san. Ja wo sans denn?

Vielleicht ham mir deshalb ja
nach jeda Revolution wieder
jemand braucht, der uns sagt,
wos Sach is, weil mir vor dene
Bleden so a Angst ham.
Aba andaraseits vielleicht
ham die, die da so unbedingt
herrschen wolln, die Andan nur
erfunden, und mir glaum des
einfach, so wia mir als Kinder am
Krampus glaubt ham,
Ja und die lachen si krumm,
weil mir die Arbeit machen, und
sie ham die Macht, des kannt
ja a sei.

Aba dann wars endlich moi Zeid
für a gscheide Revolution, so
oane ohne Führer nacha und
am besten a scho ohne welche
daweil. Dann wissad jeda was is
macht, und am End war ma selba
dafür verantwortlich.

Mick Mayerbeetle
aus Unterhaching

Mick Mayerbeetle ist am 4.9. auf der Limesse bei der Veranstaltung „Anarchistische Gedichte“ zu sehen

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Blitzpöbel

Des letzten Rätsels Lösung: Flashmob, energische Soli-Aktionen in Zeiten der Spaßgesellschaft

Der Laden voll, die Kassen blockiert, kein Einkaufswagen steht mehr vorm Supermarkt. Das ist kein untrügliches Zeichen dafür, dass die Menschen hier in Panik geraten sind, weil die Welt mal wieder untergehen soll. Sondern es Anzeichen dafür, dass ein Arbeitskampf mit neuen Mitteln durchgeführt wird, mit denen sich auch das Bundesarbeitsgericht schon befassen musste.

Der erste Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Erfurt wies am 22. September letzten Jahres eine Klage des Einzelhandelsverbandes HDE ab. Der Arbeitgeber-Verband hatte ver.di in Zukunft den Einsatz von „Flashmobs" im Arbeitskampf untersagen wollen. Mit dem Urteil wurde die Auffassung vorheriger Instanzen bestätigt. Anlass für die Klage war eine Aktion im Winter 2007 gewesen.

Nachdem die Beschäftigten des Berliner Einzelhandels mehrere Monate lang erfolglos für höhere Löhne gekämpft hatten, rief ver.di auf im Internet und auf Veranstaltungen zu einem per SMS organisierten „Einkauf" auf. Ziel sollte eine Filiale sein, in der StreikbrecherInnen beschäftigt waren. Diese waren maßgeblich daran beteiligt, dass der Arbeitskampf bisher keine Erfolge zeigte und keine der bestreikten Filialen auch nur vorübergehend schließen musste.

An der Aktion in der REWE-Filiale am Berliner Ostbahnhof beteiligten sich etwa 40 Menschen, die durch den Einkauf von „Pfennig-Artikeln" lange Schlangen an den Kassen erzeugten, mehrere voll gepackte Einkaufswagen in den Gängen stehen ließen oder an der Kasse spontan feststellten, dass sie ihr Geld vergessen hatten. Dieser Flashmob dauerte etwa eine Stunde.

In der Pressemitteilung zum Urteil stellt das BAG fest, dass eine solche Störung des betrieblichen Ablaufes als Arbeitskampfmittel legitim ist, solange sie dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspräche, also erforderlich und zur Durchsetzung tariflicher Ziele geeignet ist. Angesichts der bis zu diesem Zeitpunkt erfolglosen Streiks im Einzelhandel sei dies beim durchgeführten Flashmob der Fall gewesen.



8. Mai 2010, San Francisco: Flashmob zur Unterstützung eines Boykotts von Hotel-ArbeiterInnen

Als weitere Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit dieser Aktionsform im Arbeitskampf müssten der Arbeitgeberseite geeignete Mittel zur Verteidigung zu Verfügung stehen. Das Gericht sah dies mit den Möglichkeiten der vorübergehenden Betriebsschließung und dem Erteilen von Hausverboten an die AktionsteilnehmerInnen gegeben. Der Einzelhandelsverband HDE hat beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde eingelegt.

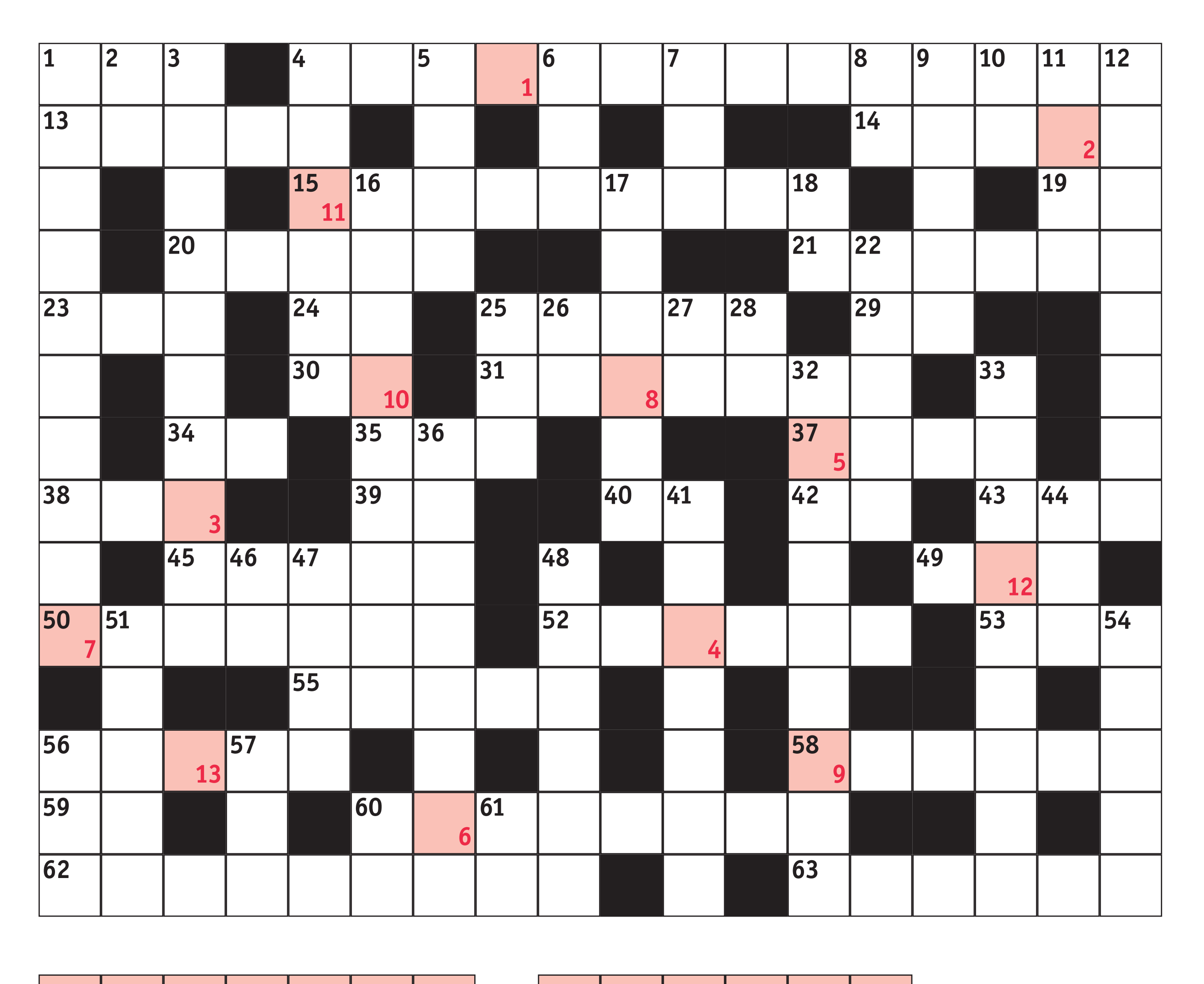
Entstanden sein sollen die Flashmobs (englisch: flash = Blitz; mob = aufgewiegelte Volksmenge – deutsch also in etwa Blitzpöbel) übrigens 2003 in New York, als Leute in einer Hotellobby den Gästen zuklatschten und ebenso schnell wieder verschwanden wie sie gekommen waren. Verabredet wird sich zu den scheinbar spontanen Treffen per Mail, Blogs, Handy oder Social Networks wie Facebook oder Studi/MeinVZ.

Ursprünglich waren Flashmobs unpolitische Happenings, mit denen ahnungslose PassantInnen durch die sinn- und inhaltslosen Tätigkeiten der Teilnehmer verwirrt werden sollten. Mittlerweile haben sich Flashmobs aber auch als politische Aktionsform etabliert, welche als Smart Mobs bezeichnet werden.

Flashmobs gibt es in unzähligen Variationen. Das Repertoire reicht vom Freeze-Flashmob, wo man „eingefroren" stehenbleibt, über Kissenschlachten und die Anbetung von Mülleimern hin zu „Reclaim the Sparkasse"-Partys in Filialen in Berlin. Sollte die Verfassungsbeschwerde des HDE in Karlsruhe scheitern, werden Flashmobs in Zukunft ganz sicher noch öfter in Arbeitskämpfen Gebrauch finden.

Jack Goldstein

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 66



Waagerecht

1. Mineral, aus dem Metall gewonnen wird 4. Name einer anarchistischen Föderation im 19. Jh., in der u.a. viele Uhrmacher organisiert waren 13. Zwergplanet unseres Sonnensystems 14. Paartanz kubanischer Herkunft 15. junge Wanderarbeiterinnen aus ländlichen Gebieten Chinas, die in städtischen Exportproduktionsfabriken ausgebeutet werden, sich aber zunehmend zur Wehr setzen 19. Möchtegern-Supermacht im westlichen Eurasien <Abk.> 20. Tragekorb mit Gurten zum Tragen auf dem Rücken 21. Ausfuhr; neuzeitliche NationalistInnen nennen Deutschland gerne „~weltmeister" 23. bevor 24. Fluggesellschaft, die am 22. Februar 2010 von der Pilotengewerkschaft Cockpit bestreikt wurde <Abk.> 25. feierliche Amtstracht 29. Länderkürzel für Estland 30. Kfz-Kennzeichen für Neuwied am Rhein 31. Mittelgebirge in Ostfrankreich 34. heftiger Windstoß 35. Großvater 37. innen leer 38. selten 39. persönliches Fürwort 40. Abk. für eine verhasste Gliederung im Nazistaat 42. chem. Zeichen für ein radioaktives Element, Edelgas 43. als die bolschewistische Führung im März 1921 entschied, die Festungsinsel Kronstadt zu erstürmen und den Matrosenaufstand zu unterdrücken, hätte ihr dieser natürliche Faktor beinahe einen Strich durch die Rechnung gemacht 45. Gerücht <französisch> 49. Konkurrenzunternehmen zur Deutschen Post im Marktsegment Brief, großartiger Lohndrücker: ~-*Mail* 50. Kaffeekooperative in Chiapas 52. Vorfahr 53. Krieg <engl.> 55. Lippe vom Hund, Raubwild 56. von Erich Mühsam herausgegebene anarchistische Monatsschrift 58. verbreitetes Flachdruckverfahren: ~*druck* 59. Kfz-Kennzeichen für Schleswig 60. jemand, der in einem Unternehmen, an einer öffentlichen Einrichtung usw. absichtlich Schäden verursacht, oft im Rahmen eines sozialen oder politischen Kampfes (das Wort hat negative Nuancen und wird von betroffenen Unternehmen und Staaten verwendet) 62. schwarzer Wasservogel mit weißer Stirnplatte 63. diese Frau beteiligte sich 1890 an der Gründung des „Vereins der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruck-Schnellpressen", des ersten Zentralverbands der Gewerkschaftsgeschichte und einer der ersten gewerkschaftlichen Frauenorganisationen überhaupt; Vorname: Paula.

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Senkrecht

1. Mittelpunkt eines Erdbebens 2. Abk. im Schulwesen für eine LehrerIn mit Befähigung für die Sekundarstufe I 3. Metapher für die wechselnde Vorgehensweise eines Chefs usw. gegenüber seinen Untertanen – mal mild, mal streng: ~ *und Peitsche* 4. was im größten Teil Deutschlands kaum jemand kann, hat in Oberbayern, Tirol und in der Schweiz Tradition 5. englischer Name eines anarchistischen Netzwerks in Nordamerika der 1990er Jahre, das sich auf Spanisch *Amor y Rabia* nannte: *Love and ~* 6. Spaß <engl.> 7. Kirche herausragender Bedeutung 8. Flächenmaß 9. Blume 10. ZuträgerIn der Stasi <Abk.> 11. altmodische Bezeichnung für Kellner 12. politischer und literarischer Kleinverlag mit Sitz in Hamburg: *Edition ~* 16. in der griechischen Mythologie die Göttin der Liebe 17. Strom in Indien und Bangladesch 18. verkehrtes Ei 22. Edelgas 25. medizinischer Begriff für Ei <Mehrzahl> 26. Kfz-Kennzeichen für Rosenheim 27. Umschreibung für „ä", wenn eine Tastatur über diesen Buchstaben nicht verfügt 28. Kfz-Kennzeichen für Traunstein 32. Helmut Kohl weigerte sich, die Namen betuchter Spender zu nennen: er habe ihnen sein ~ gegeben 33. Text ohne Bilder oder sonstige Auflockerungen <ironisch> 36. weibliche Reinigungskraft 41. englischer Name der einzigen Stadt der Falklandinseln (Islas Malvinas), um die die Imperialmacht England und die Regionalmacht Argentinien 1982 Krieg führten 44. Frauenname 46. die ersten zwei Buchstaben der Abkürzung für die Armee der DDR 47. Gewürzpflanze 48. die größte Stadt auf den Philippinen: ~ *City* 51. Universum, Weltraum (in seinem früheren Zustand) 54. Bismarck verglich SozialistInnen mit diesem intelligenten, überlebensfähigen Säugetier 56. russischer Inlandsgeheimdienst <Abk.> 57. wenn eine Firma zahlungsunfähig ist, steht es steht kurz vor dem ~ 60. Schreibweise für den „sch"-Laut im Englischen 61. Kleidungsstück, das viele Frauen tragen <Abk.>.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).

Auflösungen Jubiläumsausgabe:

Sozialrevolutionäres Bildrätsel:
Flashmob

Sozialrevolutionäres Logikrätsel:
Island & Russland

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 202: 15. Oktober 2010